




*Sub-Sahara-Afrika auf dem Weg zu friedlicher
und demokratischer Entwicklung unterstützen*

*Supporting sub-Saharan Africa towards
peaceful and democratic development*

*Soutenir l'Afrique subsaharienne sur la voie
d'un développement pacifique et démocratique*





Grundsätze sozialdemokratischer Politik für Sub-Sahara-Afrika

deutsch

1

english

français

Inhalt

Zusammenfassung	3
Vorwort	9
1 Ausgangssituation	12
2 Neue Herausforderungen an sozialdemokratische Politik für Sub-Sahara-Afrika	17
2.1 Leitlinien und Ziele	17
2.2 Friedenssicherung und Konfliktprävention	18
2.3 Demokratie, gute Regierungsführung und Schutz der Menschenrechte	22
2.4 Wachstum und gerechte Einkommensverteilung	25
2.5 HIV/AIDS intensiver bekämpfen	28
2.6 Nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen	31
3 Handlungsfelder und Reformbedarf	36
4 Schlussbemerkung	40
Abkürzungsverzeichnis	41

deutsch

2

english

français

Zusammenfassung

Die 48 afrikanischen Staaten südlich der Sahara sind die größte Region des Kontinents. Sub-Sahara-Afrika ist durch besonders schwierige Bedingungen gekennzeichnet: ethnische Konflikte, Bürgerkriege, Hungersnöte oder regionale Flucht- und Migrationströme. Hinzu kommen so genannte Gewaltökonomien, die sich durch Drogen-, Waffen- und Menschenhandel sowie durch die illegale Ausbeutung natürlicher Ressourcen finanzieren.

Das neue Grundsatzpapier der SPD-Bundestagsfraktion beschäftigt sich mit den Entwicklungschancen, Problemen und Konflikten dieser Region. Im Mittelpunkt stehen die Themen Frieden und Sicherheit, Demokratie und Menschenrechte, Wachstum und nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen sowie die AIDS-Bekämpfung. Aus entwicklungspolitischer Sicht sind diese Aspekte zukunftsbestimmend. Das Konzept stellt Möglichkeiten der künftigen Kooperation vor und zeigt exemplarisch auf, wie Deutschland die positiven Trends in der Region im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit unterstützen und fördern kann.

Seit den Terror-Anschlägen vom 11. September 2001 haben sich die Zielsetzungen und Instrumente der Außen- und Sicherheitspolitik geändert. Die Politik steht seitdem im Spannungsfeld zwischen der Abwehr neuer terroristischer Bedrohungen und neuen Herausforderungen in der internationalen Zusammenarbeit. Auch die Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik wird zunehmend unter diesem Blickwinkel betrachtet. Vor allem die Zunahme gewaltsamer innerstaatlicher Auseinandersetzungen hat dazu geführt, dass Sub-Sahara-Afrika weltweit stärker wahrgenommen wird.

deutsch

3

english

français

Das Erbe der Kolonialisierung – politische und ökonomische Abhängigkeiten gegenüber den ehemaligen Kolonialmächten und Stellvertreterkriege im Zuge des Ost-West-Konflikts – ist die historische Bürde Afrikas. Falsche Wirtschafts- und Finanzpolitik, Korruption, aber auch die weitgehend gesättigten Absatzmärkte für seine Produkte auf dem Weltmarkt erschweren eine demokratische Entwicklung und sorgen dafür, dass gerade Sub-Sahara-Afrika kaum an den Chancen der Globalisierung partizipieren kann. So verläuft die wirtschaftliche Entwicklung und das Wirtschaftswachstum der Region im Vergleich zu anderen deutlich langsamer. Die Investitionen und das Sparaufkommen pro Kopf sind seit 35 Jahren rückläufig.

Um die Lösung dieser Konflikte und Probleme bemüht sich die Afrikanische Union (AU), die weiter gestärkt werden muss. Ihre Mitgliedstaaten haben erstmals die Entschlossenheit bekräftigt, mit guter Regierungsführung (good governance), marktwirtschaftlichen Reformen und einer effektiven Korruptionsbekämpfung die Zukunft ihres Kontinents selbst zu gestalten. Die AU hat darüber hinaus den Grundsatz bekräftigt, dass die afrikanischen Staaten selbst für Konfliktverhütung und -management in der Region verantwortlich sind und Mittel dazu bereitstellen. Die Schwerpunkte der Politik der Afrikanischen Union sind die Bekämpfung der Armut, die Sicherung von Frieden und die gerechte Gestaltung der Globalisierung. Diese Politik will die SPD-Bundestagsfraktion langfristig unterstützen.

deutsch

4

english

français

Friedenssicherung und Konfliktprävention

Sub-Sahara-Afrika braucht eine eigene Sicherheitsarchitektur zur Verhütung und Bewältigung von Konflikten, denn ohne Frieden und Stabilität in der Region ist der Kampf gegen die Armut nicht zu gewinnen. 2004 wurde deshalb mit der Bildung eines Friedens- und Sicherheitsrats und einer afrikanischen Friedenstruppe begonnen. Ihre sicherheitspolitischen Institutionen werden mit deutscher Hilfe aufgebaut. Eine restriktive Rüstungsexportpolitik und die Eindämmung des illegalen Kleinwaffenhandels flankieren den deutschen

Beitrag. Mit dem Aktionsplan »Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung« wollen wir die Kooperation mit den afrikanischen Partnern, z. B. in den Peacekeeping-Einrichtungen sowie durch Schulungen und Ausbildungsmaßnahmen weiterentwickeln. Wir unterstützen auch den Aufbau der Sicherheitsorganisation der AU durch die Entsendung von militärischen Beratern und durch Hilfe bei der Logistik.

Demokratie und Menschenrechte

Eine starke Zivilgesellschaft ist die Basis für eine lebendige und funktionierende Demokratie. Die Förderung rechtsstaatlicher Strukturen, Dezentralisierung sowie die Stärkung der Zivilgesellschaft, insbesondere von Frauenorganisationen, sind seit langem Markenzeichen sozialdemokratischer Politik in den Partnerländern Sub-Sahara-Afrikas. Für eine menschenwürdigere Gesellschaft müssen demokratische Prinzipien in Politik und Gesellschaft fest verankert werden. Wir unterstützen deshalb die Bemühungen des Parlaments der AU, der reformorientierten Regierungen und der einheimischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, in diese Richtung zu wirken. Darüber hinaus nutzt die SPD-Bundestagsfraktion alle Gelegenheiten, um möglichst alle Staaten zur Ratifizierung des bereits in Kraft getretenen Protokolls über die Errichtung eines afrikanischen Menschenrechtsgerichtshofs zu bewegen.

Wachstum und gerechte Einkommensverteilung

Nachhaltige soziale, ökonomische und ökologische Entwicklung ist immer abhängig von wirtschaftlichem Wachstum. Für mehr Wachstum in der Region sind strukturelle Reformen und eine Stabilisierung der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen notwendig. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, dass die in Doha eingeleitete »Entwicklungsrunde« der Welthandelsorganisation (WTO) erfolgreich beendet und der Marktzugang für die Entwick-

deutsch

5

english

français

lungsländer erweitert wird. Wir unterstützen, dass die handelsverzerrenden Agrar- und Exportsubventionen der Industrieländer drastisch reduziert werden mit dem Ziel, sie mittelfristig ganz abzuschaffen. Darüber hinaus wollen wir darauf hinwirken, dass Kernarbeitsnormen und Umweltbelange in der WTO stärker berücksichtigt werden. Nur so können Wachstum und Entwicklung global gerechter gestaltet werden.

HIV/AIDS intensiver bekämpfen

Von den ca. 5 Millionen HIV/AIDS-Neuinfektionen weltweit entfallen knapp die Hälfte auf Sub-Sahara-Afrika. Aber auch Tuberkulose und Malaria breiten sich mit hoher Geschwindigkeit aus. Die Epidemien sind zum größten Entwicklungshindernis geworden und zerstören viele bisherige Entwicklungserfolge. Die Folgen sind ein Rückgang des Bruttosozialprodukts und die Überforderung der Gesundheitssysteme. Lebensverlängernde Medikamente, Präparate, die die Übertragung von der Mutter auf das Kind eindämmen können, sind unter den Bedingungen einer fehlenden oder unzureichenden medizinischen Versorgung in der Region nicht verfügbar oder zu teuer. Die SPD-Bundestagsfraktion wirbt daher für Beiträge bei nichtstaatlichen Gebern für den »Globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria« (GFATM), damit der für wirksame weltweite HIV/AIDS-Bekämpfung notwendige Betrag von 12 Milliarden US-Dollar finanziert werden kann. Die Partnerschaft zwischen Vereinten Nationen, Unternehmen und Zivilgesellschaft bei der HIV/AIDS-Bekämpfung muss noch intensiviert werden.

deutsch

6

english

français

Nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen

Die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Existenzgrundlage vieler Menschen in Afrika südlich der Sahara ist durch die anhaltende Umweltzerstörung stark gefährdet. Das Roden von Wäldern und die

Zerstörung der einheimischen Tier- und Pflanzenarten treiben den Teufelskreis voran. Hunger, der Zusammenbruch von sozialen Strukturen, Migration, Landflucht und im schlimmsten Fall bewaffnete Auseinandersetzungen um knappe Ressourcen sind die Folge. Die Erhaltung und nachhaltige Nutzung biologischer Vielfalt, internationaler Klimaschutz sowie die Wasserversorgung sind deshalb oberstes Gebot, um der Armut nachhaltig entgegen zu treten.

Armut bekämpfen und Entwicklungschancen erhöhen

Die SPD-Bundestagsfraktion will die nationalen Armutsbekämpfungs-Strategien und regionalen Mechanismen (u. a. NePAD, African Peer Review Mechanism) fördern. Im Rahmen von nationalen Armutsbekämpfungs-Programmen werden gezielt Vorhaben unterstützt, die die Gleichstellung von Frauen und ihre Anerkennung als treibende Kraft nachhaltiger Entwicklungsprozesse verstärken. Wir ermutigen und unterstützen die Länder, die sich für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und eine Stärkung der Zivilgesellschaft einsetzen. Dies gilt sowohl für den nationalen Rahmen als auch für die deutsche Politik in der Europäischen Union, in den Vereinten Nationen, aber auch die notwendigen Demokratisierungsprozesse innerhalb von IWF und Weltbank. Die Länder Sub-Sahara-Afrikas haben in diesen beiden Institutionen derzeit nur einen Stimmenanteil von 6,5 Prozent. Die Verteilung der Stimmrechte sollte zugunsten der Entwicklungsländer verändert werden.

Der reguläre Schuldendienst der Entwicklungsländer gefährdet die Erreichung des wichtigsten Ziels des Millenniumsgipfels, die extreme Armut bis zum Jahr 2015 zu reduzieren. Deswegen werden wir uns für eine Verlängerung der HIPC-Initiative bis 2006 einsetzen. Es sollen alle Länder berücksichtigt werden, die bis Ende 2004 die Zugangskriterien für die Initiative erfüllen. Die in Monterrey zugesagten Verpflichtungen, die Mittel der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit bis zum Jahr 2006 auf 0,33 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu erhöhen, müssen energisch umgesetzt werden.

deutsch

7

english

français

»Wo Hunger herrscht, kann Friede nicht Bestand haben. Wer den Krieg ächten will, muss auch die Massenarmut bannen.«, hatte Willy Brandt vor über 20 Jahren geschrieben. Ohne ein Ende der Armut wird Afrika südlich der Sahara nicht friedlich und stabil werden. Und ohne Frieden und Stabilität in der Region ist der Kampf gegen die Armut nicht zu gewinnen. Der Aufgabe, Afrikapolitik aktiv zu gestalten, will sich die SPD-Bundestagsfraktion in den nächsten Jahren verstärkt widmen. Dies gilt sowohl für den nationalen Rahmen, als auch für deutsche Politik in der Europäischen Union und innerhalb der Vereinten Nationen.

deutsch

8

english

français

Vorwort

Die 48 Staaten Sub-Sahara-Afrikas mit ihren Entwicklungschancen, Problemen und Konflikten stehen im Mittelpunkt dieses Grundsatzpapiers der SPD-Bundestagsfraktion. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf den entwicklungspolitisch relevanten Aspekten. Bewusst wurde der Fokus auf die Sub-Region südlich der Sahara gelegt; die politisch und kulturell sehr anders geprägten Staaten Nordafrikas sind daher nicht mit einbezogen.

Das Papier konzentriert sich auf einige Schlüsselbereiche, die für die Zukunftsperspektiven unseres Nachbarkontinents bestimmend sein werden:

- Frieden und Sicherheit,
- Demokratie, gute Regierungsführung und Menschenrechte,
- Wachstum und Förderung des Privatsektors,
- HIV/AIDS-Bekämpfung und
- nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen.

Das Konzept legt auch Möglichkeiten zur zukünftigen Kooperation dar und zeigt auf, wie Deutschland die Anstrengungen und positiven Trends in den Ländern Sub-Sahara-Afrikas im Rahmen der Außen-, Sicherheits- und Menschenrechtspolitik sowie der bi- und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit derzeit unterstützt und in Zukunft weiter fördern kann.

Seit den terroristischen Anschlägen vom 11. September 2001 ist uns bewusst geworden, dass wir in einer globalen Risikogesellschaft leben. Die Herausforderungen, Zielsetzungen und Instrumente der Außen-, Sicherheits-, Menschenrechts- und Entwicklungspolitik haben sich in den letzten Jahren geändert. Die Politikbereiche stehen zunehmend im Spannungsfeld globaler Veränderungen. Auch wenn gerade in den letzten Jahren vielfach positive Ansätze und Verbesse-

deutsch

9

english

français

rungen spürbar werden, ist Sub-Sahara-Afrika auch heute noch durch besondere, zumeist komplizierte regionale Bedingungen gekennzeichnet: zwischenstaatliche, teils ethnisch motivierte Konflikte, Bürgerkriege, Grenz- und Ressourcenkonflikte, ökologische Krisen, Hungersnöte oder regionale Flucht- und Migrationsströme. Hinzu kommen so genannte Gewaltökonomien, die sich durch Drogen-, Waffen- und Menschenhandel sowie durch die illegale Ausbeutung natürlicher Ressourcen finanzieren.

Deutschland und Europa haben ein vitales Interesse an Sicherheit und Stabilität auf ihrem Nachbarkontinent. Vor allem die Zunahme gewaltsamer innerstaatlicher Auseinandersetzungen hat dazu geführt, dass Sub-Sahara-Afrika auch außen- und sicherheitspolitisch weltweit stärker wahrgenommen wird. Zur Lösung dieser Konflikte stehen die Sub-Regionalorganisationen sowie die Afrikanische Union (AU) bereit; diese müssen in erster Linie gestärkt werden. Denn multilaterale Sicherheitspolitik ist unverzichtbar für friedliche Konfliktregelungen. In diesem Zusammenhang bietet sich den Afrikanern eine neue historische Chance: Die Staaten der Afrikanischen Union haben ihre Entschlossenheit bekräftigt, mit guter Regierungsführung (good governance), marktwirtschaftlichen Reformen und einer effektiven Korruptionsbekämpfung die Zukunft ihres Kontinentes selbst zu gestalten. Die AU hat darüber hinaus den Grundsatz bekräftigt, dass die afrikanischen Staaten selbst für Konfliktverhütung und -management in der Region verantwortlich sind und Mittel dazu bereitstellen.

Unserem politischen Handeln liegt heute ein erweiterter Sicherheitsbegriff zu Grunde. Sicherheit ist nicht mehr die Sicherheit von Staaten, sondern menschliche Sicherheit, bei der das Bedürfnis von Menschen nach einem menschenwürdigen und stabilen politischen, sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Umfeld in den Mittelpunkt gerückt ist. Diese Überlegungen haben auch Eingang in die europäische Sicherheitsstrategie gefunden, die Ende 2003 von der Europäischen Union (EU) angenommen wurde. Darin wird Sicherheit als eine Grundvoraussetzung für Entwicklung bezeichnet. Umgekehrt kann der Teufelskreis von Armut und Unterentwicklung Sicherheitsprobleme verursachen. Angesichts dieser Rahmenbe-

deutsch

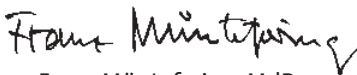
10

english

français

dingungen sind die Instrumente der internationalen Zusammenarbeit mit den Ländern Sub-Sahara-Afrikas anzupassen. Im Vordergrund der Bemühungen zur zivilen Krisenprävention werden zukünftig verstärkt die Entwicklung von verbesserten Frühwarnsystemen, präventive Diplomatie, die Unterstützung demokratischer Reformen in Staat und Gesellschaft einschließlich Reformen des Sicherheitssektors, die Flankierung von Friedensprozessen, insbesondere durch die Reintegration von Ex-Kombattanten, sowie der Auf- und Ausbau internationaler Gerichtsbarkeit stehen. Deutschland hat auf diese neuen Herausforderungen bereits mit einer erweiterten Sicherheitspolitik, globaler Strukturpolitik und verstärkter ziviler Krisenprävention reagiert.

Begrüßenswert ist, dass die Europäische Union mit allgemeinem Ratsbeschluss inzwischen einen Stufenplan festgelegt hat, der die Erhöhung der Mittel öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens bis zum Jahr 2015 vorsieht. Diese Entscheidung über den Stufenplan wird von uns voll unterstützt. In einer global vernetzten Welt gehen uns Frieden, Stabilität, sozialer und wirtschaftlicher Fortschritt auf unserem Nachbarkontinent direkt an. Wir haben ein unmittelbares Interesse an positiven Entwicklungen.



Franz Müntefering, MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion



deutsch

11

english

français

1 Ausgangssituation

Die Kolonialisierung durch europäische Staaten hat auf dem afrikanischen Kontinent deutliche Spuren hinterlassen und lange Zeit hindurch eine eigenständige Entwicklung behindert. Nach der Unabhängigkeit wurden die kolonialen Strukturen durch ein Geflecht von politischen und ökonomischen Abhängigkeiten ersetzt, das die afrikanischen Entwicklungschancen beschränkte. Die Volkswirtschaften blieben auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse der ehemaligen Kolonialmächte ausgerichtet. Zusätzlich wurden bei der Kolonialisierung unter Missachtung der Siedlungsgebiete einzelner Ethnien willkürlich Grenzen gezogen und künstliche Staatsgebilde geschaffen.

Neben die koloniale Fremdbestimmung traten die politischen Spannungen durch den Ost-West-Konflikt. Der Kampf der Supermächte um Einflusszonen sparte auch den afrikanischen Kontinent nicht aus. Stellvertreterkriege wurden geführt und autoritäre Regime im Namen der Stabilität gestützt. Auch nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes konzentrieren sich heute noch fast 40 Prozent aller Konflikte der Welt auf Afrika südlich der Sahara: In elf Staaten finden Kriege statt, fünf weitere leiden unter bewaffneten Konflikten. Die Sub-Region wird angesichts der zahlreichen Krisen, durch die enge Verbindung von schwachen Staaten und Terrorismusgefahr sowie durch zerfallende (failing states) und zerfallene Staaten (failed states) als Zone der Unsicherheit angesehen. Zudem besteht die Gefahr, dass die mangelnde Fähigkeit vieler schwarzafrikanischer Staaten und Gesellschaften, ihre Konflikte friedlich zu regeln, den Kontinent weiter destabilisiert.

Viele der heutigen Probleme Afrikas sind allerdings auch auf vielfältige interne Fehlentwicklungen zurückzuführen. Seit Jahrzehnten veröffentlicht die Nichtregierungsorganisation »Freedom House« jährlich einen Bericht über die Entwicklung der politischen und bür-

deutsch

12

english

français

gerlichen Freiheitsrechte. Staaten werden danach in die Kategorien »frei« (liberale Demokratie) »teilweise frei« und »unfrei« (Diktatur) unterteilt. Die Hoffnungen auf mehr Demokratie in Sub-Sahara-Afrika haben sich zwar in einigen Ländern in großartiger Weise erfüllt; in anderen jedoch gab es in den vergangenen zwei Jahrzehnten nur wenige Fortschritte.

Die Herausbildung von stabiler, demokratisch verfasster Staatlichkeit (state building) sowie politischer und gesellschaftlicher Strukturwandel sind langfristige Prozesse: In vielen afrikanischen Ländern hat es große Fortschritte in Richtung Demokratisierung, Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit gegeben. Bis zum Jahr 2003 hat sich die Zahl der freien afrikanischen Staaten von zwei auf elf und die der teilweise freien von 13 auf 22 erhöht. 15 Staaten werden derzeit noch als unfrei eingestuft. Nach wie vor gibt es Länder, in denen der Staat versagt oder zu schwach ist, um seine Aufgaben zu erfüllen. Diese Länder sind durch falsche Wirtschafts- und Finanzpolitik gekennzeichnet, durch Korruption, Missmanagement und Kapitalflucht. Die politische Steuerung durch Legislative und Exekutive in diesen Ländern ist durch Herrschaftsstrukturen geprägt, die den Staatseliten durch politische Macht wirtschaftlichen Einfluss und damit Renteneinkommen sichert.

Diese Faktoren haben u. a. dazu beigetragen, dass Sub-Sahara-Afrika an den Chancen der Globalisierung kaum teil hat. Die gegenwärtige Form der Globalisierung verstärkt vielmehr vor allem die Marginalisierung der Rohstoffe exportierenden, am wenigsten entwickelten Länder (LDCs). Von den weltweit 50 LDCs liegen 34 in Sub-Sahara-Afrika. Die Exportprodukte der afrikanischen Staaten sind in der Mehrzahl Produkte, deren Nachfrage auf dem Weltmarkt sich in den letzten Jahrzehnten kaum noch steigerte, da es sich hauptsächlich um agrarische Rohstoffe handelt. Die realen Preise für viele Nichtenergie-Rohstoffe haben sich seit Beginn der 80er Jahre halbiert. Im Übrigen handelt es sich um Güter, deren Märkte weitgehend gesättigt sind (Kakao, Kaffee, Tee, Baumwolle). Deswegen führt auch jede Ausdehnung der Produktion dieser Rohstoffe mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Preissenkungen und damit nicht zur Erhöhung der Exporteinnahmen.

deutsch

13

english

français

Angesichts dieser Rahmenbedingungen hat sich der Anteil Schwarzafrikas am weltweiten Exportvolumen von 6,3 Prozent im Jahr 1980 auf inzwischen nur noch 2,5 Prozent mehr als halbiert. Aufgrund des kolonialen Erbes sind die Handelsstrukturen ohnehin asymmetrisch. Zwar steigt die Bedeutung des innerafrikanischen Handels in den letzten zehn Jahren, dennoch hat er nur einen Anteil von weniger als 10 Prozent des gesamten Handels Afrikas südlich der Sahara.

Der Verfall der Rohstoffpreise, Preissteigerungen für fossile Energieträger, mangelnde Diversifizierung der Wirtschaften und schlechte Regierungsführung haben die Länder Sub-Sahara-Afrikas trotz erheblicher Erlasse und Schuldenumwandlungen in eine Schulden Spirale verstrickt. Als Folge hat sich die Schuldenlast Schwarzafrikas in den letzten 20 Jahren auf inzwischen 219 Milliarden US-Dollar erhöht.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Afrika südlich der Sahara verläuft im Vergleich zu anderen Regionen sehr verlangsamt. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass ein Großteil der Auslandsdirektinvestitionen in die ökonomisch dynamischen asiatischen und lateinamerikanischen Märkte fließt. Nur 0,7 Prozent der weltweiten Auslandsdirektinvestitionen erreichen afrikanische Länder, wobei den ärmsten Ländern Schwarzafrikas davon lediglich ein kleiner Investitionszufluss von 0,3 Prozent verbleibt.

Sub-Sahara-Afrika ist die einzige Region weltweit, in der Investitionen und Sparaufkommen pro Kopf seit 1970 rückläufig sind. Entsprechend gering fiel das Wirtschaftswachstum aus. Die realen Pro-Kopf-Einkommen sanken. Im Vergleich zu anderen Regionen sind die Länder Afrikas südlich der Sahara daher durch eine hohe Abhängigkeit von externer Unterstützung gekennzeichnet. In den ärmsten Ländern werden durchschnittlich 50 Prozent des öffentlichen Haushalts durch Mittel der Entwicklungszusammenarbeit finanziert.

Aufgrund dieser Entwicklungen ist es nicht verwunderlich, dass schwarzafrikanische Länder auf dem Weg zu den Millenniums-Entwicklungszielen (Halbierung der extremen Armut, Verbesserung der Gesundheitsversorgung und der Versorgung in den Bereichen Grundbildung sowie HIV/AIDS, etc.) enorme Probleme haben: Jeder dritte

deutsch

14

english

français

Mensch, der mit weniger als einem Euro pro Tag überleben muss, lebt in Afrika südlich der Sahara. Seit 1981 schrumpfte das Pro-Kopf-Einkommen in der Sub-Region um 15 Prozent. Begleitet von einem starken Bevölkerungswachstum führte dies zu einer Verdoppelung der Zahl der Armen von 164 Millionen auf heute 314 Millionen Menschen. Der »Bericht über die menschliche Entwicklung« der Vereinten Nationen stellt fest, dass von den 31 Ländern, die am weitesten von den Millenniums-Entwicklungszielen entfernt sind, 25 in Afrika südlich der Sahara liegen. Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen haben Frauen in Afrika Erfolge erzielen können: Jenseits ihrer traditionellen Rolle in der Landwirtschaft wächst ihr Einfluss in zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie in Regierungen und Parlamenten. Der ausgeprägte Gemeinschaftssinn von Frauen, ihr zunehmend besserer Bildungsstand und ihre verstärkte gesellschaftliche Partizipation befähigen sie, Impulse zu geben und Entwicklungsprozesse voranzutreiben. Diese Chancen nutzen sie in wachsendem Maß.

Viele afrikanische Staaten wollen den Entwicklungshemmnissen mit einer Neuen Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NePAD), einer umfassenden Entwicklungsstrategie für den afrikanischen Kontinent begegnen. NePAD strebt die Integration Afrikas in die globalen Strukturen an und zielt damit auf eine stärkere Teilhabe an internationalen politischen und wirtschaftlichen Prozessen. Die Teilnehmer an NePAD verpflichten sich, die in der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen (MDG) festgehaltenen Grundwerte umzusetzen und deren Einhaltung in eigener Verantwortung zu kontrollieren. Es gibt mit NePAD jetzt eine afrikanische Gesamtstrategie, die Armutsbekämpfung, wirtschaftliche Entwicklung, gute Regierungsführung, Weltmarktintegration und Wettbewerbsfähigkeit miteinander verknüpft. Damit hat sich ein Konsens zwischen afrikanischer Politik und den Strategien der internationalen Gebergemeinschaft herausgebildet.

Flankiert werden diese afrikanischen Bemühungen durch die auf Betreiben Deutschlands 1999 anlässlich des G7-Gipfels in Köln beschlossene erweiterte Entschuldungsinitiative für hoch verschuldete arme Länder (HIPC). Die Verknüpfung von Entschuldung mit Armutsbekämpfung ist das Kernelement der HIPC-Initiative. Für alle

deutsch

15

english

français

an der Initiative beteiligten Länder des Südens beläuft sich das Schulden-Entlastungsvolumen auf 60 Milliarden US-Dollar. Über 20 Länder Afrikas südlich der Sahara haben bis jetzt von der Initiative profitiert. Zentrales Instrument für die verbindliche Verknüpfung von Entschuldung und Armutsbekämpfung sind nationale Strategien zur Armutsminderung (Poverty Reduction Strategies, PRS). Sie stellen eine umfassende, breit abgestimmte, langfristige und ergebnisorientierte Entwicklungsvision für das jeweilige Land dar und sind eine zentrale Zugangsbedingung für den Entschuldungsprozess. Wirkliche Armutsbekämpfung wird nach Entschuldungen aber erst dann erreicht, wenn die dadurch frei werdenden Mittel in Schwarzafrika für armutsbezogene Ausgaben und Investitionen verwendet werden. Dies kann nur dadurch sichergestellt werden, dass zukünftig die privatwirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure stärker an der Entwicklung dieser Strategien beteiligt werden.

deutsch

16

english

français

2 Neue Herausforderungen an sozialdemokratische Politik für Sub-Sahara-Afrika

2.1 Leitlinien und Ziele

Die Leitidee der SPD-Bundestagsfraktion für die Zusammenarbeit mit den Ländern Afrikas südlich der Sahara ist die internationale Solidarität: Armut bekämpfen, Frieden sichern und Globalisierung gerecht gestalten sind die Grundsätze sozialdemokratischer Politik. Zentrales Element der Zusammenarbeit ist der gleichberechtigte Umgang miteinander und die Verwirklichung einer Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe.

Die politischen Reformen und das neue politische Selbstbewusstsein in Sub-Sahara-Afrika sind entscheidend dafür, dass unsere Unterstützung auf fruchtbaren Boden fallen kann. Sie muss sich national wie regional immer in die Strategien der Partner einpassen. Deshalb wollen wir die Institutionen der AU und ihrer Mitgliedsstaaten dabei unterstützen, in Sub-Sahara-Afrika langfristig nachhaltige Entwicklungsprozesse zu fördern und zu gestalten sowie Zonen chronischer Instabilität und fragiler Staatlichkeit zu stabilisieren.

Die Förderung von Frieden, Demokratie und guter Regierungsführung sowie die Bekämpfung der Armut sind auch Kernelemente der politischen Agenda der Afrikanischen Union. Diese Ziele werden von uns voll und ganz unterstützt. Sie entsprechen unserer Politik, für die wir auch im Rahmen der Vereinten Nationen, der G8 und der Europäischen Union eintreten. Insbesondere werden wir im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union (GASP) und des Abkommens von Cotonou zwischen der EU und

deutsch

17

english

français

den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP-Staaten) an der europäischen Politik zur Stärkung afrikanischer Regionalorganisationen mitwirken.

Sozialdemokratische Politik ist langfristige Politik der globalen Verantwortung. Sozialdemokratisches Engagement in Afrika wird vom Interesse an Sicherheit und stabilen Rahmenbedingungen für demokratische Entwicklungen, nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung und Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen bestimmt. Die deutsche Außen- und Entwicklungspolitik unterstützt mit ihren Beiträgen zu demokratischer Stabilität, ökonomischer Leistungsfähigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit Entwicklungsprozesse in diese Richtung.

Die Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen, der Konsens der Konferenz über Fragen der Entwicklungsfinanzierung in Monterrey und der Aktionsplan der Konferenz über nachhaltige Entwicklung in Johannesburg gelten als Meilensteine auf dem Weg zu einer neuen globalen Partnerschaft zwischen Nord und Süd. Sozialdemokratische Politik ist den Millenniumszielen verpflichtet. Deswegen hat Deutschland 2001 als eines der ersten Länder ein Aktionsprogramm 2015 zur weltweiten Halbierung der extremen Armut verabschiedet. Das Aktionsprogramm bildet zum einen die Grundlage für entwicklungspolitische Maßnahmen im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit. Zum anderen soll es die Kohärenz unserer Politik fördern. Hierfür tritt die SPD-Bundestagsfraktion ein.

deutsch

18

english

français

2.2 Friedenssicherung und Konfliktprävention

Frieden, Demokratie, Sicherheit und Stabilität sind zentrale Bestandteile für Entwicklung. Die AU bekennt sich zu dem Grundsatz, dass die afrikanischen Staaten selbst für Konfliktverhütung und -management auf ihrem Kontinent verantwortlich sind. Erklärter Wille der AU ist es, bei Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit das Prinzip der Nichteinmischung der früheren Organisation für afrikanische Einheit (OAU) aufzugeben. Mit dem Aufbau

eines Friedens- und Sicherheitsrats und einer afrikanischen Friedenstruppe wurden erste Schritte eingeleitet, um eine neue afrikanische Sicherheitsarchitektur zu entwickeln. Ziel ist es, bis 2010 in der Lage zu sein, gewaltsame Konflikte effektiver zu verhüten, zu bewältigen und friedensfördernde Einsätze in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen durchzuführen.

Diese Entwicklung zeigt, dass die afrikanischen Staaten in den vergangenen Jahren ein klares eigenes sicherheitspolitisches Verantwortungsbewusstsein für ihre Region entwickelt haben: Die Bewältigung regionaler Konflikte und die Auseinandersetzung mit Stabilitätsrisiken werden als eigene Aufgabe betrachtet. Auf ihrem Gipfeltreffen in Kanada vereinbarten die G8-Staaten 2002 den G8-Afrika-Aktionsplan (GAA), mit dem die AU dabei unterstützt wird, eine neue Grundlage für nachhaltige Friedenspolitik auf dem afrikanischen Kontinent zu schaffen. Der deutsche Beitrag zielt vor allem auf den Ausbau der sicherheitspolitischen Organe der AU und der in West-, Ost- und Zentralafrika sowie im südlichen Afrika bestehenden Regionalorganisationen. Sie sollen beim Auf- und Ausbau effizienter Institutionen für Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung unterstützt werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion misst dieser Stärkung afrikanischer Fähigkeiten zur Krisenverhütung und -bewältigung hohe Bedeutung zu. Zur Umsetzung des Konzeptes und des Aktionsplans »Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung« leistet Deutschland Beiträge vor allem beim Auf- und Ausbau sowie dem Betrieb von Institutionen zur Konfliktverhütung und -bewältigung und von Ausbildungszentren wie dem »Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre« in Ghana. Deutschland unterstützt beispielsweise internationale Organisationen bei Einsätzen in den Krisenregionen West-, Zentral- und Ostafrikas und hilft in der Region der Großen Seen bei der Entwaffnung und Reintegration von Kombattanten, besonders von Kindersoldaten, sowie bei der Ausbildung von Soldaten und der Demokratisierung des Militärs. Andere afrikanische Partnerländer werden bei der Minenräumung unterstützt und in zahlreichen Krisengebieten leistet Deutschland humanitäre Hilfe. Die restriktive deutsche Rüstungsexportpolitik und die Bemühungen zur

deutsch

19

english

français

Eindämmung des illegalen Kleinwaffenhandels sowie der illegalen Ausbeutung von Rohstoffen und Bodenschätzen sind wichtige Beiträge zur Begrenzung bewaffneter Konflikte.

Auch im Rahmen der EU unterstützt die Bundesregierung gezielte Maßnahmen der Krisenprävention und zivilen Konfliktbearbeitung. Mit dem in Kairo im Jahr 2000 begonnenen EU-Afrika-Dialog wurden die Weichen für eine strategische Zusammenarbeit beider Kontinente gestellt. So billigte der Rat der EU Ende 2003 die Bereitstellung von 250 Millionen Euro, um in Zukunft friedenserhaltende und friedensschaffende Operationen der AU unter dem Dach der Vereinten Nationen mitzufinanzieren.

Eine Sicherheitspolitik, die darauf abzielt, Konflikte zu verhüten und Frieden zu erhalten (Peacekeeping), Krisenmanagement zu betreiben und die Bedingungen für ein friedliches Zusammenleben zu schaffen (peace-building), spielt eine zentrale Rolle für die Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik der SPD-Bundstagsfraktion. Dafür brauchen wir handlungsfähige Partner in Sub-Sahara-Afrika. Unsere Sicherheits- und Entwicklungspolitik kann auf lange Sicht nur erfolgreich sein, wenn vor Ort funktionsfähige Staats- und Verwaltungsstrukturen existieren, sich eine partizipative Gesellschaft herausbildet und die regionale Integration voranschreitet. Reformorientierte Länder, die diese Voraussetzungen erfüllen, können ihrerseits einen positiven Einfluss auf ihre Nachbarn ausüben, eine Vermittlerrolle übernehmen und zur Stabilisierung schwacher Staaten beitragen.

Um die noch in den Anfängen befindlichen sicherheitspolitischen Bemühungen der AU und der afrikanischen Regionalorganisationen angesichts der großen sicherheitspolitischen Herausforderungen nicht zu überfordern, dürfen die Mitgliedsstaaten der EU ihre afrikanischen Partner in Krisensituationen nicht allein lassen. Insbesondere zur Verhinderung humanitärer Katastrophen muss die EU im Einzelfall und bei Vorliegen eines VN-Mandats auch bereit sein, die AU nicht nur finanziell, sondern auch technisch, logistisch und organisatorisch zu unterstützen. Die Aufnahme der AU und afrikanischer Sub-Regionalorganisationen in das Militärische-Berater-Konzept sowie die Kooperation mit afrikanischen Peacekeeping-Ausbildungs-

deutsch

20

english

français

einrichtungen sind dafür wichtige Voraussetzungen. Dies gilt auch für die von der EU im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) geplanten Gefechtsverbände (European Battlegroups). Die EU hat in ihrer Sicherheitsstrategie unter anderem Afrika als Gebiet von besonderem sicherheitspolitischen Interesse definiert. Auf der Grundlage einer Anforderung der Vereinten Nationen und unter einem entsprechenden VN-Mandat kann die EU auch in Zusammenarbeit mit regionalen Organisationen wie zum Beispiel der AU Kriseneinsätze durchführen. Durch schnelles und gezieltes Eingreifen von militärischen Kräften sollen akute Krisen eingedämmt und stabilisiert werden. Dies gibt den VN oder der AU ausreichend Zeit, Folgekräfte für friedenserhaltende Maßnahmen aufzustellen und einzusetzen.

Die von der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) verabschiedete Strategie zur Reform des Sicherheitssektors in den Partnerländern Sub-Sahara-Afrikas begrüßen wir in diesem Zusammenhang ausdrücklich. Sie zielt auf die Verbesserung der rechtsstaatlichen und demokratischen Kontrolle der Sicherheitsorgane und eine grundlegende Transformation der oftmals schwierigen Beziehungen zwischen Militär, Polizei, Parlamenten, Justiz und Zivilbevölkerung. Ohne den Schutz der Bürger vor Gewalt und Kriminalität durch ein funktionierendes staatliches Gewaltmonopol ist wirtschaftliche und soziale Entwicklung nicht möglich. Gerade auch arme Menschen, denen die materiellen Mittel zur Verfolgung ihrer Interessen fehlen, sind auf ein Mindestmaß an körperlicher und rechtlicher Sicherheit angewiesen. Reformen des Sicherheitssektors und des Justizwesens sind daher eine der Schlüsselvoraussetzungen für Frieden und nachhaltige Entwicklung. Dies gilt in besonderem Maße für die Länder Afrikas südlich der Sahara, wo häufig private Kriegsherren vom Zustand der Rechtlosigkeit profitieren, um ihre eigenen Interessen mit Gewalt durchzusetzen.

Die Auswirkungen von Armut und Unterentwicklung, wirtschaftlichen und politischen Krisen, sozialen und kulturellen, aber auch ethnischen Konflikten auf dem afrikanischen Kontinent führen mittelfristig auch zu ernststen Problemen in Europa. Wie die Entwicklung des internationalen Terrorismus zeigt, können Versäumnisse in

deutsch

21

english

français

vernachlässigten Regionen der Welt als Sicherheitsrisiken auf die Industrieländer zurückfallen. Der Eindämmung und Entschärfung regionaler Krisen und Konflikte kommt daher zusätzlich eine unmittelbare strategische Bedeutung zu. Auch deshalb arbeitet Deutschland mit seinen afrikanischen Partnern im Kampf gegen den internationalen Terrorismus eng zusammen und hilft etwa Ländern, die von Anschlägen betroffen wurden, bei der Ausbildung von Polizeikräften. Die aktive Unterstützung Sub-Sahara-Afrikas ist Sicherheitspolitik auf dem Nachbarkontinent und eine Frage der sicherheitspolitischen Vernunft.

2.3 Demokratie, gute Regierungsführung und Schutz der Menschenrechte

Das Bekenntnis von AU und NePAD zu demokratischen Prinzipien und Institutionen, zu Rechtsstaatlichkeit und guter Regierungsführung spiegelt ein Umdenken und einen neuen Aufbruch in Afrika wider. Selbstkritisch wurde festgestellt, dass die ungenügende Einbindung der Menschen in demokratische Prozesse verbessert, dass schwache Institutionen gestärkt und Rechtsstaatlichkeit eingeführt werden muss, dass Korruption bekämpft und der oft fragwürdige Umgang von Regierenden mit der Macht verändert werden muss, um demokratische Prinzipien in Politik und Gesellschaft zu verankern. Dem neu geschaffenen Parlament der Afrikanischen Union soll dabei eine wichtige Rolle zufallen. Auch wenn es zunächst eine beratende Funktion wahrnehmen wird, bietet es ein panafrikanisches Forum, in dem die Probleme des Kontinents diskutiert und gemeinsam Lösungen gesucht werden können.

Darüber hinaus wollen die afrikanischen Staaten eigenverantwortlich und freiwillig gegenseitig die Stärken und Schwächen ihrer Regierungsführung bewerten (African-Peer-Review). Etwa die Hälfte aller Staaten hat bereits beschlossen, sich diesem Kontrollverfahren zu unterziehen. Dieser wichtige politische Prozess wird durch deutsche Hilfe gefördert. Außerdem werden jene Länder, die sich glaubhaft zu den NePAD-Zielen bekennen und den Peer-Review-Prozess

deutsch

22

english

français

erfolgreich abgeschlossen haben, ihre Position gegenüber der internationalen Gebergemeinschaft verbessern. Das im G8-Afrika-Aktionsplan entwickelte »Konzept der bevorzugten Partnerschaften« (enhanced partnership) unterstützen wir.

Die Förderung von rechtsstaatlichen Strukturen und Dezentralisierung sowie die Stärkung der Zivilgesellschaft, insbesondere auch von Frauenorganisationen, sind seit langem Markenzeichen sozialdemokratischer Politik in den Partnerländern Sub-Sahara-Afrikas. Eine starke Zivilgesellschaft ist die beste Basis für eine lebendige und funktionierende Demokratie. In zahlreichen Ländern bilden daher Programme, die Menschen und Institutionen in ihren Fähigkeiten stärken (empowerment), die rechtsstaatliche Strukturen entwickeln und stützen, Verwaltungen bedarfsgerecht reformieren sowie demokratisches und verantwortungsvolles Verhalten fördern, einen Schwerpunkt der deutschen Zusammenarbeit. Die neuen Ansätze, mit denen Korruption bekämpft (der Kimberly-Prozess, die »Extractive Industries Transparency Initiative« und die »Publish What You Pay«-Kampagne) und illegale Fluchtgelder aus dem Ausland nach Afrika zurückgeholt werden sollen, unterstützen wir ausdrücklich.

Die Selbstverpflichtung der afrikanischen Staaten auf die Achtung der Menschenrechte in der Gründungsakte der AU und in den Statuten der NePAD ist ein wichtiges politisches Signal nach innen und nach außen. Denn nach wie vor wird die Menschenrechtsbilanz zahlreicher afrikanischer Staaten durch Folter, Menschenhandel, Ausbeutung von Kindern als Soldaten und Arbeitsklaven, Genitalverstümmelung sowie von Diskriminierungen vielfältiger Art verdunkelt. Hinzu kommen die zahlreichen gewaltsamen Konflikte, die oft mit schwersten Menschenrechtsverletzungen einhergehen und Abertausende in die Flucht treiben. Bislang blieben menschenrechtliche Verbrechen meist ungesühnt.

Um die vielerorts dramatische menschenrechtliche Lage zu verbessern, reichen die bestehenden schwachen Menschenrechtsstrukturen nicht aus. Sie müssen dringend gestärkt werden. Ein Schritt in diese Richtung wurde bereits getan: Im Januar 2004 ist das Protokoll über die Einrichtung eines afrikanischen Menschenrechtsgerichtshofes in Kraft getreten. Die Vertragsstaaten beziehen sich darin auf

deutsch

23

english

français

die »Afrikanische Charta über die Menschenrechte und die Rechte der Völker« und bekräftigen ihren Willen, die Menschenrechte zu achten, zu schützen und zu gewährleisten bzw. Verstöße zu ahnden.

Die SPD-Bundestagsfraktion nutzt alle Gelegenheiten, um möglichst alle Staaten zur Ratifizierung des Protokolls zu bewegen. Zugleich unterstützt Deutschland den zügigen Aufbau des Gerichtshofes mit finanzieller und organisatorischer Hilfe. Dessen Einrichtung gibt auch der afrikanischen Kommission für Menschenrechte eine neue Dynamik: Neben einzelnen Staaten kann auch sie Fälle an den Gerichtshof überweisen.

Die meisten afrikanischen Staaten haben die wichtigen internationalen Menschenrechtsübereinkommen ratifiziert und sich völkerrechtlich auf deren Einhaltung verpflichtet. Richtschnur unseres politischen Handelns ist die Forderung nach konsequenter Umsetzung sowohl der politischen und bürgerlichen Rechte als auch der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, die wir als unteilbar und gleichrangig ansehen. An ihnen orientiert sich auch der »Entwicklungspolitische Aktionsplan für Menschenrechte 2004–2007«. In der bilateralen Zusammenarbeit, aber auch in enger Kooperation mit EU und VN, werden Einrichtungen gefördert, die zur Verbesserung der Menschenrechtssituation beitragen. Beispielsweise sind dies Organisationen, die sich für die Rechte von Frauen, Kindern, Flüchtlingen und Opfern von Menschenrechtsverletzungen engagieren sowie für rechtsstaatliche Strukturen eintreten, für Sozialstandards und Arbeitsnormen oder für das Recht auf Bildung und Gesundheit.

Afrika beschreitet mit der Förderung von Frieden, Sicherheit, Demokratie und Menschenrechten einen wichtigen Weg, der beharrlich in kleinen Schritten gegangen werden muss. Diesen Weg hin zu menschenwürdigeren Gesellschaften wollen wir gemeinsam mit reformorientierten afrikanischen Regierungen und engagierten einheimischen Organisationen gehen.

deutsch

24

english

français

2.4 Wachstum und gerechte Einkommensverteilung

Eine langfristige Entwicklung der Länder in Sub-Sahara-Afrika in sozialer, ökonomischer und ökologischer Hinsicht ist grundsätzlich von einem breitenwirksamen wirtschaftlichem Wachstum abhängig. In Afrika südlich der Sahara reichen auch in Ländern mit guten ökonomischen Kenndaten die nationalen Wachstumsraten derzeit nicht für eine selbsttragende Armutsbekämpfung aus. Die Millenniums-Entwicklungsziele sind in der Region nur dann zu erreichen, wenn hinreichend hohe Wachstumsraten erzielt werden können. Breitenwirksames Wachstum setzt in vielen Ländern Schwarzafrikas strukturelle Reformen voraus, die sich an folgenden Eckpfeilern orientieren sollten: armutsorientierte Regierungsführung, d. h. eine auf Verteilungsgerechtigkeit und Beschäftigungsorientierung ausgerichtete Wirtschafts- und Finanzpolitik, die Beteiligung der Armen an politischen und gesellschaftlichen Prozessen, menschliche Entwicklung durch Verbesserung und Verbreiterung des Zugangs zu sozialen Grunddiensten sowie Gleichberechtigung der Geschlechter. Wirtschaftliches Wachstum reduziert Armut um so deutlicher, je gleichmäßiger die Einkommensverteilung ist und je breitenwirksamer die Wachstumsprozesse gestaltet werden.

75 Prozent aller Menschen der Region leben in ländlichen Gegenden und sind weitgehend von der Landwirtschaft abhängig, der Beitrag der Landwirtschaft zum Bruttosozialprodukt (BSP) ist aber im Durchschnitt relativ gering. Die Landwirtschaft sowie kleine und mittlere verarbeitende Unternehmen sind von daher die Schlüssel-sektoren für die Entfaltung von Wirtschaftsdynamik in Sub-Sahara-Afrika. Wachstum und Armutsbekämpfung hängen maßgeblich von der nachhaltigen Entwicklung ländlicher Räume ab. Da landwirtschaftliche Produktion und Ernährungssicherung vor allem in den Händen von Frauen liegen, müssen sie als wichtigste Akteurinnen in allen strategischen Überlegungen eingebunden sein.

In weiten Teilen Sub-Sahara-Afrikas sind Agrar- bzw. Bodenrechtsreformen wesentliche Hebel für ein agrargestütztes Wirtschaftswachstum. Größtes Hindernis für marktwirtschaftlich orien-

deutsch

25

english

français

deutsch

26

english

français

tierte Agrarreformen sind nach wie vor die Vorbehalte der nationalen Eliten. In vielen Krisenländern der Region, die mit akuten Konflikten oder Nach-Konflikt-Problemen zu kämpfen haben, ist z. B. die Landfrage (fehlender Zugang zu Land, keine Verrechtlichung von Landbesitz- oder Landnutzungstiteln oder ein schlecht funktionierendes Katasterwesen) eine der zentralen Konfliktursachen. Die politische Instrumentalisierung der Landfrage hat in der Region inzwischen zum Ausbruch massiver Konflikte geführt. Um eine zügige Agrarentwicklung, die Ernährungssicherung und das Recht auf Nahrung der Bevölkerung zu erreichen sowie Investitionshemmnisse in der Landwirtschaft abzubauen, sollten Landtitel vergeben oder, z. B. in kommunalen Gebieten, die langfristige Nutzung anderweitig gesichert werden. Dadurch werden Finanzierungssicherheiten und die Rahmenbedingungen für produktivitätssteigernde Investitionen geschaffen. Weiterhin sind Agrarreformen zu fördern, um durch Bodenrechtsänderungen und veränderte Zugangsregeln insbesondere für Frauen neue wirtschaftliche Chancen zu eröffnen. Die Wirtschaftsförderung sollte sich in diesem Zusammenhang vorrangig auf kleinere und mittlere Unternehmen konzentrieren und somit intersektorale Verflechtungen von ländlicher und städtischer Ökonomie begünstigen.

Die geringe Weltmarktorientierung und das schwache Innovationsniveau lokaler Unternehmen stellen in vielen Ländern der Region ein wichtiges Investitionshemmnis dar. Hinzu kommen Engpässe bei Fachkräften, eine leistungsschwache wirtschaftliche Infrastruktur, institutionelle Schwächen und hohe bürokratische Hürden. Ausländische und rückkehrwillige Investoren sind darüber hinaus mit hohen politischen und wirtschaftlichen Risiken konfrontiert. Ohne Verbesserungen in der institutionellen, physischen und sozialen Infrastruktur werden Investitionen weiterhin wegen mangelnder Erfolgsaussichten ausbleiben. Deswegen sind gerade die Länder Afrikas südlich der Sahara auf effiziente Steuersysteme angewiesen, um ausreichend öffentliche Mittel für gesellschaftliche Vorleistungen (Infrastruktur, Elektrizitäts-, Gesundheits- und Wasserversorgung, etc.) erbringen zu können. Notwendig sind außerdem Reformen in den Finanzsystemen, die derzeit nur in geringem Umfang Kredite für

produktive Investitionen in der Landwirtschaft und für das Klein-
gewerbe zur Verfügung stellen.

Eine vertiefte regionale Integration in Sub-Sahara-Afrika wird von der SPD-Bundestagsfraktion aus außen-, wirtschafts- und ent-
wicklungspolitischer Perspektive als wünschenswert und notwendig
angesehen, da sie wesentlich zur Stabilisierung politischer und wirt-
schaftlicher Rahmenbedingungen und zur Überwindung kleiner
Märkte beitragen kann. In diesem Zusammenhang ist für die Länder
im südlichen Afrika die EU mit einem Anteil von rund 50 Prozent am
afrikanischen Außenhandel der bei weitem wichtigste Akteur. Da die
wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in der Sub-Region immer noch
schwach ausgeprägt ist, muss die Förderung der regionalen Integra-
tion durch Maßnahmen zur Stärkung der internationalen Wettbe-
werbsfähigkeit auf nationaler, institutioneller und betrieblicher
Ebene flankiert werden.

Wichtig ist außerdem, dass die in der Region tätigen Unterneh-
men ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden. Dafür stehen
sowohl der von VN-Generalsekretär Kofi Annan initiierte Global Com-
pact, der den Privatsektor auffordert, in den Bereichen Kernarbeits-
normen und Sozialstandards, Menschenrechte sowie Umwelt wichtige
Grundsätze in die Praxis umzusetzen, als auch die Förderung
Öffentlich Privater Partnerschaften in der Entwicklungszusammenar-
beit (Public Private Partnership, PPP). Bei Öffentlich Privaten Partner-
schaften wirken Staat und Privatwirtschaft bei Vorhaben zusammen,
die einen entwicklungspolitischen Nutzen erbringen und gleichzeitig
im Interesse der beteiligten Unternehmen sind. Seit 1999 fördert die
Bundesregierung im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenar-
beit Partnerschaften mit der Wirtschaft. Unterstützt werden
Unternehmensprojekte, die zusätzliches privates Kapital für die
soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Partnerlandes mobilisie-
ren und mit den entwicklungspolitischen Zielvorgaben vereinbar
sind. In den letzten vier Jahren konnten mit Maßnahmen der bilatera-
len Entwicklungszusammenarbeit über 600 innovative Einzelprojek-
te und langfristige strukturbildende Allianzen mit einem Mittelvolu-
men von mehr als einer Milliarde Euro realisiert werden. 21 Prozent
dieser Projekte lagen in Sub-Sahara-Afrika.

deutsch

27

english

français

Entwicklungspartnerschaften mit privaten Unternehmen werden in den kommenden Jahren weiter an Bedeutung gewinnen. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich in enger Zusammenarbeit mit den Unternehmen und der Zivilgesellschaft dafür ein, die Entwicklungspartnerschaften verstärkt auf die zur Bekämpfung der Armut relevanten Sektoren Gesundheit, Grundbildung und ländliche Entwicklung sowie auf die am wenigsten entwickelten Länder auszurichten. Bei vielen Projekten ist die Zivilgesellschaft beteiligt. Trilaterale Partnerschaften von privaten Unternehmen, Zivilgesellschaft und Staat sind eine erfolgversprechende Bedingung für die Realisierung nachhaltiger und strukturell wirksamer Maßnahmen. Aus der Zusammenarbeit entsteht für alle Partner ein weit größerer Nutzen, als bei rein öffentlichen oder rein privatwirtschaftlichen Investitionen.

2.5 HIV/AIDS intensiver bekämpfen

deutsch

28

english

français

Die globale HIV/AIDS-Epidemie ist für viele Staaten Sub-Sahara-Afrikas nicht nur zur Geißel für die betroffenen Menschen, sondern zugleich zum größten Entwicklungshindernis geworden. Sie zerstört die gesellschaftliche und sozio-ökonomische Ordnung der betroffenen Regionen und revidiert bisherige Entwicklungserfolge.

Seit Anfang der 80er Jahre sind nach neusten Angaben von UNAIDS weltweit mehr als 20 Millionen Menschen an AIDS gestorben. Im Jahr 2003 entfielen von den knapp 5 Millionen Neuinfektionen rund 2,3 Millionen auf Sub-Sahara-Afrika. AIDS ist in vielen Entwicklungsländern in der Bevölkerungsgruppe zwischen 15 und 49 Jahren zur häufigsten Todesursache geworden. In den oft von Gewalt und Unruhen betroffenen Ländern südlich der Sahara sterben heute mehr Menschen an AIDS als in Kriegen.

Zwei Drittel der etwa 38 Millionen HIV-infizierten Menschen leben in Sub-Sahara-Afrika. Auch Tuberkulose (TB) und Malaria breiten sich mit hoher Geschwindigkeit aus. Tuberkulose und AIDS wirken wechselseitig auf die Betroffenen und TB gilt als eine der häufigsten Todesursachen im Zusammenhang mit AIDS. Einige Länder in Afrika sind von der HIV-Infektion besonders betroffen: Südafrika ist

weltweit das Land mit den meisten HIV-Infizierten (etwa fünf Millionen). Die durchschnittliche Infektionsrate bei Erwachsenen liegt bei 8,8 Prozent. Regional werden jedoch auch Raten von über 30 Prozent erreicht. Botswana hat mit über 36 Prozent weltweit die höchste Infektionsrate. Aus den extrem hohen Infektionsraten ergeben sich unvorstellbar große soziale, ökonomische und gesellschaftliche Konsequenzen auf allen Ebenen, die sich mittelbar auf die politische und sicherheitspolitische Situation der betroffenen Länder und Regionen auswirken.

HIV/AIDS hat negative Effekte auf die ökonomischen Rahmenbedingungen, die für eine nachhaltige Entwicklung notwendig sind. Wirtschaftliche Entwicklungserfolge werden durch die Immunschwächekrankheit zunichte gemacht. Nach Schätzungen verschiedener internationaler Organisationen wird das jährliche Wirtschaftswachstum im südlichen Afrika um mehrere Prozentpunkte zurückgehen, sodass voraussichtlich zwischen 11 und 35 Prozent des Brutto-sozialproduktes in der Sub-Region verloren gehen werden. In Ländern, die besonders stark von der Epidemie betroffen sind, droht ein gesamtwirtschaftlicher Kollaps.

Neben der ökonomischen Verschlechterung werden auch gesundheitspolitische Entwicklungserfolge revidiert und mühsam aufgebaute nationale Gesundheitssysteme sind überfordert und überlastet, da u.a. teilweise sehr gut ausgebildetes medizinisches Personal emigriert (brain drain).

In 34 Ländern – vor allem in Afrika südlich der Sahara – ist die durchschnittliche Lebenserwartung unter dem Einfluss von AIDS dramatisch gesunken. In den am stärksten betroffenen Gebieten wird die Lebenserwartung auf unter 40 Jahre sinken. Davon ist besonders die Wirtschafts- und Bildungselite (z.B. Lehrer), die für den Aufbau und die Stabilisierung der Staaten dringend benötigt wird, betroffen.

Der Anteil von Frauen mit HIV/AIDS steigt in den letzten Jahren signifikant an. In Afrika südlich der Sahara sind mittlerweile fast 60 Prozent der HIV-Infizierten weiblich. Frauen sind in vielen Entwicklungsländern aus verschiedenen Gründen besonders gefährdet, sich mit dem Virus zu infizieren. Besonders junge Frauen haben ein fünfmal höheres Risiko sich anzustecken, als ihre männlichen Altersge-

deutsch

29

english

français

nossen. Neben der generellen Benachteiligung und Diskriminierungen im Alltag, u. a. durch den fehlenden Zugang zu Informationen und Beratung über reproduktive Gesundheit, sind sie im privaten Umfeld häufig rechtlos. Sie können ihr Recht auf sexuelle Selbstbestimmung nicht ausreichend ausüben, sich nicht gegen ungeschützten Sexualverkehr wehren und sind oft sexueller Gewalt ausgesetzt. Im Zusammenspiel mit finanziellen Abhängigkeiten werden Frauen in Armut und Prostitution getrieben, ein Prozess, der durch HIV/AIDS beschleunigt wird. Der begrenzte Zugang zu Bildung ist ein weiterer Faktor für die Benachteiligung von Frauen und das damit zusammenhängende höhere Risiko, sich mit HIV anzustecken.

Auch Kinder sind direkt und indirekt von HIV/AIDS betroffen. Schwangere Frauen, deren Infektionsrate besonders hoch ist, können den HI-Virus während der Schwangerschaft und beim Stillen auf ihre Säuglinge übertragen oder Kinder werden durch den Tod der Eltern zu Waisen. In Afrika südlich der Sahara sind inzwischen 2,6 Millionen Kinder unter 14 Jahren mit dem HI-Virus infiziert und 90 Prozent der weltweit rund 15 Millionen AIDS-Waisen leben in Afrika. Ein wesentlicher Faktor für die Ausbreitung von HIV/AIDS ist Armut. Sie schränkt den Zugang zu Information, Bildung und auch zu Kondomen ein und verdrängt im täglichen Überlebenskampf die Angst vor einer Infektion.

Die SPD-Bundestagsfraktion bewertet die HIV/AIDS-Epidemie nicht nur als ein schwerwiegendes Gesundheitsproblem, sondern als eine zukunftsgefährdende Krise. Deswegen setzt sich die Fraktion auch weiterhin für eine Intensivierung der nachhaltigen Bekämpfung von HIV/AIDS ein. Da AIDS nicht heilbar ist und es zurzeit noch keinen wirksamen Impfstoff gibt, muss Prävention und die Versorgung der bereits Erkrankten im Mittelpunkt der Bemühungen stehen. Es ist notwendig, dass die Bekämpfung von HIV/AIDS als sektorübergreifender Ansatz und Querschnittsaufgabe im Rahmen des Aktionsprogramms 2015 erfolgt.

Lebensverlängernde Medikamente stehen zur Verfügung. Auch existieren Präparate, die den Ausbruch der Krankheit verzögern bzw. deren Übertragung von der Mutter auf das Kind eindämmen können. Sie sind aber in der Regel unter Bedingungen einer fehlenden oder unzureichenden basismedizinischen Versorgung in den Ländern Afri-

deutsch

30

english

français

kas südlich der Sahara de facto nicht verfügbar oder zu teuer. Trotz der erheblichen Kostensenkungen und dem Einsatz von Generika kann nur etwa jeder fünfzigste AIDS-Kranke behandelt werden.

Es muss unsere politische Zielsetzung sein, flächendeckende Prävention, eine kostenlose bzw. bezahlbare Bereitstellung von Medikamenten sowie eine Sicherstellung der Verteilung und eine medizinische Betreuung zu gewährleisten. Um die HIV/AIDS-Epidemie wirkungsvoll zu bekämpfen, werden im aktuellen UNAIDS-Bericht 12 Milliarden US-Dollar jährlich veranschlagt. Um diesen Finanzierungsbedarf zukünftig decken zu können, setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion dafür ein, dass für den Globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM) zusätzliche Beiträge nichtstaatlicher Geber, d. h. von Unternehmen, privaten Spendern und Nichtregierungsorganisationen eingeworben werden. Nur auf diesem Weg kann die globale Partnerschaft zwischen Vereinten Nationen, Unternehmen und Zivilgesellschaft bei der HIV/AIDS-Bekämpfung intensiviert werden.

Der Benachteiligung und Stigmatisierung von HIV/AIDS-Kranken in vielen Ländern muss weiterhin entgegengewirkt werden, um die Epidemie zukünftig noch wirkungsvoller bekämpfen zu können.

2.6 Nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen

Die wachsende Zerstörung der natürlichen Ressourcen in Sub-Sahara-Afrika gefährdet in zunehmender Weise die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Existenzgrundlage vieler Menschen. Armut zwingt häufig zu einer unumkehrbaren Übernutzung empfindlicher Ökosysteme, die im krassen Gegensatz zu einer nachhaltigen Entwicklung steht. Umweltzerstörung macht die Menschen arm und Armut führt zu Umweltzerstörung: Durch natürliche Entwicklungen und menschliche Eingriffe ist in Afrika seit 1950 mehr als die Hälfte des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens unfruchtbar geworden. 65 Prozent des Ackerlandes, 31 Prozent der Weideflächen und 19 Prozent der Wälder gelten inzwischen als geschädigt.

deutsch

31

english

français

Bedrohlich sind auch Szenarien für den Fall, dass die Wüstenbildung in den nächsten beiden Jahrzehnten mit der bisherigen Dynamik weiter voranschreitet: Bis zum Jahr 2025 wird in Afrika mit dem Rückgang der landwirtschaftlichen Nutzfläche um zwei Drittel gerechnet. Wesentliche Ursache für die Wüstenbildung ist menschliches Handeln: ungeeignete Anbaumethoden, Überweidung oder Übernutzung, falsche Bewässerung sowie Brandrodungen. Es sind zumeist strukturelle Faktoren, wie die fehlende Rechtssicherheit für die Landnutzer, die den Menschen keine andere Alternative lassen, als die Böden zu schädigen. Die Folgen für die Betroffenen sind gravierend. Desertifikation führt in den Partnerländern zu Hunger, zum Zusammenbruch sozialer Strukturen, zu Migration, Landflucht und im schlimmsten Fall zu bewaffneten Auseinandersetzungen um knappe Ressourcen.

Wüstenbildung ist eng mit dem Problem der Wasserknappheit verbunden. Die Landverödung verringert die Verfügbarkeit von Wasser und Boden: Weltweit sind im Durchschnitt 7.000 m³ Wasser pro Kopf verfügbar, in den Trockenzonen Sub-Sahara-Afrikas sind es hingegen unter 1.000 m³ und diese Menge wird sich in den nächsten 20 Jahren voraussichtlich halbieren. Wasser ist ein Schlüssel zur nachhaltigen Entwicklung. Über 1,2 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu sauberem und bezahlbarem Trinkwasser und auch nicht zu einer funktionierenden Abwasserentsorgung. Sub-Sahara-Afrika ist von diesem Problem besonders betroffen. Die Konkurrenz um den knappen Rohstoff Wasser löst inzwischen auch zunehmend Konflikte aus, sodass es an grenzüberschreitenden Gewässern zu Spannungen unter den Anrainerstaaten kommt. Wasserknappheit entwickelt sich damit zu einem neuen Krisenfaktor in Afrika. Deswegen setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion für die Umsetzung von Initiativen zur Stärkung und Vernetzung der grenzüberschreitenden Flussgebietskommissionen in der Region ein, um so einen aktiven Beitrag zu einer gerechteren Verteilung knapper Ressourcen zu leisten. Und deswegen werden wir auch weiterhin unterstützen, dass Deutschland der größte bilaterale Geber im Wassersektor in Sub-Sahara-Afrika ist. Der Privatsektor wird zudem von uns aufgefordert werden, noch stärker als bisher zu notwendigen Investitionen für den Zugang zu sauberem

deutsch

32

english

français

Trinkwasser und zur Abwasserentsorgung in unseren afrikanischen Partnerländern beizutragen.

Der Zugang zu preiswerter, zuverlässiger und umweltverträglicher Energie ist eine notwendige Voraussetzung für gesellschaftliche, soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Energiearmut begünstigt den Raubbau an natürlichen Ressourcen und verhindert eine nachhaltige Entwicklung. In Afrika südlich der Sahara liegt der Anteil von Biomasse (Holz, Ernteabfälle und Dung) am Gesamtenergieverbrauch bei ca. 47 Prozent, in einigen afrikanischen Staaten sogar bei über 80 Prozent. In der Sub-Region wird der Bedarf an Haushaltsenergie heute bereits zu 72 Prozent mit erneuerbaren Energien (Biomasse und Wasserkraft) gedeckt. Die Bezeichnung »erneuerbar« trifft für die traditionelle Biomassenutzung allerdings nur sehr begrenzt zu, da die Bewirtschaftung oft nicht nachhaltig erfolgt und deshalb zu Bodenerosion und Verwüstung beiträgt, die eine Regeneration der Biomasse nicht mehr ermöglicht. Um die in der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen geforderte ökologische Nachhaltigkeit in Zukunft auch in Sub-Sahara-Afrika zu erreichen, ist nach unserer Auffassung in der Zusammenarbeit mit den afrikanischen Partnerländern eine veränderte Energiepolitik notwendig: eine Minderung der Nutzung von fossilen Energieträgern, nachhaltige Waldwirtschaft, die Steigerung der Energieeffizienz sowie ein forcierter Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien. Daher begrüßen wir die »Exportinitiative Erneuerbare Energien«, die 2005 ihren Schwerpunkt in Sub-Sahara-Afrika setzt.

Nachhaltige Energiepolitik, insbesondere in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien, kann einen wichtigen Beitrag zur Armutsbekämpfung leisten. Mittelfristig sollte es daher den am wenigsten entwickelten Ländern Schwarzafrikas ermöglicht werden, Zugang zu energieeffizienteren Energietechnologien zu erhalten. Die intensivierete Einführung von erneuerbaren Energien in unseren afrikanischen Partnerländern ist aber auch aus ökonomischen Gründen mittelfristig sinnvoll, weil diese Energieform laufend kostengünstiger wird, während bei konventionellen Energien die Kosten im Zuge ihrer Erschöpfung und wegen der Umweltlasten steigen werden. Darüber hinaus bieten erneuerbare Energien vielfache Vorteile für die künfti-

deutsch

33

english

français

ge ökonomische, ökologische und soziale Entwicklung, die Vermeidung von Klima-, Umwelt- und Gesundheitsschäden, die Überwindung von Energieabhängigkeiten und die mittelfristige Entlastung der Zahlungsbilanzen der schwarzafrikanischen Volkswirtschaften. Außerdem schafft die Anwendung von erneuerbaren Energien Arbeitsplätze, besonders im Bereich des Handwerks sowie der Land- und Forstwirtschaft. Die Zielperspektive, bis zum Jahr 2015 eine Milliarde Menschen aus erneuerbaren Energiequellen zu versorgen, die auf der Bonner Weltkonferenz für erneuerbare Energien entwickelt wurde, wollen wir daher aktiv unterstützen.

Im letzten Jahrzehnt gingen jährlich 15 Millionen Hektar Wald verloren. In Sub-Sahara-Afrika gab es die größten Verluste an Wald und damit auch an Biodiversität. Die Gründe für die Zerstörung sind vielfältig: Druck auf die Wälder wegen des steigenden Brennholz- und Holzkohlebedarfs, Brandrodung zur Gewinnung von Ackerland sowie Neurodungen aufgrund sinkender Erträge auf verbrauchten landwirtschaftlichen Nutzflächen.

Die biologische Vielfalt in Schwarzafrika ist ein wesentliches Kapital für die Armen, weil Produkte des Waldes und Nutzpflanzen für ländliche Haushalte oft Hauptnahrungsquelle und ein wichtiges Sicherheitsnetz bei Erkrankungen sind. Die weltweit wichtigsten Schutzgebiete zur Erhaltung der biologischen Vielfalt liegen überwiegend in wirtschaftlich schwachen Ländern. Die »Nutzung« von Wildtieren für die Eiweißversorgung (»Bushmeat«) zerstört viel von der ursprünglichen biologischen Vielfalt. Deswegen befürwortet die SPD-Bundestagsfraktion ausdrücklich, dass Deutschland in den vergangenen Jahren seine bilateralen Zusagen im Bereich Umwelt- und Ressourcenschutz auf über 700 Millionen Euro gesteigert hat und die Mittel in der regionalen Verteilung zu 35 Prozent Afrika zufließen. Wir unterstützen außerdem nachdrücklich eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich des Artenschutzes bei der Einrichtung von Friedens-Naturparks im südlichen Afrika. Zukünftig sollte ein besonderes Augenmerk darauf liegen, Deutschlands multi- und bilaterales Engagement zum Schutz der Biodiversität durch nachhaltige Finanzierungsinstrumente wie Trust Funds und Umweltstiftungen abzusichern.

deutsch

34

english

français

Umwelt- und Ressourcenschutz sind kein Selbstzweck. Es ist unabdingbar, den Menschen in den afrikanischen Partnerländern eine Chance zu eröffnen, ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft zu sichern. Eine wichtige Voraussetzung hierfür sind ökologisch intakte Lebensräume. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich daher auf der Grundlage des Aktionsprogramms des Gipfels für nachhaltige Entwicklung von Johannesburg international und national mit Nachdruck für Maßnahmen des Umwelt- und Ressourcenschutzes ein. Sozialdemokratische Umwelt- und Entwicklungspolitik unterstützt die Länder Sub-Sahara-Afrikas bei der Umsetzung von Aktionsprogrammen und völkerrechtlich verbindlicher Regelwerke, z.B. zur Bekämpfung der Wüstenbildung, zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung biologischer Vielfalt, zur Förderung biologischer Sicherheit, internationalem Klimaschutz sowie Wasserversorgung und Waldschutz. Unser besonderes Augenmerk gilt dabei der Harmonisierung zwischen Handels-, Wirtschafts- und Umweltpolitik.

deutsch

35

english

français

3 Handlungsfelder und Reformbedarf

Zur Erreichung der Millenniumsziele in Sub-Sahara-Afrika sind sowohl enorme Eigenanstrengungen der Länder als auch Reformen in den Bereichen Finanz-, Handels- und Entwicklungspolitik auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene erforderlich.

Auf nationaler und regionaler Ebene wollen wir

deutsch

36

english

français

- den Aktionsplan »Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung« in der Zusammenarbeit mit afrikanischen Partnern weiter konkretisieren und als strategischen Rahmen für eine dauerhafte Partnerschaft mit der AU und den afrikanischen Sub-Regionalorganisationen entwickeln, z. B. durch eine intensive Kooperation mit afrikanischen Peacekeeping-Einrichtungen, Schulungen und Ausbildungsmaßnahmen;
- den Ausbau der AU zu einer regionalen Sicherheitsorganisation fördern und die Zusammenarbeit zwischen der AU und den afrikanischen Sub-Regionalorganisationen verbessern, z. B. durch die Entsendung von militärischen Beratern und Experten, die die afrikanische Handlungsfähigkeit stärken und unterstützen, aber auch durch logistische und organisatorische Hilfestellung in Krisensituationen;
- die afrikanischen Regierungen ermutigen und unterstützen, die sich in ihren Ländern überzeugend für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Stärkung der Zivilgesellschaft einsetzen. Die positive Rolle der Frauen in diesem Prozess sollte dabei nach außen als beispielhaft gewürdigt und damit in der gesamten Region verstärkt werden;

- die nationalen Armutsbekämpfungs-Strategien und regionalen afrikanischen Mechanismen (u. a. NePAD, African Peer Review Mechanism) fördern, die armutsorientierte Politiken und Reformen für gute Regierungsführung vorantreiben. Im Rahmen von nationalen Armutsbekämpfungs-Programmen sind gezielt Vorhaben zu unterstützen, die die Gleichstellung von Frauen (empowerment) und ihre Anerkennung als treibende Kraft nachhaltiger Entwicklungsprozesse verstärken. Darüber hinaus soll die enge Kooperation mit Frauen als wichtigen Akteurinnen im Entwicklungsprozess generell gefördert werden;
- das afrikanische Menschenrechtssystem stärken, einheimische Menschenrechtsorganisationen fördern und Menschenrechtsverteidiger/innen unterstützen, die sich in ihren Ländern für die Rechte anderer einsetzen und dadurch oft selbst gefährden;
- die regionale Zusammenarbeit und die regionalen Institutionen und wirtschaftlichen Gemeinschaften stärken, z. B. im Bereich der grenzüberschreitenden Wasserressourcen, bei der HIV/AIDS-Bekämpfung, der Privatwirtschaftsförderung oder der Eindämmung der Kleinwaffenproliferation;
- uns dafür einsetzen, dass die Koordination, Kooperation und Komplementarität der europäischen EZ weiter erhöht wird. Effizienz, Qualität und nachhaltige Wirksamkeit der Zusammenarbeit mit den afrikanischen Partnerländern im Rahmen der europäischen EZ müssen weiter gesteigert werden. Deutschland unterstützt diese Bemühungen seit 2003 durch einen eigenen Aktionsplan zur Harmonisierung von Geberpraktiken und setzt damit seine Anstrengungen um eine EZ aus einem Guss weiterhin konsequent fort. Im Hinblick auf die Harmonisierung, Flexibilisierung und Vereinfachung von Verfahren und Instrumenten sollen weitere deutliche Fortschritte erzielt werden;
- uns dafür einsetzen, dass durch die vermehrte Beteiligung an Gemeinschaftsfinanzierungen die Transaktionskosten der deutschen und europäischen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) gesenkt und deren Hebelwirkung im Interesse der Partner und der Erreichung der Millenniumsziele erhöht wird;
- weiterhin die Erreichung der in Monterrey zugesagten Verpflichtungen anstreben, die Mittel der öffentlichen Entwicklungszusammen-

deutsch

37

english

français

arbeit bis zum Jahr 2006 auf 0,33 Prozent des Bruttoinlandproduktes zu erhöhen. Ohne die energische Umsetzung der Monterrey-Verpflichtungen können die Millenniumsziele in Afrika südlich der Sahara nicht erreicht werden. Die schwarzafrikanischen Länder erhalten derzeit jährlich Zahlungen öffentlicher Entwicklungshilfe (ODA) in Höhe von 13 Milliarden US-Dollar. Nach letzten Schätzungen wären zusätzliche jährliche Finanzmittel (insbesondere Zuschüsse) in Höhe von 20 bis 25 Milliarden US-Dollar notwendig, um ca. 30 afrikanischen Staaten, die Mittel der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit effizient nutzen, die Erreichung der Millenniumsziele im geplanten Zeitrahmen zu ermöglichen;

- durch eine ressortübergreifende Zusammenarbeit mit den Partnerländern Afrikas südlich der Sahara der Kooperation ein noch stärkeres politisches Profil geben. Friedenssicherung, zivile Krisenprävention und Stärkung demokratischer Strukturen sind Querschnittsaufgaben unserer Politik. Diese Aufgabe sollte durch die Erarbeitung ressortübergreifender Länder- bzw. Regionalstrategien wahrgenommen werden. Hierzu ist eine noch engere Abstimmung zwischen außen-, entwicklungs-, menschenrechts- und sicherheitspolitischen Aktivitäten sowie anderen Politikfeldern anzustreben;
- den Einsatz von Konfliktanalysen und konfliktbezogenen Wirkungsanalysen in der deutschen Zusammenarbeit mit Sub-Sahara-Afrika fest verankern. Die beabsichtigten und nichtbeabsichtigten Wirkungen von Projekten und Programmen auf Konfliktsituationen und Prozesse der Friedenskonsolidierung sollten systematisch erfasst werden.

deutsch

38

english

français

Auf internationaler Ebene wollen wir

- die Demokratisierung von IWF und Weltbank vorantreiben. Die Länder Sub-Sahara-Afrikas haben in diesen Institutionen derzeit nur einen Stimmenanteil von 6,5 Prozent. Die Verteilung der Stimmrechte sollte zugunsten der Entwicklungsländer verändert und die Verantwortung für die Umsetzung nationaler Armutsbekämpfungsstrategien stärker in die Partnerländer verlagert werden. Der von der

Weltbank eingeleitete, weitgehende Verzicht auf Vorschriften bei der Gestaltung der nationalen Wirtschaftspolitik, der Privatisierung und Liberalisierung ist begrüßenswert. Dadurch können den Partnerländern politische Handlungsspielräume für eigene Reformwege eröffnet werden;

- eine Verlängerung der HIPC-Initiative bis 2006 sichern. Es sollen alle Länder berücksichtigt werden, die bis Ende 2004 die Zugangskriterien für die Initiative erfüllen. Der reguläre Schuldendienst der Entwicklungsländer gefährdet die Erreichung des wichtigsten Ziels der MDGs, die extreme Armut bis zum Jahr 2015 zu reduzieren. Deswegen wird die SPD-Bundestagsfraktion die Entwicklung von zusätzlichen, innovativen Finanzierungsinstrumenten unterstützen;
- die in Doha eingeleitete »Entwicklungsrunde« der Welthandelsorganisation (WTO) erfolgreich beenden und den Marktzugang für die Entwicklungsländer erweitern. Auch die Verhandlungspositionen unserer Partnerländer in Afrika südlich der Sahara müssen durch handelsbezogene Zusammenarbeit weiter gestärkt werden. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die handelsverzerrenden Agrar- und Exportsubventionen der Industrieländer drastisch reduziert werden mit dem Ziel, sie mittelfristig ganz abzuschaffen. Wir unterstützen die konsequente Reform der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik und die anstehenden Änderungen der Baumwoll- und Zuckermarktordnungen. Darüber hinaus wollen wir darauf hinwirken, dass Kernarbeitsnormen und Umweltbelange in der WTO stärker berücksichtigt werden. Nur so können Wachstum und Entwicklung global gerechter gestaltet werden;
- eine gesteigerte Effizienz bei der Geberharmonisierung erreichen. Gemeinsame Länder- und Sektoranalysen der bi- und multilateralen Geber, gemeinsame Projekt-, Programm- und Schwerpunktprüfungen sowie gemeinsames Monitoring und Evaluieren sollten zukünftig intensiviert werden;
- die Möglichkeiten der Mitgestaltung der multilateralen und der europäischen Programme der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) erweitern, und damit die Hebelwirkung deutscher EZ steigern. Dies beinhaltet eine intensivere Beteiligung an programmorientierten Gemeinschaftsfinanzierungen oder an Budgetfinanzierungen.

deutsch

39

english

français

4 Schlussbemerkung

»Wo Hunger herrscht, kann Friede nicht Bestand haben. Wer den Krieg ächten will, muss auch die Massenarmut bannen«, hatte Willy Brandt vor über 20 Jahren geschrieben. Ohne ein Ende der Armut wird Afrika südlich der Sahara nicht friedlich und stabil werden. Und ohne Frieden und Stabilität in der Region ist der Kampf gegen die Armut nicht zu gewinnen.

Wir wollen mit unserer Politik dazu beitragen, dass die Afrikaner diesen Kampf gewinnen können. Der Aufgabe, Afrikapolitik aktiv zu gestalten, will die SPD-Bundestagsfraktion sich in den nächsten Jahren verstärkt widmen. Dies gilt sowohl für den nationalen Rahmen als auch für deutsche Politik in der Europäischen Union und innerhalb der Vereinten Nationen.

deutsch

40

english

français

Abkürzungsverzeichnis

AIDS	Acquired Immune Deficiency Syndrome erworbener Immundefekt
AKP-Staaten	Afrikanische, Karibische und Pazifische Staaten
AU	Afrikanische Union
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
EU	Europäische Union
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
GAA	G8-Afrika-Aktionsplan
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union
GFATM	Globaler Fonds zur Bekämpfung von HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria
HIPC	Heavily Indebted Poor Countries hoch verschuldete arme Länder
HIV	Human immune deficiency Virus menschliches Immundefekt-Virus
IWF	Internationaler Währungsfonds
LDC	Least Developed Countries am wenigsten entwickelte Länder
MDGs	Millennium Development Goals Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen
NePAD	New Partnership for Africa's Development Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung
OAU	Organization of African Unity Organisation für Afrikanische Einheit
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

deutsch

41

english

français


ODA	Official Development Assistance Zahlungen öffentlicher Entwicklungshilfe
PRS	Poverty Reduction Strategies Strategien zur Armutsminderung
PPP	Public Private Partnership Öffentlich Private Partnerschaften
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
TRIPS	trade-related aspects of intellectual property rights Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums
UN	United Nations Vereinte Nationen
UNAIDS	Joint United Nations Programme on HIV/AIDS Gemeinsames Programm der Vereinten Nationen zu HIV/AIDS
WTO	World Trade Organization Welthandelsorganisation

deutsch

42

english

français



Guidelines for a Social Democratic Policy towards sub-Saharan Africa

deutsch

english

43

français

Contents

Summary	45
Preface	50
1 Background	53
2 New challenges for Social Democratic policy in sub-Saharan Africa	57
2.1 Goals and guidelines	57
2.2 Supporting peace-keeping and conflict prevention	58
2.3 Promoting democracy, good governance and the protection of human rights	61
2.4 Encouraging growth and fair distribution of income	64
2.5 Stepping up the fight against HIV/AIDS	67
2.6 Safeguarding sustainable natural resource use	70
3 Fields of action and the need for reform	74
4 Conclusion	79
List of abbreviations	80

deutsch

english

44

français

Summary

The 48 countries of sub-Saharan Africa form the largest region on the African continent. Sub-Saharan Africa faces extremely adverse conditions: ethnic conflicts, civil wars, famines, and regional refugee and migration flows. Economies of violence have also emerged, funded by drug, arms and human trafficking and the illegal exploitation of natural resources.

The new policy paper examines this region's development prospects, problems and conflicts, focussing especially on the aspects which, from a development perspective, will crucially determine its future: peace and security, democracy and human rights, growth and sustainable natural resource use, and HIV/AIDS control. It identifies opportunities for future cooperation and illustrates how Germany can support and encourage the positive trends in the region through international development cooperation.

Since the terrorist attacks of 11 September 2001, the objectives and instruments of foreign and security policy have changed. Policy-making now exists in a field of tension between the need to avert new terrorist threats and the new challenges arising in international cooperation. Development and human rights policy is also increasingly being viewed from this perspective. Largely as a result of the rising number of violent conflicts within the countries of sub-Saharan Africa, more attention is now being paid to this region worldwide.

The legacy of colonialization—political and economic dependencies on the former colonial powers and proxy wars during the East-West conflict—is a historical burden weighing heavily on Africa. Poor economic and financial policies and corruption, but also the largely saturated demand for its products on the world markets, are impeding democratic development and mean that sub-Saharan Africa is scarcely able to benefit from the opportunities afforded by

deutsch



english



45

français



globalization. Economic development and growth in sub-Saharan Africa are far slower than in other regions of the world. Per capita savings and investment have steadily declined over the last 35 years.

The African Union (AU) is endeavouring to resolve these conflicts and problems, so it is important to further reinforce this organization. Its Member States have, for the first time, reaffirmed their determination to take charge of their continent's destiny through good governance, market-economic reforms and effective anti-corruption measures. The AU has also reaffirmed the principle that the African countries themselves are responsible for crisis prevention and conflict management in the region and must allocate resources for this purpose. The African Union's political priorities are eradicating poverty, safeguarding peace, and shaping the globalization process more equitably. We intend to support these policies on a long-term basis.

Supporting peace-keeping and conflict prevention

Sub-Saharan Africa needs its own security architecture to prevent and manage conflicts, for without peace and stability in the region, the war on poverty can never be won. In 2004, initial steps were therefore taken to set up a Peace and Security Council and an African peace-keeping force. Their security institutions are being established with German assistance. A restrictive arms export policy and efforts to curb the illicit trade in small arms underpin the German contribution. Through the Action Plan "Civilian Crisis Prevention, Conflict Resolution and Post-Conflict Peace-Building", we intend to intensify cooperation with our African partners, e.g. in the peace-keeping organizations and through seminars and training measures. We are also providing military advisers and delivering logistical support for the expansion of the AU's security institutions.

deutsch

english

46

français

Promoting democracy and human rights

A robust civil society is the basis for a vibrant and well-functioning democracy. Promoting rule-of-law structures and decentralization and strengthening civil society, especially women's organizations, have long been hallmarks of policy towards the partner countries in sub-Saharan Africa. In order to achieve more humane African societies, democratic principles must be mainstreamed in politics and society. We therefore endorse the endeavours of the Pan-African Parliament, reform-minded African governments and committed local organizations to move along this path. In pursuing our policies, we also take every opportunity to encourage as many states as possible to ratify the Protocol on the Establishment of an African Court on Human and Peoples' Rights, which has already entered into force.

Encouraging growth and fair distribution of income

Sustainable social, economic and environmental development is always dependent on economic growth. To achieve more growth in the region, structural reforms and the stabilization of political and economic conditions are essential. Our policies aim to bring the Doha Development Round initiated by the World Trade Organization (WTO) to a successful conclusion and improve market access for the developing countries. We support the radical reduction of the industrialized countries' trade-distorting agricultural and export subsidies, with a view to phasing them out entirely in the medium term. Our further aim is to ensure that greater consideration is given to core labour standards and environmental aspects within the WTO framework. This is the only way for growth and development to be shaped more equitably on a global basis.

deutsch



english



47

français



Stepping up the fight against HIV/AIDS

In 2003, some 5 million people around the world were newly infected with the HIV/AIDS virus, half of them in sub-Saharan Africa. Tuberculosis (TB) and malaria are also spreading rapidly. The epidemics have become the main obstacle to development, reversing many of the successes achieved. As a result, gross national product (GNP) is falling and health systems in the region are overstretched. Life-prolonging drugs and medicines which prevent mother-to-child transmission exist, but in a region which has little or no primary healthcare, they are either unavailable or unaffordable. Our policy therefore aims to ensure that the Global Fund to Fight AIDS, Tuberculosis and Malaria (GFATM) is able to raise additional funding from non-government sources in order to secure the estimated US\$ 12 billion needed each year to combat the HIV/AIDS epidemic effectively. The partnership against HIV/AIDS that has been forged between the United Nations, companies and civil society must be further intensified.

deutsch



english

48

français



Safeguarding sustainable natural resource use

The ongoing degradation of sub-Saharan Africa's environment is increasingly jeopardizing the economic, social and cultural bases of life of many of its people. Forest clearance and the destruction of indigenous species of flora and fauna perpetuate the vicious circle. Hunger, the collapse of social structures, migration, a rural-urban exodus and, in the worst-case scenario, armed conflicts over scarce resources are the result. The conservation and sustainable use of biodiversity, international climate protection and a water supply are therefore key prerequisites for the permanent eradication of poverty.

Eradicating poverty and enhancing development prospects

Our policies aim to support the national Poverty Reduction Strategies and regional mechanisms in Africa (e.g. NEPAD, African Peer Review

Mechanism). Within the framework of the national poverty reduction programmes, targeted support is being given to projects which promote women's equality and recognize their role as a driving force in sustainable development processes. We encourage and support those countries which are working pro-actively to achieve democracy, the rule of law and a greater role for civil society. This applies both to the national framework and to Germany's policies within the European Union and the United Nations, as well as to the necessary democratization processes within the International Monetary Fund and the World Bank. The sub-Saharan African countries currently account for just 6.5 percent of the vote in these two institutions. The distribution of voting rights should be reformed in favour of the developing countries.

Regular debt service by the developing countries jeopardizes their prospects of meeting the most important Millennium Development Goal, namely reducing extreme poverty by half by 2015. We will therefore lobby for the extension of the HIPC Initiative to 2006. The Initiative should encompass all countries which comply with the access criteria by the end of 2004. Pro-active measures should be taken to fulfil the commitments undertaken at Monterrey, namely to increase official development assistance (ODA) to 0.33 percent of GDP by 2006.

“Where hunger rules, peace cannot prevail. Anyone who wants to ban war must also ban mass poverty.” These words were written by Willy Brandt, former Chancellor of Germany, more than twenty years ago. Without an end to poverty, sub-Saharan Africa will not achieve peace and stability. And without peace and stability in the region, the fight against poverty can never be won. We are committed to intensifying our efforts to shape policies on Africa pro-actively in the coming years. This applies both to the national framework and to Germany's policies within the European Union and the United Nations.

deutsch

english

49

français

Preface

This policy paper of the SPD parliamentary group in the German Bundestag examines the 48 countries of sub-Saharan Africa, their development prospects, problems and conflicts, with a particular emphasis on aspects of relevance to development policy. The focus on the sub-Saharan sub-region is deliberate; the paper therefore does not consider the North African countries, which have very different political systems and cultures.

The paper concentrates on specific areas which will crucially determine our neighbour continent's prospects for the future. These are:

- peace and security,
- democracy, good governance and human rights,
- growth and the promotion of the private sector,
- HIV/AIDS control,
- sustainable natural resource use.

It also identifies opportunities for future cooperation and describes how Germany is currently supporting the endeavours of, and positive trends in, the sub-Saharan African countries via its foreign, security and human rights policies and its bi- and multilateral development cooperation (DC). Moreover, it outlines further measures for the future.

Since the terrorist attacks of 11 September 2001, we have become aware that we live in a global risk society. The challenges, objectives and instruments of foreign, security, human rights and development policy have changed in recent years. These policy areas increasingly exist in a field of tension created by global challenges. Although many positive approaches have been adopted and tangible improvements achieved in recent years, developments in sub-Saharan Africa

deutsch

english

50

français

are still dictated by specific and often complex regional conditions: inter-state conflicts, some of which may be driven by ethnic factors, civil wars, conflicts over borders or resources, environmental crises, famines, and regional refugee and migration flows. Economies of violence have also emerged, funded by drug, arms and human trafficking and the illegal exploitation of natural resources.

Germany and Europe have a vital interest in security and stability on their neighbour continent. Largely as a result of the rising number of violent conflicts within the countries of sub-Saharan Africa, more attention is now being paid to this sub-region in foreign and security policy worldwide. The sub-regional organizations and the African Union (AU) are willing to play a key role in resolving these conflicts. It is important to reinforce these institutions, since multilateral security policy is essential for peaceful conflict resolution. In this context, the Africans have a new and historic opportunity: the Member States of the African Union have reaffirmed their determination to take charge of their continent's destiny through good governance, market-economic reforms and effective anti-corruption measures. The AU has also reaffirmed the principle that the African countries themselves are responsible for crisis prevention and conflict management in the region and must allocate resources for this purpose.

Nowadays, our policy actions are based on a broader concept of security. By security, we no longer mean the security of countries but human security, with the focus on people's need for stable political, social, economic and environmental conditions which are in line with human dignity. This awareness is reflected in the European Security Strategy, adopted by the European Union (EU) at the end of 2003. In this document, security is described as "the first condition for development". Conversely, the vicious circle of poverty and lack of development can cause security problems. The mechanisms for international cooperation with the countries of sub-Saharan Africa must therefore be adapted to these parameters. In future, the development of better early warning systems, preventive diplomacy, support for democratic reforms in state and society, including security sector reform, flanking measures to promote peace processes, especially through the reintegration of ex-combatants, and the development

deutsch



english



51

français



and expansion of an international system of justice will increasingly be at the forefront of non-military crisis prevention. Germany has already responded to these new challenges by adopting an enhanced security policy and global structural policy and by prioritizing civilian crisis prevention.

It is to be welcomed that the European Union has now, with a general decision taken by the Council, set a timetable to increase official development assistance to 0.7 per cent of gross national income by 2015. We fully support this decision.

In a globalized world, peace, stability, and social and economic progress on our neighbour continent affect us directly. We therefore have a tangible interest in Africa's positive development.

Franz Müntefering

Franz Müntefering, MdB

Chairman of the SPD-Bundestagsfraktion



deutsch



english

52

français



1 Background

Colonialization by European states has left deep scars on the African continent. It impeded its independent development for a considerable length of time. After independence, the colonial structures were replaced by a system of political and economic dependencies which restricted Africa's development prospects. The African economies remained geared towards fulfilling the economic needs of the former colonial powers. Furthermore, during the colonialization process, borders had been drawn randomly with complete disregard for the settlement areas of individual ethnic groups, which resulted in the creation of artificial states.

Besides colonial hegemony, the political tensions of the East-West conflict were also played out in Africa. In the superpowers' wrangling over spheres of influence, the African continent was not spared. Proxy wars were waged and authoritarian regimes propped up in the name of stability. Today, although the East-West conflict has ended, almost 40 percent of the world's conflicts are taking place in sub-Saharan Africa: wars are being fought in 11 countries, with a further 5 suffering in armed conflicts. With its countless crises, the intimate link between weak statehood and the threat of terrorism, and the risks posed by failing and failed states, sub-Saharan Africa is viewed as a region of instability. There is also a danger that the inability of many sub-Saharan African states and societies to resolve their conflicts by peaceful means will further destabilize the continent.

However, many of the problems facing Africa today can also be attributed to undesirable developments at internal level. For several decades, the non-government organization "Freedom House" has published an annual comparative assessment of the state of political rights and civil liberties around the globe; on its "map of freedom", states are classified as "free" (liberal democracies), "partly free" and

deutsch



english



53

français



“not free” (dictatorship). In some countries in sub-Saharan Africa, the hopes of achieving more democracy have been triumphantly fulfilled; in others, however, very little progress has been made over the last two decades.

The development of stable, democratically constituted statehood (state building) and the transformation of political and social structures are long-term processes. Many African countries have made significant progress towards democracy, press freedom, freedom of assembly and freedom of association. By 2003, the number of free African states had increased from two to 11, while the number of partly free states in Africa had risen from 13 to 22. Fifteen states are still classified as not free. There are still several countries in which the state has failed or is too weak to perform its functions. Their defining features are poor economic and financial policies, corruption, mismanagement and capital flight. Instead of the legislature and executive in these countries providing political direction, the regimes simply reinforce the political power and economic influence of the elites, who are thus in a position to generate an ongoing revenue stream from lucrative “rents”.

One outcome of this combination of factors is that sub-Saharan Africa scarcely benefits from the opportunities afforded by globalization. On the contrary, in its current form, globalization further marginalizes the Least Developed Countries (LDCs) which are heavily reliant on exports of primary products. 34 of the world’s 50 LDCs are located in sub-Saharan Africa. Most of the African states’ export products are agricultural commodities for which demand on the world markets has barely increased in recent decades. The real prices of many non-energy natural resources have fallen by half since the early 1980s. Furthermore, the markets for many of these goods (cocoa, coffee, tea, cotton) are almost saturated, which means that any expansion of production of these commodities is highly likely to cause prices to fall, rather than result in an increase in export earnings.

Faced with these conditions, sub-Saharan Africa’s share of world exports has fallen by more than half, from 6.3 percent in 1980 to just 2.5 percent today. As a result of the colonial legacy, trade structures are also asymmetrical. Admittedly, the importance of intra-African

deutsch

english

54

français

trade has risen over the last ten years but still accounts for less than 10 percent of sub-Saharan Africa's total volume of trade.

The collapse of commodity prices, the rising costs of fossil energies, lack of economic diversification and poor governance have plunged the countries of sub-Saharan Africa into a debt spiral despite the granting of substantial debt relief and the existence of debt conversion schemes. As a result, sub-Saharan Africa's debt burden has risen steadily over the last 20 years and now stands at US\$ 219 billion.

Compared with other regions of the world, economic development in sub-Saharan Africa is extremely sluggish. This is partly because a major share of foreign direct investment flows to the economically dynamic Asian and Latin American markets. Just 0.7 percent of foreign direct investment reaches the African countries, with investment in the poorest sub-Saharan African countries amounting to a pitiful 0.3 percent.

Sub-Saharan Africa is the only region in the world where per capita savings and investment have fallen since 1970. Economic growth has been correspondingly poor, accompanied by a decline in real per capita incomes. Compared with other regions, sub-Saharan African countries are therefore heavily dependent on external support. In the poorest countries, an average of 50 percent of the public budget is resourced from development cooperation.

In light of these trends, it is not surprising that the sub-Saharan African countries face immense difficulties in meeting the Millennium Development Goals (reducing extreme poverty by half, improving health and primary education, combating HIV/AIDS etc.). One-third of the people surviving on less than 1 euro a day live in sub-Saharan Africa. Since 1981, per capita income in this sub-region has fallen by 15 percent. With strong demographic growth occurring over the same period, this has resulted in a doubling of the number of poor from 164 million to the present figure of 314 million. The United Nations' Human Development Report notes that out of the 31 countries which have furthest to go in order to meet the Millennium Development Goals (MDGs), 25 are in sub-Saharan Africa. Yet despite these difficult conditions, women in Africa have achieved some successes: moving beyond their traditional role in agriculture, they are becoming increasingly influential in civil-

deutsch

english

55

français

society organizations, governments and parliaments. Through their strong sense of community, improving levels of education and greater social participation, women are being empowered to stimulate and drive forward development processes—opportunities which they are utilizing to an ever-increasing extent.

In an effort to address these obstacles to development, a number of African countries have forged a New Partnership for Africa's Development (NEPAD), a comprehensive development initiative for Africa's renewal. NEPAD's objective is to integrate Africa into global structures through greater participation in international political and economic processes. NEPAD member countries are committed to implementing the principles and values enshrined in the United Nations Millennium Declaration and taking responsibility for monitoring compliance with these principles. NEPAD thus provides a strategic framework for Africa which links the eradication of poverty, economic development, good governance, integration into the global economy and competitiveness. As a result, a consensus has been formed between Africa's own policies and the strategies being pursued by the international donor community.

Flanking these endeavours by the African countries, the Enhanced Heavily Indebted Poor Countries (HIPC) Initiative was adopted, at Germany's instigation, at the G7 Summit in Cologne in 1999. The core element of the HIPC Initiative is to strengthen the link between debt relief and poverty reduction. The overall debt of the HIPC countries will be reduced by US\$ 60 billion, and to date, more than 20 sub-Saharan African countries have benefited from the Initiative. National Poverty Reduction Strategies (PRS) are the key instrument reinforcing the binding link between debt relief and poverty reduction. The PRS approach establishes a comprehensive, coordinated, long-term and results-oriented development strategy for the country concerned and is an essential precondition for access to the debt relief process. However, genuine poverty reduction can only be achieved if the resources freed up by debt relief are deployed for poverty-oriented spending and investment in sub-Saharan Africa. This can only be achieved if private sector and civil-society actors are involved more fully in the development of these strategies in future.

deutsch

english

56

français

2 New challenges for Social Democratic policy in sub-Saharan Africa

2.1 Goals and guidelines

The Social Democratic guiding vision for cooperation with the sub-Saharan African countries is international solidarity. Eradicating poverty, safeguarding peace and shaping the globalization process more equitably are the core policy principles of Social Democratic Policy. A key element of cooperation is an intensive dialogue and the implementation of an equal partnership.

Sub-Saharan Africa's political reforms and new political self-confidence play an essential role in ensuring that our support falls on fertile ground. This support must dovetail with the partners' own national and regional strategies. We are therefore committed to supporting the institutions established by the AU and its Member States in order to promote and shape long-term sustainable development processes in sub-Saharan Africa and stabilize areas of chronic instability and fragile statehood.

Promoting peace, democracy and good governance, along with poverty eradication, are also core elements of the African Union's policy agenda. We fully and wholeheartedly endorse these objectives. They accord with our own policies, including those which we pursue within the United Nations, the G8 and the European Union. In particular, we will contribute to European policies to strengthen the African regional organizations via the European Union's Common Foreign and Security Policy (CFSP) and the Cotonou Agreement between the EU and the African, Caribbean and Pacific (ACP) states.

deutsch



english



57

français



The Social Democratic long-term policy of global responsibility in Africa is driven by the interest in security and in establishing stable parameters for democracy-building, sustainable economic development and preservation of the natural bases of life. Germany's foreign and development policy makes its contributions to these development processes by supporting democratic stability, economic development, sustainability and social justice.

The United Nations Millennium Declaration, the consensus reached at the International Conference on Financing for Development in Monterrey and the Programme of Action adopted at the World Summit on Sustainable Development in Johannesburg are milestones on the path towards a new global partnership between North and South. Social Democratic policy is committed to the Millennium Development Goals. For that reason, in 2001, Germany was one of the first countries to adopt a Program of Action 2015 as its contribution towards halving extreme poverty worldwide. The Program establishes the basis for development policy measures within the framework of international cooperation. It is also intended to promote coherence between all policy areas.

deutsch

english

58

français

2.2 Supporting peace-keeping and conflict prevention

Peace, democracy, security and stability are essential for development. The AU is committed to the principle that the African countries are responsible for crisis prevention and conflict management on their own continent. The AU's stated intention is to break with the principle of non-interference, adhered to by the former Organization of African Unity (OAU), when genocide, war crimes and crimes against humanity occur. With the establishment of a Peace and Security Council and an African peace-keeping force, initial steps have been taken to develop a new African security architecture. The aim is to ensure that by 2010, Africa has the capacity to take more effective measures to anticipate and prevent conflicts and undertake peace-making and peace-building functions in accordance with the United Nations Charter.

The African countries have, over recent years, thus developed a strong commitment to taking responsibility for security policy in their own region, including the management of regional conflicts and threats to stability. At their Summit in Canada in 2002, the G8 countries adopted the G8 Africa Action Plan (GAA) which supports the AU in establishing a new basis for sustainable peace policy on the African continent. Germany's contribution focusses primarily on expanding the AU's security bodies and the West, East, Central and Southern African regional organizations. They will be given support to develop and expand effective crisis prevention, conflict resolution and peace-building institutions.

The SPD parliamentary group attaches great importance to this process of reinforcing Africa's crisis prevention and conflict management capacities. In order to implement this strategy and the German Federal Government's Action Plan "Civilian Crisis Prevention, Conflict Resolution and Post-Conflict Peace-Building", Germany is contributing to the development, expansion and operation of crisis prevention and conflict management organizations and training centres, such as the Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre in Ghana. Germany also provides support to international organizations undertaking missions in the crisis regions of West, Central and East Africa. In the Great Lakes region, it is assisting with the demobilization and reintegration of ex-combatants, especially child soldiers, provides training for soldiers and promotes democracy-building in the military. Germany also assists African partner countries with mine clearance and provides humanitarian relief to numerous crisis regions. Germany's restrictive arms export policies and efforts to curb the illicit trade in small arms and illegal exploitation of natural resources and minerals are other important contributions to curbing armed conflicts.

The Federal Government also supports targeted crisis prevention and civilian conflict management measures within the EU framework. The EU-Africa Dialogue, launched in Cairo in 2000, maps out the course for strategic cooperation between the two continents. In late 2003, the Council of the European Union approved the allocation of EUR 250 million in co-financing for peace-keeping and peace-

deutsch



english



59

français



building operations by the AU under the auspices of the United Nations.

A security policy which is geared towards conflict prevention and peace-keeping, crisis management and the creation of conditions which facilitate peaceful relations between communities (peace-building) plays a key role in foreign, security, development and human rights policy of the SPD parliamentary group. To facilitate this process, we need effective partners in sub-Saharan Africa. Our security and development policy can only be successful in the long term if well-functioning government and administrative structures exist, a participative society has evolved and regional integration is progressing at local level. Reform-oriented countries which fulfil these criteria can exert a positive influence on their neighbours, take on a mediating role and help to stabilize weak states.

To ensure that the nascent security policy endeavours being launched by the AU and African regional organizations are not overwhelmed by the major security challenges facing the continent, the EU Member States must not leave their African partners to deal with crisis situations on their own. In particular, when seeking to avert humanitarian crises, the EU must be prepared, in individual cases and on the basis of a UN mandate, to provide not only financial but also technical, logistical and organizational support to the AU. The accession of the AU and the African sub-regional organizations to the military advisers programme and the cooperation with African peace-keeping institutions are essential prerequisites for this process. The same applies to the European battle groups planned within the European Security and Defence Policy (ESDP). In its Security Strategy, the EU has identified Africa as a key area of security policy interest. At the request of the United Nations and with a relevant UN mandate, the EU can also carry out crisis operations in cooperation with regional organizations such as the AU. Swift and targeted intervention by armed forces will contain and stabilize acute crises, thus giving the UN or the AU sufficient time to assemble and deploy follow-up forces for peace-keeping measures.

In this context, we greatly welcome the strategy on security sector reform in the sub-Saharan African partner countries, adopted by

deutsch

english

60

français

the Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD). It aims to improve the rule of law and democratic control of the security organs and radically transform the often difficult relations between the military, police, parliaments, the judiciary and the civilian population. Unless there is a well-functioning state monopoly of force to protect citizens from violence and crime, economic and social development is impossible. The poor, in particular, lack the material resources necessary to defend their own interests, and are therefore reliant on at least a modicum of physical and legal security being provided by the state. Reforms of the security sector and judiciary are therefore a key prerequisite for peace and sustainable development. This applies especially to the sub-Saharan African countries, where warlords often profit from the state of lawlessness in order to assert their own interests by violence.

The impacts of poverty and lack of development, economic and political crises, and social, cultural and ethnic conflicts on the African continent are likely to lead to serious problems in Europe too over the medium term. As the development of international terrorism has shown, the failure to deal with neglected regions of the world can reverberate on the industrialized countries in the form of security risks. We therefore have a compelling strategic reason to curb and defuse regional crises and conflicts. That is why Germany is working closely with its African partners to tackle international terrorism and is providing police training, for example, for countries which have been targeted in terrorist attacks. Pro-actively supporting sub-Saharan Africa is a form of security policy on our neighbour continent and constitutes a rational approach to security issues.

deutsch

english

61

français

2.3 Promoting democracy, good governance and the protection of human rights

The commitment of the African Union and NEPAD to democratic principles and institutions, the rule of law and good governance reflects a change of approach and a new beginning in Africa. The African countries have noted self-critically that the failure to involve their own

people fully in democratic processes must be addressed, weak institutions reinforced, the rule of law introduced and anti-corruption measures adopted. Leaders' and governments' often dubious approach to the exercise of power must be improved in order to mainstream democratic principles in politics and society. The new Pan-African Parliament, established by the African Union, will play a key role in this context. Although it will merely act in an advisory capacity at first, it provides a pan-African forum in which the continent's problems can be discussed and joint solutions identified.

The African countries are also committed to taking responsibility, on a voluntary basis, for assessing the strengths and weakness of their systems of governance on a reciprocal basis (African Peer Review Mechanism). Around half the African states have already signed up to this important review process, which is being implemented with assistance from Germany. Furthermore, those countries which express a clear and credible commitment to the NEPAD objectives and successfully complete the peer review process will improve their position vis-à-vis international donors. We endorse the concept of "enhanced partnership", developed as part of the G8 Africa Action Plan.

Promoting rule-of-law structures and decentralization and strengthening civil society, especially women's organizations, have long been hallmarks of Social Democratic policies towards our partner countries in sub-Saharan African. A robust civil society is the most effective basis on which to build a vibrant and well-functioning democracy. Programmes which enhance the capacities of people and institutions (empowerment), develop and support rule-of-law structures, introduce appropriate administrative reforms and encourage democratic conduct and responsibility are a priority in German development cooperation in many countries. We fully support the new approaches to tackling corruption and to tracking and retrieving illegal funds from Africa which have been secreted abroad (the Kimberly Process, the Extractive Industries Transparency Initiative and the Publish What You Pay campaign).

The African countries' voluntary commitment to respect human rights, enshrined in the Constitutive Act of the African Union and in

deutsch

english

62

français

the NEPAD statutes, sends out an important political signal at home and abroad. The human rights record of many African countries is still blighted by torture, human trafficking, exploitation of children as soldiers and slaves, genital mutilation and numerous forms of discrimination. Gross violations of human rights are also a frequent feature of the continent's many violent conflicts, impelling thousands to flee for their lives. So far, most of these human rights violations have gone unpunished.

Africa's existing human rights structures are too weak to bring about any improvement in the often appalling human rights situation on the continent, and must therefore be reinforced as a matter of urgency. A step has already been taken in this direction: the Protocol on the Establishment of an African Court on Human and Peoples' Rights entered into force in January 2004. In this document, the states parties refer to the African Charter on Human and Peoples' Rights and reaffirm their desire to promote, protect and guarantee human rights and to prosecute those responsible for their violation.

The SPD parliamentary group takes every opportunity to encourage as many states as possible to ratify the Protocol. At the same time, Germany is providing financial and organizational assistance so that the Court can be established as swiftly as possible. Its establishment will also give fresh impetus to the African Commission on Human and People's Rights: besides the individual states, this Commission can also refer cases to the Court.

Most of the African countries have ratified the major international human rights conventions and have undertaken a binding commitment, under international law, to uphold them. The yardstick for our political action is the demand that not only political and civil rights, but also economic, social, and cultural rights, which we regard as indivisible and equal, be implemented consistently. These rights also provide the framework for the "Development policy action plan on human rights 2004–2007". In bilateral development cooperation, but also in the close cooperation with the EU and the UN, support is provided for institutions which help improve the human rights situation; these include agencies working for women's, children's and refugee rights and for the victims of human rights abuses, as well as

deutsch



english



63

français



organizations that promote the establishment of rule-of-law structures, social and labour standards, and the right to education and health.

With its commitment to promoting peace, security, democracy and human rights, Africa has embarked on a significant course which must be pursued steadily and in small steps. We want to support the reform-minded African governments and committed local organizations along this path towards African societies which are more worthy of human dignity.

2.4 Encouraging growth and fair distribution of income

A long-term social, economic and environmental development in the sub-Saharan African countries will depend primarily on whether broad-impact economic growth can be achieved. In sub-Saharan Africa, even those countries with sound economic performance indicators are currently not achieving the rates of growth required for self-sustaining poverty reduction. The region will only meet the Millennium Development Goals if it achieves adequate and effective rates of growth. In many sub-Saharan African countries, this will require structural reforms oriented towards the following pillars: poverty-oriented governance, i.e. economic and financial policies geared towards distributive justice and employment, the participation of poor demographic groups in political and social processes, human development through the improvement and expansion of access to basic social services and gender equality. Economic growth has a greater poverty impact as income distribution becomes more equitable and growth processes have a more widespread effect.

75 percent of the region's entire population live in rural regions and are primarily dependent on agriculture. Yet agriculture accounts for a relatively low proportion of average gross national product (GNP). Agriculture and small and medium-sized manufacturing industries are therefore the key sectors in developing a more dynamic economy in sub-Saharan Africa. Growth and poverty reduction depend crucially on the sustainable development of rural regions. As

deutsch

english

64

français

agricultural production and food security are generally women's responsibility, women must be involved in all the strategic processes as key stakeholders.

Across major regions of sub-Saharan Africa, agricultural or land tenure reforms are significant levers for agriculture-based economic growth. The major obstacle to market-economic agricultural reforms is still the resistance of the national elites. For example, in many of the region's crisis-torn countries that are affected by acute conflicts or post-conflict problems, the land issue (lack of access to land, failure to establish a regulated system of land ownership or land use titles, or a poorly functioning land registration system) is a leading cause of conflicts. The political instrumentalization of the land issue has triggered major conflicts in the region. In order to achieve rapid agricultural development and food security, ensure that people can exercise their right to food and dismantle the obstacles to agricultural investment, land titles should be granted. In communal areas for example, long-term land use rights should be guaranteed in other ways. This would enhance security for financing initiatives and establish the parameters for investment to increase productivity. Agricultural reforms should also be encouraged to open up new economic opportunities, especially for women, though changes to land tenure and rights of access. Measures to promote economic development should therefore focus primarily on small and medium-sized enterprises, thereby encouraging intersectoral linkages between the rural and urban economies.

In many countries in the region, a key impediment to investment is local companies' lack of focus on global markets and poor innovation. These are compounded by a shortage of trained personnel, poor economic infrastructure, weak institutions and major bureaucratic obstacles. Foreign and returning investors also face significant political and economic risks. Without improvements to the institutional, physical and social infrastructure, investors will continue to show reluctance due to the poor prospects of success. The countries of sub-Saharan Africa are therefore reliant on efficient taxation systems in order to generate enough public funding to provide the advance concessions required by society (infrastructure, a power and water sup-

deutsch

english

65

français

ply, healthcare, etc.). There is also a need for reforms to the financial systems, which are currently not providing enough credit facilities for productive investments in agriculture and small business.

Deepened regional integration in sub-Saharan Africa is regarded as desirable and necessary from a foreign, economic and development perspective as it can make a significant contribution to stabilizing the political and economic conditions and dismantling the focus on small markets. In this context, the EU—which accounts for around 50 percent of Africa’s foreign trade—is by far the most important actor. As economic performance in the sub-region is still weak, the promotion of regional integration must be accompanied by measures to strengthen its international competitiveness at national, institutional and company level.

It is also important that the companies operating in the region fulfil their social responsibilities. Various mechanisms have been established for this purpose, notably the Global Compact initiated by UN Secretary-General Kofi Annan, which urges the private sector to implement key principles—core labour, social and environmental standards and human rights—into their business practices, and the promotion of public-private partnerships (PPP) in development cooperation. In the latter case, the state and the private sector cooperate on projects which benefit the development process while fulfilling the interests of the participating companies. The Federal Government has promoted partnerships with the private sector within the framework of development cooperation since 1999. It also supports corporate projects which mobilize additional private capital for the partner country’s social and economic development and are compatible with development objectives. Over the last four years, through bilateral development cooperation measures, more than 600 innovative projects and long-term structure-building alliances have been carried out with total funding in excess of EUR 1 billion. 21 percent of these projects took place in sub-Saharan Africa.

In the coming years, development partnerships with private companies will continue to grow in importance. The SPD parliamentary group supports in close co-operation with companies and civil society that the development partnerships focus to a greater extent

deutsch

english

66

français

on the sectors of greatest relevance to poverty reduction: health, primary education and rural development, with a particular emphasis on the Least Developed Countries. Civil society is involved in many projects. Trilateral partnerships comprising private companies, civil society and the state are a promising basis on which to implement sustainable, structurally effective measures. All the partners derive far greater benefit from this cooperation than can be achieved through public or private investment on its own.

2.5 Stepping up the fight against HIV/AIDS

For many sub-Saharan African countries, the global HIV/AIDS epidemic not only causes immense human suffering; it has now become the main obstacle to development. It destroys the social and economic structures of the affected regions and reverses the successes achieved through development.

According to the latest estimates from UNAIDS, more than 20 million people around the world are believed to have died of AIDS since the early 1980s. In 2003, around 5 million people were newly infected with the virus, 2.3 million of them in sub-Saharan Africa. In many developing countries, AIDS has become the most frequent cause of death among the 15–49 age group. In the sub-Saharan African countries, many of which are beset by conflict and unrest, more people now die of AIDS than in wars.

Worldwide, around 38 million people are living with HIV/AIDS, and two-thirds of them are in sub-Saharan Africa. Tuberculosis (TB) and malaria are also spreading rapidly. Tuberculosis and AIDS reinforce each other through their interaction, and TB is a leading cause of death among people with AIDS.

Some countries in Africa are especially hard hit by the HIV epidemic: in South Africa, an estimated 5 million people are living with HIV/AIDS—the highest number in the world—and the average infection rate among adults stands at 8.8 percent. In some regions, however, infection rates have actually exceeded 30 percent: Botswana has the world's highest infection rate—above 36 percent. These extreme-

deutsch

english

67

français

ly high rates of infection have devastating social and economic consequences at all levels and impact indirectly on the political conditions and security situation in the affected countries and regions.

HIV/AIDS adversely affects the economic parameters which are essential for sustainable development. The progress achieved through economic development is reversed by HIV/AIDS. According to estimates from various international organizations, annual growth in Southern Africa is likely to fall by several percentage points, resulting in a probable decrease of between 11 and 35 percent in GNP in this sub-region. In those countries which are hardest hit by the epidemic, the entire economy is at risk of collapse.

Besides having an adverse impact on the economy, the HIV/AIDS epidemic is also reversing the progress laboriously achieved through health development work, further overstressing the already under-resourced national health systems and accelerating the migration of well-trained and skilled healthcare personnel (brain drain).

In 34 countries—mainly in sub-Saharan Africa—average life expectancy has fallen dramatically as a result of AIDS. In the worst affected areas, life expectancy is predicted to fall below 40 years. Among the most vulnerable groups are the educated and economic elite (such as teachers) who are needed to play a vital role in the development and stabilization of these countries.

The percentage of women with HIV/AIDS has risen significantly in recent years. In sub-Saharan Africa, women make up almost 60 percent of persons living with HIV/AIDS. Women are particularly vulnerable to HIV infection in many developing countries for a variety of reasons. The risk of infection among young women in particular is five times higher than among their male peers. Besides the general disadvantages and discrimination suffered by women in daily life, such as the inaccessibility of information and advice on reproductive health, they are often completely disenfranchised in their private sphere. They cannot adequately exercise their right to sexual self-determination or defend themselves against unprotected sex and are often the victims of sexual violence. In the nexus between their lack of rights and financial dependencies, women often descend into poverty and prostitution, a process which is accelerated by HIV/AIDS.

deutsch

english

68

français

A lack of access to education is a further factor in the discrimination suffered by women and the associated higher risk of HIV infection.

Children are also directly and indirectly affected by HIV/AIDS. Pregnant women, a group with a particularly high infection rate, can transfer the virus to their unborn children; the virus can also be transmitted to babies through breast milk. Children are also being orphaned following their parents' deaths from AIDS. In sub-Saharan Africa, 2.6 million children below the age of 14 are infected with HIV, and sub-Saharan Africa is home to 90 percent of the world's 15 million AIDS orphans.

Poverty is a leading factor in the spread of HIV/AIDS. It restricts access to information, education and condoms and, in the daily struggle for survival, forces people to ignore their fear of infection and engage in high-risk behaviour.

The SPD parliamentary group views the HIV/AIDS epidemic not just as a major health problem but as a development crisis which threatens the future of sub-Saharan Africa. For that reason, we are continuing to work for the adoption of more intensive long-term HIV/AIDS control measures. As AIDS is incurable and no effective vaccine is currently available, prevention and the treatment of persons suffering from the disease must be the priorities. HIV/AIDS control must be understood as a social issue which cuts across all disciplines and sectors and pursued on this basis via the Program of Action 2015.

Life-prolonging drugs are available, as are medicines which delay the onset of the disease or prevent mother-to-child transmission. However, in the sub-Saharan African countries, where little or no primary healthcare exists, they are either unavailable or unaffordable for most people. Despite significant price cuts and the use of generic drugs, only one in 50 persons with advanced AIDS currently has access to medicines.

Our political objective must be to ensure that prevention services are available across the board, along with free or affordable drugs, efficient drug distribution and medical treatment. According to the latest Report on the Global AIDS Epidemic published by UNAIDS, an estimated US\$ 12 billion will be needed each year to combat the AIDS/HIV epidemic effectively. In order to meet this financial

deutsch



english



69

français



requirement in future, the SPD parliamentary group is working to ensure that the Global Fund to Fight AIDS, Tuberculosis and Malaria (GFATM) is able to raise additional funding from non-government sources, i.e. companies, private donors and NGOs. This is the only way to intensify the global partnership against HIV/AIDS that has been forged between the United Nations, companies and civil society.

Action must also be taken to address the discrimination and stigma suffered by people with HIV/AIDS in many countries, in order to combat the epidemic more effectively in future.

2.6 Safeguarding sustainable natural resource use

The ongoing destruction of sub-Saharan Africa's natural resources is increasingly jeopardizing the economic, social and cultural bases of life of many of its people. Poverty often results in the overuse of sensitive eco-systems which is entirely at odds with sustainable development and whose effects are irreversible. Environmental degradation impoverishes people, and poverty leads to environmental degradation: as a result of natural events and human intervention, more than half of Africa's agriculturally usable soil has become infertile since 1950. Soil degradation has affected 65 percent of cropland, 31 percent of pastureland and 19 percent of forests.

If desertification continues at the present rate over the next two decades, other threat scenarios will also arise. It is estimated that by 2025, two-thirds of Africa's agricultural land will be lost to desertification. The leading cause of desertification is human activity: inappropriate cultivation techniques, overgrazing or overuse, poor irrigation and "slash and burn". In general, structural factors—such as the lack of land tenure security—leave people no option but to resort to practices which damage the soil. The impacts for those affected by this process are grave. Desertification in the partner countries causes hunger, the collapse of social structures, migration, a rural-urban exodus and, in the worst-case scenario, armed conflicts over scarce resources.

deutsch

english

70

français

Desertification is closely linked to the problem of water scarcity. Land degradation reduces the availability of water and soil: average annual per capita water availability stands at 7000 m³ worldwide, but in the arid zones of sub-Saharan Africa, the figure is less than 1000 m³, and this is likely to fall by half over the next 20 years. Water is key to sustainable development. More than 1.2 billion people around the world have no access to clean and affordable drinking water or adequate sanitation. Sub-Saharan Africa is especially hard hit by this problem. Competition over this scarce resource is increasingly becoming a cause of conflict, with tensions arising among littoral states over transboundary waters. Water scarcity is thus emerging as a new crisis factor in Africa. To address this problem, the SPD parliamentary group is working to implement initiatives designed to strengthen and network the region's transboundary river basin commissions as a means of making an active contribution to more equitable distribution of scarce resources. We will also continue to support Germany's role as the largest bilateral donor in the water sector in sub-Saharan Africa. Finally, we will urge the private sector to increase its investment in providing access to clean drinking water and sanitation in our African partner countries.

Access to affordable, reliable and environmentally compatible energy is a key prerequisite for social and economic development. Energy poverty encourages the depletion of natural resources and impedes sustainable development. In sub-Saharan Africa, the use of biomass (fuelwood, harvest waste and dung) accounts for around 47 percent of total energy consumption, but in some African countries, this figure exceeds 80 percent. Within the sub-region, 72 percent of domestic energy needs are already being met from renewable sources (biomass and hydropower). However, the term "renewable" can only be applied to traditional biomass use to a very limited extent as it is often not managed sustainably and therefore worsens soil erosion and desertification, making biomass regeneration impossible. In order to safeguard environmental sustainability in sub-Saharan Africa in future, in line with the goals set out in the United Nations Millennium Declaration, we believe that an energy policy reform is required in cooperation with our African partners: this means reduc-

deutsch

english

71

français

ing fossil energy use, promoting sustainable forest management, improving energy efficiency and pro-actively expanding renewables use. We therefore welcome the Renewable Energies Export Initiative which, for 2005, is prioritizing sub-Saharan Africa.

A sustainable energy policy, with a particular focus on energy efficiency and renewables, can make a significant contribution to poverty reduction. In the medium term, efforts should therefore be made to ensure that the Least Developed Countries in sub-Saharan Africa have access to more efficient energy technologies. However, it seems sensible to step up the introduction of renewables in our African partner countries over the same timeframe for economic reasons as well, because the price of these forms of energy will steadily fall, whereas the costs of conventional energies will increase due to their depletion and the environmental damage they cause. Renewables also offer numerous benefits for future economic, environmental and social development: avoiding damage to the climate, the environment and health, overcoming energy dependencies, and, in the medium term, improving the sub-Saharan African economies' balance of payments situation. Renewables use also creates jobs, especially in the trades, agriculture and forestry. We therefore actively support the target of supplying 1 billion people with energy from renewables by 2015, as devised by the International Conference for Renewable Energies (renewables 2004) in Bonn in 2004.

Over the last decade, forest loss has occurred at the rate of 15 million hectares per year. The greatest losses of forest and therefore also of biodiversity have occurred in sub-Saharan Africa. The reasons for the destruction are manifold: pressure on forests due to rising demand for fuelwood and charcoal, use of "slash and burn" techniques to obtain new arable land and clearance of virgin tracts to offset falling yields from exhausted cropland. Biological diversity in sub-Saharan Africa represents a significant capital resource for the poor: forest products and useful plants are often the main source of food for rural households and provide an important safety net in the event of illness. Across the globe, most of the major biodiversity conservation areas are located in countries with weak economies. The "use" of wild animals as a source of protein ("bushmeat") also destroys much

deutsch

english

72

français

original biodiversity. The SPD parliamentary group therefore fully endorses the fact that over recent years, Germany has increased its bilateral commitments for environmental and resource protection to more than EUR 700 million, with 35 percent of these funds being allocated to Africa. We also fully support cross-border cooperation on species protection through the establishment of peace parks in Southern Africa. In future, special priority should be given to safeguarding Germany's bi- and multilateral commitment to protecting biodiversity through sustainable financing mechanisms such as trust funds and environmental foundations.

Environmental and resource protection is not an end in itself. It is essential in order to give people in our African partner countries an opportunity to safeguard their livelihoods by their own efforts. Environmentally intact habitats are a key prerequisite here. The SPD parliamentary group is therefore working pro-actively at national and international level for environmental and resource protection measures based on the Programme of Action adopted at the World Summit on Sustainable Development in Johannesburg. Social Democratic environmental and development policies provide support to the sub-Saharan African countries in implementing programmes of action and binding international conventions, for example, on combating desertification, the protection and sustainable use of biodiversity, promotion of biological security, international climate protection, water and forest protection. Our particular priority, in this context, is to harmonize trade, economic and environmental policy.

deutsch



english



73

français



3 Fields of action and the need for reform

For sub-Saharan Africa to meet the Millennium Development Goals, immense efforts are required from the countries themselves, as well as financial, trade and development policy reforms at national, regional and international level.

Our aims at national and regional level are:

- to build upon the Action Plan “Civilian Crisis Prevention, Conflict Resolution and Post-Conflict Peace-Building” in cooperation with our African partners, and to develop this Action Plan as a strategic framework for long-term partnership with the AU and the African sub-regional organizations, e.g. through intensive cooperation with African peace-keeping organizations, seminars, training measures, etc.;
- to work for the AU’s expansion into a regional security organization and improve cooperation between the AU and the African sub-regional organizations, e.g. by providing military advisers and experts to enhance Africa’s capacity to act, but also by delivering logistical and organizational support in crisis situations;
- to encourage and support those African governments which are working pro-actively and with conviction for democracy, the rule of law and greater participation by civil society in their countries. Women’s positive role in this process should be acknowledged openly as an example to be emulated, thereby reinforcing their contribution across the entire region;

deutsch

english

74

français

- to support the national Poverty Reduction Strategies and regional mechanisms in Africa (including NEPAD, African Peer Review Mechanism) which aim to promote poverty-oriented policies and reforms towards good governance. Within the framework of the national poverty reduction programmes, targeted support should be given to projects which promote women's equality (empowerment) and recognize their role as a driving force in sustainable development processes. As a general principle, close cooperation with women as key actors in the development process should be encouraged;
- to strengthen Africa's human rights mechanisms and provide backing for local human rights organizations and human rights defenders, who work pro-actively for the rights of others in their countries, often at considerable risk to themselves;
- to strengthen regional cooperation, regional institutions and economic communities, e.g. in the fields of transboundary water resources, HIV/AIDS control, private sector development, and curbing small arms proliferation;
- to lobby for greater coordination, cooperation and complementarity in European development cooperation (DC). The efficiency, quality and lasting effectiveness of cooperation with our African partners within the European DC framework must be further increased. Germany has supported these efforts since 2003 with its Action Plan "Harmonization of Donor Practices in German Development Cooperation" and is thus rigorously pursuing its efforts to achieve a unified approach to development cooperation. Further clear progress must be achieved to harmonize DC procedures and instruments and make them simpler and more flexible;
- to work to ensure that through increased involvement in joint funding initiatives, the transaction costs of German and European development cooperation (DC) are cut and their leverage effect is increased in order to further the partners' interests and meet the Millennium Development Goals;

deutsch



english

75

français



- to continue efforts to fulfil the commitments undertaken at Monterrey, namely to increase official development assistance (ODA) to 0.33 percent of GDP by 2006. Without pro-active measures to implement the Monterrey commitments, it will be impossible for sub-Saharan Africa to meet the Millennium Development Goals. At present, the sub-Saharan African countries receive official development assistance (ODA) amounting to US\$ 13 billion annually. According to recent estimates, additional annual funding (including subsidies) amounting to US\$ 20-25 billion is actually required to enable around 30 African countries which use ODA efficiently to meet the Millennium Development Goals on schedule;
- to raise the political profile of cooperation with the sub-Saharan African countries even further through enhanced interministerial cooperation. Peace-keeping and peace-building, civilian crisis prevention and democratization are cross-cutting policy tasks and should be carried out on the basis of interministerial country and regional strategies. This will require even closer coordination between the foreign, development, human rights and security policy agendas, etc.;
- to mainstream the use of conflict analyses and conflict-related impact assessments in German cooperation with sub-Saharan Africa. The intended and unintended impacts of projects and programmes on conflict situations and peace-building processes should be systematically analysed.

deutsch

english

76

français

Our aims at international level are:

- to drive forward the democratization of the IMF and the World Bank. The sub-Saharan African countries currently account for just 6.5 per cent of the vote in these institutions. The distribution of voting rights should be reformed in favour of the developing countries, and responsibility for implementing national Poverty Reduction Strategies should be shifted towards the partner countries. The World Bank's proposal to move away from a regulatory approach to national economic policies, privatization and liberalization is welcome, and will give the partner countries the political scope required to develop their own reform strategies;
- to safeguard the extension of the HIPC Initiative until 2006. The Initiative should encompass all countries which fulfil the access criteria by the end of 2004. Regular debt service by the developing countries jeopardizes their prospects of meeting the most important Millennium Development Goal, namely reducing extreme poverty by half by 2015. The SPD parliamentary group will therefore support the development of additional and innovative funding mechanisms;
- to bring the Doha Development Round initiated by the World Trade Organization (WTO) to a successful conclusion and improve market access for the developing countries. The negotiating position of our sub-Saharan African partner countries must be further reinforced through trade-related cooperation. We will also work to ensure that the industrialized countries' trade-distorting agricultural and export subsidies are radically reduced with a view to phasing them out entirely in the medium term. We endorse the consistent reform of Europe's Common Agricultural Policy and the forthcoming reforms of the common market organizations for sugar and cotton. A further aim is to ensure that greater consideration is given to core labour standards and environmental aspects within the WTO framework. This is the only way to ensure that growth and development are shaped more equitably on a global basis;

deutsch

english

77

français

- to achieve greater efficiency in donor harmonization. In future, more intensive efforts should be made by bi- and multilateral donors to produce joint country and sectoral analyses and project, programme and priority assessments, and to undertake joint monitoring and evaluation;
- to expand the opportunities for participation in devising multilateral and European development cooperation (DC) programmes, thus increasing the leverage of German DC. This includes more intensive involvement in programme-oriented joint funding initiatives or budget financing.

deutsch



english

78

français



4 Conclusion

“Where hunger rules, peace cannot prevail. Anyone who wants to ban war must also ban mass poverty.” These words were written by Willy Brandt, former Chancellor of Germany, more than twenty years ago. Without an end to poverty, sub-Saharan Africa will not achieve peace and stability. And without peace and stability in the region, the fight against poverty can never be won.

Through our policies, we want to help ensure that the Africans win this fight. The SPD parliamentary group is committed to intensifying its efforts to shape policies on Africa pro-actively in the coming years. This applies both to the national framework and to Germany’s policies within the European Union and the United Nations.

deutsch



english

79

français



List of abbreviations


ACP states	African, Caribbean and Pacific states
AIDS	Acquired Immune Deficiency Syndrome
AU	African Union
CFSP	Common Foreign and Security of the European Union
DC	Development cooperation
ESDP	European Security and Defence Policy
EU	European Union
GAA	G8 Africa Action Plan
GFATM	Global Fund to Fight AIDS, Tuberculosis and Malaria
HIPC	Heavily Indebted Poor Countries
HIV	Human immune deficiency virus
IMF	International Monetary Fund
LDCs	Least Developed Countries
MDGs	Millennium Development Goals
NEPAD	New Partnership for Africa's Development
OAU	Organization of African Unity
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
ODA	Official Development Assistance
PRS	Poverty Reduction Strategies
PPP	Public Private Partnerships
SPD	Social Democratic Party
TRIPS	Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights
UN	United Nations
UNAIDS	Joint United Nations Programme on HIV/AIDS
WTO	World Trade Organization

deutsch

english

80

français



Les principes d'une politique social-démocrate en Afrique subsaharienne

deutsch



english



français

Table des matières

Résumé	83
Avant-propos	89
1 Situation de départ	92
2 Nouveaux défis posés à la politique social-démocrate en Afrique subsaharienne	97
2.1 Orientations et objectifs	97
2.2 Faire progresser le maintien de la paix et la prévention des conflits	98
2.3 Soutenir la démocratie, la bonne gouvernance et la protection des droits de l'homme	102
2.4 Promouvoir la croissance et une juste répartition des revenus	105
2.5 Intensifier la lutte contre le VIH/SIDA	108
2.6 Garantir une exploitation durable des ressources naturelles	112
3 Champs d'action et besoins de réforme	116
4 Conclusion	121
Liste des abréviations	122

deutsch

english

français

Résumé

Les 48 États d'Afrique subsaharienne constituent la plus grande région du continent, laquelle est caractérisée par un contexte particulièrement difficile : conflits ethniques, guerres civiles, famines ou flux de réfugiés et de migrants. S'ajoute la présence de ce qu'on nomme les «économies violentes», financées par le trafic d'armes et de drogue, par la traite d'êtres humains et l'exploitation illégale des ressources naturelles.

La nouvelle note d'orientation traite des possibilités de développement, des problèmes et des conflits dans la région. Elle se concentre sur les thèmes que sont la paix et la sécurité, la démocratie et les droits de l'homme, la croissance et l'exploitation durable des ressources naturelles, ainsi que la lutte contre le SIDA : autant d'éléments déterminants pour l'avenir sous l'angle de la politique de développement. Cette réflexion expose les possibilités de coopération future et montre par le biais d'exemples comment l'Allemagne peut soutenir et encourager les évolutions positives constatées dans la région dans le cadre de la coopération internationale au développement.

Depuis les attentats terroristes du 11 septembre 2001, les objectifs et les instruments de la politique étrangère et de sécurité ont changé. Le monde politique se trouve désormais tiraillé entre la lutte contre toute nouvelle menace terroriste et les nouveaux défis en matière de coopération internationale. La politique menée dans le domaine du développement et des droits de l'homme est elle aussi de plus en plus envisagée sous cet angle. L'augmentation du nombre de confrontations violentes au sein des États a tout particulièrement contribué à une plus grande prise en compte de l'Afrique subsaharienne sur le plan mondial.

deutsch



english



français



L'héritage colonial – dépendances politiques et économiques vis-à-vis des anciennes puissances coloniales et guerres par procuration dans le contexte du Conflit Est-Ouest – constitue le fardeau historique de l'Afrique. Politique économique et financière inappropriée, corruption, mais aussi débouchés largement saturés pour les produits de la région sur le marché mondial entravent tout développement démocratique et empêchent notamment l'Afrique subsaharienne de profiter des potentialités de la mondialisation. Ainsi, le développement et la croissance économiques de la région sont bien moins soutenus qu'en d'autres endroits du globe. Depuis 35 ans le taux d'investissements et d'épargne par habitant sont en recul.

L'Union africaine (UA) s'attelle à résoudre ces problèmes et conflits et doit être renforcée plus avant. Pour la première fois, ses États membres ont manifesté leur détermination à prendre en main l'avenir de leur continent via la bonne gouvernance (good governance), des réformes visant à instaurer l'économie de marché et une lutte efficace contre la corruption. En outre, l'UA a confirmé le principe qui veut que les États africains soient responsables de la prévention et de la gestion des conflits dans la région et dégagent des ressources à cette fin. La politique menée par l'Union africaine met l'accent sur la lutte contre la pauvreté, le maintien de la paix et l'organisation équitable de la mondialisation. C'est une politique que nous entendons soutenir à long terme.

deutsch



english



français

84

Faire progresser le maintien de la paix et la prévention des conflits

L'Afrique subsaharienne doit se doter de sa propre architecture de sécurité en vue de prévenir et de maîtriser les conflits, car il ne peut être de lutte contre la pauvreté sans paix et stabilité dans la région. C'est pourquoi on a entamé, en 2004, la mise sur pied d'un Conseil de paix et de sécurité et d'une force africaine de maintien de la paix. Le développement des organes en charge de la politique de sécurité au sein des institutions précitées bénéficie de l'aide de l'Allemagne. La contribution de l'Allemagne s'accompagne d'une politique restrictive

en matière d'exportation d'armes et de l'endigement du trafic d'armes de petit calibre. Avec le plan d'action «prévention civile des crises, résolution des conflits et consolidation de la paix», nous entendons approfondir la coopération avec les partenaires africains, au sein, par exemple, des organes de maintien de la paix, ainsi que par le biais de formations et de mesures éducatives. Nous appuyons aussi le développement des structures de sécurité de l'UA par l'envoi de conseillers militaires et par une aide logistique.

Soutenir la démocratie et les droits de l'homme

D'une société civile forte dépend toute démocratie vivante et fonctionnelle. Depuis longtemps, la promotion des structures de l'État de droit et de la décentralisation, ainsi que le renforcement de la société civile (et notamment des organisations de femmes), caractérisent la politique menée dans les pays partenaires d'Afrique subsaharienne. Une société plus respectueuse de la dignité humaine exige que les principes démocratiques soient fermement ancrés dans la vie politique et sociale. C'est pourquoi nous soutenons les efforts déployés en ce sens par le parlement de l'UA, les gouvernements réformistes et les organisations locales de la société civile. En outre, le monde politique exploite toutes les occasions qui se présentent, afin d'amener le plus grand nombre possible d'États à ratifier le protocole – déjà entré en vigueur – portant création d'une Cour africaine des droits de l'homme et des peuples.

deutsch

english

français

Promouvoir la croissance et une juste répartition des revenus

Tout développement social, économique et écologique durable dépend de la croissance économique. Une croissance plus forte dans la région exige d'entreprendre des réformes structurelles et de stabiliser le contexte politique et économique. Le monde politique s'attelle à mener à bon terme le processus de développement de l'Organisation mondiale du commerce (OMC) entamé à Doha et d'élargir l'accès

au marché pour les pays en développement. Nous plaillons pour la réduction sensible des subventions agricoles et des subsides à l'exportation, sources de distorsions de la concurrence – l'objectif étant leur suppression totale à moyen terme. En outre, nous entendons œuvrer à une meilleure prise en compte des normes fondamentales du travail et des préoccupations environnementales au sein de l'OMC, seule manière de parvenir à une répartition plus juste de la croissance et du développement au plan mondial.

Intensifier la lutte contre le VIH/SIDA

Près de la moitié des 5 millions de nouveaux cas d'infection par le VIH/SIDA dans le monde ont été constatés en Afrique subsaharienne. Par ailleurs, tuberculose et malaria se répandent également à grande vitesse. Les épidémies sont devenues le principal obstacle au développement et mettent à mal nombre de succès obtenus jusqu'ici en matière de développement. Les conséquences en sont le recul du produit national brut et la surcharge des systèmes nationaux de santé.

Du fait d'un accompagnement médical absent ou insuffisant dans la région, les médicaments permettant de prolonger la vie et les préparations susceptibles d'endiguer la transmission de la mère à l'enfant sont soit indisponibles, soit trop chers. Le monde politique plaide donc pour l'adjonction au Fonds mondial de lutte contre le sida, la tuberculose et la malaria (GFATM) de contributions supplémentaires en provenance de donateurs non étatiques, afin de pouvoir financer les 12 milliards USD nécessaires pour une lutte efficace contre le VIH/SIDA dans le monde. Il convient de renforcer plus encore le partenariat entre les Nations unies, les entreprises et la société civile en matière de lutte contre le VIH/SIDA.

deutsch

english

français

Garantir une exploitation durable des ressources naturelles

La destruction continue de l'environnement menace fortement les fondements économiques, sociaux et culturels de l'existence de nombreuses personnes en Afrique subsaharienne. La déforestation et la destruction des espèces animales et végétales indigènes alimentent le cercle vicieux, avec pour conséquence la faim, l'effondrement des structures sociales, les flux migratoires, l'exil rural et, dans le pire des cas, des luttes armées pour les maigres ressources. Le maintien et l'utilisation durable de la biodiversité, la protection du climat au plan international et l'approvisionnement en eau constituent donc des conditions essentielles pour s'opposer durablement à la pauvreté.

Lutter contre la pauvreté et accroître les chances de développement

Le monde politique entend encourager les stratégies nationales de lutte contre la pauvreté et les mécanismes régionaux (dont le NePAD et l'African Peer Review Mechanism). Dans le cadre des programmes nationaux de lutte contre la pauvreté, nous accordons un soutien spécifique aux projets qui visent à parvenir à l'égalité des femmes et à la reconnaissance de leur rôle moteur dans les processus de développement durable. Nous encourageons et soutenons les pays qui s'engagent en faveur de la démocratie, de l'État de droit et du renforcement de la société civile. Cela concerne autant le contexte national que la politique allemande au sein de l'Union européenne et des Nations unies, ainsi que les indispensables processus de démocratisation au sein du Fonds monétaire international et de la Banque mondiale. À l'heure actuelle, les pays d'Afrique subsaharienne détiennent à peine 6,5 % des droits de vote au sein de ces institutions. La répartition des droits de vote devrait être modifiée au profit des pays en développement.

Le service régulier de la dette risque d'empêcher les pays en développement d'atteindre le principal objectif du Sommet du Millé-

deutsch

english

français

naire, qui est de réduire de moitié la pauvreté extrême d'ici 2015. C'est pourquoi nous plaiderons pour la prorogation de l'initiative PPTÉ jusqu'en 2006. Tous les pays satisfaisant aux critères d'accès à l'initiative jusqu'à la fin 2004 devraient être pris en compte. Il convient d'œuvrer résolument au respect des engagements pris à Monterrey et d'amener, d'ici 2006, à 0,33 % du produit intérieur brut le montant de l'aide publique au développement.

«Il ne peut être de paix durable là où règne la faim. Celui qui entend proscrire la guerre doit aussi bannir la pauvreté de masse», écrivait Willy Brandt voici plus de 20 ans. Si on n'éradique pas la pauvreté, l'Afrique subsaharienne ne parviendra pas à la paix et à la stabilité. Et, sans la paix et la stabilité dans la région, on ne peut remporter le combat contre la pauvreté. Au cours des années à venir, le monde politique veut s'atteler davantage à l'édification d'une politique africaine active. Cela vaut tout autant au plan national que pour ce qui est de la politique allemande dans l'Union européenne et au sein des Nations unies.

deutsch



english



français

Avant-propos

Cette note d'orientation du groupe parlementaire du SPD au Bundestag traite des 48 États de l'Afrique subsaharienne, ainsi que de leurs possibilités de développement, de leurs problèmes et des conflits qui les affectent, et met tout particulièrement l'accent sur les aspects qui relèvent de la politique de développement. Nous nous sommes sciemment concentrés sur la sous-région située au sud du Sahara; les États d'Afrique du Nord, très différents sur le plan politique et culturel, ne sont donc pas inclus dans cette analyse.

Le présent document se concentre sur quelques domaines-clés, déterminants pour ce qui est des perspectives d'avenir de notre continent voisin :

- la paix et la sécurité,
- la démocratie, la bonne gouvernance et les droits de l'homme,
- la croissance et la promotion du secteur privé,
- la lutte contre le VIH/SIDA et
- l'exploitation durable des ressources naturelles.

Cette réflexion expose également les possibilités de coopération future et montre comment l'Allemagne soutient – et pourra continuer de soutenir – les efforts et les évolutions positives constatés dans les pays d'Afrique subsaharienne dans le cadre de la politique menée dans les domaines des affaires étrangères, de la sécurité et des droits de l'homme, ainsi que de la coopération au développement bilatérale et multilatérale.

Depuis les attentats terroristes du 11 septembre 2001, nous avons pris conscience que nous vivons dans une société où les risques sont globaux. Ces dernières années, les défis, les objectifs et les instruments ont évolué en matière d'affaires étrangères, de sécurité, de droits de l'homme et de développement. Les champs d'action de la

deutsch



english



français



politique se trouvent de plus en plus au centre de changements mondiaux. En dépit des nombreuses évolutions positives et améliorations ressenties, notamment au cours des dernières années précédentes, l'Afrique subsaharienne reste caractérisée par un contexte régional particulier et souvent compliqué : conflits entre États (aux motivations partiellement ethniques), guerres civiles, conflits autour des frontières et des ressources, crises écologiques, famines ou flux régionaux de réfugiés ou de migrants. Viennent s'y greffer les «économies violentes», qui pourvoient à leur financement par le trafic de drogues, d'armes ou la traite d'êtres humains, ainsi que par l'exploitation illégale de ressources naturelles.

L'Allemagne et l'Europe ont un intérêt vital à ce que règnent la sécurité et la stabilité sur notre continent voisin. L'augmentation du nombre de confrontations violentes au sein des États a tout particulièrement contribué à une plus grande prise en compte de l'Afrique subsaharienne sur le plan mondial, et ce aussi dans le domaine des affaires étrangères et de sécurité. Les organisations intra-régionales et l'Union africaine (UA) se tiennent à disposition en vue de résoudre ces conflits; ce sont elles qu'il convient de renforcer en premier lieu. En effet, on ne saurait faire l'impasse sur une politique de sécurité multilatérale en vue d'un règlement pacifique des conflits. Dans ce contexte, les Africains se voient offrir une nouvelle occasion historique : les États de l'Union africaine ont affirmé leur volonté de façonner eux-mêmes l'avenir de leur continent en passant par la bonne gouvernance, des réformes visant à instaurer l'économie de marché et une lutte efficace contre la corruption. En outre, l'UA a confirmé le principe qui veut que les États africains soient responsables de la prévention et de la gestion des conflits dans la région et dégagent des ressources à cette fin.

Notre action politique actuelle repose sur un concept de sécurité élargi. La sécurité n'est plus celle des États, mais bien la sécurité humaine, au centre de laquelle figure le besoin qu'éprouvent les êtres humains de jouir d'un environnement politique, social, économique et écologique digne et stable. Ces considérations ont également trouvé leur place dans la stratégie européenne de sécurité, adoptée fin 2003 par l'Union européenne (UE), et qui fait de la sécurité une condi-

deutsch

english

français

tion essentielle du développement. À l'inverse, le cercle vicieux de la pauvreté et du sous-développement peut engendrer des problèmes de sécurité. Au vu de ce contexte, il convient d'adapter les instruments de la coopération internationale aux pays de l'Afrique subsaharienne. À l'avenir, les efforts en matière de prévention civile des crises mettront davantage l'accent sur le développement de systèmes d'alerte rapide améliorés, la diplomatie préventive, le soutien aux réformes démocratiques au sein de l'État et de la société (y compris les réformes dans le secteur de la sécurité), l'accompagnement des processus de paix, notamment via la réinsertion des anciens combattants ainsi que la mise en place et le développement de la juridiction internationale. L'Allemagne a d'ores et déjà réagi à ces nouveaux défis par l'extension de sa politique de sécurité, la globalisation de sa politique structurelle et le renforcement de la prévention civile des crises.

Nous saluons le fait que l'Union européenne a, par une décision générale du Conseil, établi depuis lors un plan par étapes qui prévoit l'accroissement des moyens mis à la disposition de la coopération au développement des États jusqu'à une part de 0,7 pour cent de leur produit intérieur brut à l'horizon 2015. Nous soutenons entièrement la décision relative à ce plan par étapes. Dans un monde globalisé, la paix, la stabilité et le progrès social et économique de notre continent voisin nous concernent directement. Nous avons un intérêt immédiat à ce qu'interviennent des évolutions positives.

Franz Müntefering

Franz Müntefering, MdB

Président du Parti social-démocrate allemand



deutsch

english

français

1 Situation de départ

La colonisation de l'Afrique par les États européens a laissé des traces évidentes sur le continent et a longtemps entravé tout développement autonome. Après l'indépendance, les structures coloniales ont été remplacées par un réseau de dépendances politiques et économiques propres à limiter les chances de développement de l'Afrique. Les économies nationales ont continué de pourvoir aux besoins économiques des anciennes puissances coloniales. De plus, la colonisation présida au tracé arbitraire de frontières totalement ignorantes des zones d'établissement de certaines ethnies et à la création d'États artificiels.

Outre la manipulation coloniale, le conflit Est-Ouest engendra lui aussi des tensions politiques et la lutte que se livrèrent les superpuissances en vue d'étendre leur zone d'influence n'épargna pas le continent africain. Des guerres par procuration furent menées; des régimes autoritaires soutenus au nom de la stabilité. Aujourd'hui encore, alors que le conflit Est-Ouest s'est achevé, près de 40 % des conflits en cours dans le monde se concentrent en Afrique, au sud du Sahara : onze États sont le théâtre de guerres, cinq autres sont victimes de conflits armés. Du fait des nombreuses crises qui y règnent, de l'étroite imbrication entre États faibles et menace terroriste, ainsi que de la présence d'États défaillants (*failing states*) et faillis (*failed states*), cette sous-région est considérée comme une zone d'insécurité. En outre, l'incapacité de maints États et sociétés d'Afrique noire à résoudre pacifiquement leurs conflits risque de déstabiliser plus encore le continent.

Toutefois, nombre des problèmes actuels de l'Afrique sont également imputables à de multiples dysfonctionnements internes. Depuis des décennies, l'organisation non gouvernementale «Freedom House» publie chaque année un rapport sur l'évolution des liber-

deutsch

english

français

tés individuelles politiques et civiles. Elle y opère un classement des États en diverses catégories : «libre» (démocratie libérale), «partiellement libre» et «non libre» (dictature). S'il est exact que les espoirs d'une plus grande démocratie en Afrique subsaharienne ont connu une importante concrétisation dans certains pays, d'autres pays, par contre, n'ont témoigné que de rares progrès au cours des deux décennies écoulées.

La mise sur pied d'États démocratiques stables (state building) et les mutations structurelles politiques et sociales sont des processus de longue haleine: nombre de pays africains ont enregistré de grands progrès sur la voie de la démocratisation, ainsi que de la liberté de presse, de réunion et d'association. En 2003, le nombre d'États africains «libres» était passé de deux à onze, celui des États «partiellement libres» de 13 à 22. Actuellement, 15 États sont encore classés «non libres». Comme auparavant, il se trouve des pays où l'État faillit à ses missions – ou est trop faible pour les assurer. Ces pays sont caractérisés par une politique économique et financière inappropriée, par la corruption, la mauvaise gestion et la fuite de capitaux. Quant à la direction politique assurée par le législatif et l'exécutif de ces pays, elle est marquée par des structures de gouvernement qui garantissent aux élites de l'État, grâce à leur pouvoir politique, l'influence économique et, ce faisant, des revenus acquis sous forme de rentes.

Ces facteurs, parmi d'autres, ont fait que l'Afrique subsaharienne n'a guère pu profiter des potentialités de la mondialisation. Au contraire, la forme actuelle de mondialisation tend surtout à renforcer la marginalisation des pays les moins développés (PMD) exportateurs de matières premières. Sur les 50 PMD que compte le monde, 34 se trouvent en Afrique subsaharienne. Pour la plupart, les produits exportés par les États africains sont des produits dont la demande n'a guère augmenté sur le marché mondial lors des dernières décennies, car il s'agit principalement de matières premières agricoles. Depuis le début des années 1980, les prix réels des matières premières non énergétiques ont été divisés par deux. De surcroît, il s'agit de produits dont les marchés sont largement saturés (cacao, café, thé, coton). Dès lors, tout accroissement de la production de ces matières premières

deutsch

english

français

conduit très probablement à une baisse des prix et n'engendre donc aucune augmentation des recettes des exportations.

Dans ce contexte, la part de l'Afrique noire dans le volume mondial des exportations a diminué de plus de la moitié, passant de 6,3 % en 1980 à 2,5 % actuellement. Du fait de l'héritage colonial, les structures commerciales sont de toute façon asymétriques. Certes, l'importance des échanges intra-africains a crû au cours des dix dernières années, mais ceux-ci ne représentent toutefois que moins de 10 % de l'ensemble du commerce de l'Afrique au sud du Sahara.

L'effondrement du prix des matières premières, l'augmentation de celui des combustibles fossiles, le manque de diversification des économies et la mauvaise gouvernance ont plongé les pays d'Afrique subsaharienne dans la spirale de l'endettement, en dépit de remises considérables et de conversions de leurs dettes. Conséquence : la charge de la dette endurée par l'Afrique noire s'est accrue à 219 milliards USD au cours des vingt dernières années.

Par rapport à d'autres régions, le développement économique des pays d'Afrique situés au sud du Sahara est très lent. Cela découle aussi de ce qu'une grande part des investissements étrangers directs échoit aux marchés dynamiques d'Asie et d'Amérique latine. Seuls 0,7 % des investissements étrangers directs mondiaux parviennent à des pays africains – le flux d'investissement concédé aux pays les plus pauvres d'Afrique noire se montant à peine à 0,3 %.

À l'échelon mondial, l'Afrique subsaharienne est la seule région au sein de laquelle investissements et épargne par habitant sont en recul depuis 1970. La croissance économique est tout aussi réduite. Le revenu réel par habitant est en chute libre. Par rapport à d'autres régions, les pays d'Afrique subsaharienne sont par conséquent caractérisés par une forte dépendance vis-à-vis de l'aide extérieure. En moyenne, 50 % du budget des pays les plus pauvres sont financés par les fonds de la coopération au développement.

Compte tenu de ces évolutions, il n'est pas étonnant que les pays d'Afrique noire connaissent d'énormes problèmes pour atteindre les objectifs de développement du Millénaire (réduction de moitié de la pauvreté extrême, amélioration des soins de santé et des services dans les domaines de la formation de base, du VIH/SIDA, etc.) : un

deutsch



english



français

tiers des personnes qui doivent survivre avec moins d'un euro par jour vit en Afrique subsaharienne. Depuis 1981, le revenu par habitant a diminué de 15 % dans la région. Conjugué à une forte croissance démographique, ce fait a entraîné le doublement du nombre de pauvres, de 164 millions à 314 millions de personnes aujourd'hui. Le «rapport sur le développement humain» des Nations unies constate que, sur les 31 pays les plus éloignés des objectifs de développement du Millénaire, 25 se trouvent en Afrique, au sud du Sahara. En dépit de ces conditions cadres difficiles, les femmes africaines ont obtenu divers succès : au-delà de leur rôle traditionnel dans l'agriculture, leur influence grandit au sein des organisations de la société civile, ainsi que dans les gouvernements et parlements. Leur sens communautaire prononcé, leur niveau d'éducation toujours croissant et le renforcement de leur participation à la société leur permettent de donner des impulsions et de faire avancer les processus de développement. Elles exploitent de plus en plus ces possibilités.

De nombreux États africains souhaitent répondre aux obstacles qui entravent leur développement par le biais d'un nouveau partenariat pour le développement de l'Afrique (NePAD), une stratégie globale de développement en faveur du continent africain. Le NePAD vise à l'intégration de l'Afrique dans les structures mondiales et, partant, à une participation accrue aux processus politiques et économiques internationaux. Les participants au NePAD s'engagent à transposer les valeurs fondamentales reprises dans la déclaration du Millénaire des Nations unies et à en contrôler le respect sous leur propre responsabilité. Avec le NePAD existe désormais une stratégie africaine globale, qui associe lutte contre la pauvreté, développement économique, bonne gouvernance, intégration dans le marché mondial et compétitivité. La conclusion de ce partenariat constitue un consensus entre politique africaine et stratégies de la communauté internationale des donateurs.

Ces efforts africains s'accompagnent de l'initiative étendue de désendettement à destination des pays pauvres très endettés (PPTE) décidée par le G7, sous l'impulsion de l'Allemagne, lors du sommet de cette organisation à Cologne, en 1999. Le lien entre désendettement et lutte contre la pauvreté est l'élément central de l'initiative PPTE. Si

deutsch

english

français

l'on prend l'ensemble des pays du Sud participant à l'initiative, le volume d'effacement de la dette se monte à 60 milliards USD. Jusqu'à présent, plus de 20 pays de l'Afrique subsaharienne ont profité de l'initiative. Les stratégies nationales de réduction de la pauvreté (Poverty Reduction Strategies, PRS/SRP) sont un instrument central pour ce qui est du lien contraignant entre désendettement et lutte contre la pauvreté. Pour chacun des pays, elles constituent un concept de développement global, issu d'un large consensus, à long terme et tourné vers les résultats, et une condition essentielle en vue d'accéder au processus de désendettement. Une fois le désendettement opéré, une véritable lutte contre la pauvreté n'est cependant possible que si les ressources libérées par ce biais en Afrique noire sont destinées à des dépenses et à des investissements liés à la pauvreté. Ce qui ne peut être assuré qu'en veillant à l'avenir à une plus grande implication des acteurs du secteur privé et de la société civile dans l'élaboration de ces stratégies.

deutsch



english



français

2 Nouveaux défis posés à la politique social-démocrate en Afrique subsaharienne

2.1 Orientations et objectifs

L'idée directrice du groupe parlementaire du SPD par rapport à la coopération avec les pays d'Afrique subsaharienne est celle de la solidarité internationale : lutter contre la pauvreté, garantir la paix et œuvrer à une mondialisation équitable sont les principes de cette politique social-démocrate. Au centre de cette coopération figurent l'instauration d'une relation d'égal à égal et la concrétisation d'un partenariat sur pied d'égalité.

Les réformes politiques et la nouvelle prise de conscience politique en Afrique subsaharienne sont essentielles si l'on veut que notre soutien porte ses fruits. Ce soutien doit par ailleurs toujours s'intégrer, tant au plan national que régional, dans les stratégies des partenaires. C'est pourquoi nous voulons appuyer les institutions de l'UA et de ses États membres, afin qu'elles puissent promouvoir et concevoir à long terme des processus de développement durable en Afrique subsaharienne, et stabiliser les zones d'instabilité chronique et les structures fragiles des États.

La promotion de la paix, de la démocratie et de la bonne gouvernance sont également des éléments essentiels de l'agenda politique de l'Union africaine, au même titre que la lutte contre la pauvreté. Ces objectifs ont notre soutien total. Ils correspondent à notre politique, en faveur de laquelle nous militons aussi dans le cadre des Nations unies, du G8 et de l'Union européenne. Nous contribuerons tout par-

deutsch



english



français



ticulièrement à la politique européenne de renforcement des organisations régionales africaines dans le cadre de la politique étrangère et de sécurité commune (PESC) de l'Union européenne et de l'accord de Cotonou, qui lie l'UE et les États d'Afrique, des Caraïbes et du Pacifique (États ACP).

La politique social-démocrate en Afrique est marquée par l'intérêt qu'elle porte à la sécurité et à l'émergence d'un contexte stable en vue d'évolutions démocratiques, d'un développement économique durable et de la sauvegarde des fondements naturels de la vie. Par ses contributions à la stabilité démocratique, à la compétitivité économique, à la durabilité écologique et à la justice sociale, la politique allemande en matière d'affaires étrangères et de développement soutient les processus de développement allant en ce sens.

La déclaration du Millénaire des Nations unies, le consensus de la Conférence de Monterrey sur le financement du développement et le plan d'action de la Conférence sur le développement durable de Johannesburg constituent autant d'étapes marquantes sur la voie d'un nouveau partenariat global entre le Nord et le Sud. La politique social-démocrate se réclame des objectifs du Millénaire. C'est pour cette raison qu'en 2001, l'Allemagne a été un des premiers pays à adopter un programme: le Programme d'action 2015 destiné à réduire de moitié la pauvreté extrême au niveau mondial. Ce programme d'action constitue d'une part la base des mesures de développement prises dans le cadre de la coopération internationale. Il vise d'autre part à promouvoir la cohérence de notre politique.

deutsch



english



français

98

2.2 Faire progresser le maintien de la paix et la prévention des conflits

La paix, la démocratie, la sécurité et la stabilité sont des composantes essentielles du développement. L'UA adopte le principe qui veut que les États africains soient responsables de la prévention et de la gestion des conflits sur leur continent. Elle affiche la volonté déclarée de renoncer au principe de non-ingérence prôné par l'ancienne Organisation de l'unité africaine (OUA) en cas de génocide, de crime de guer-

re et de crime contre l'humanité. La mise sur pied d'un Conseil de paix et de sécurité et d'une force africaine de maintien de la paix ont constitué les premières étapes du développement d'une nouvelle architecture africaine en matière de sécurité. L'objectif est d'être en mesure, d'ici 2010, de prévenir et de maîtriser plus efficacement les conflits violents et de mener des opérations de rétablissement de la paix, en accord avec la Charte des Nations unies.

Cette évolution montre que les États africains ont développé, ces dernières années, une conscience claire des responsabilités qui leur incombent sur le plan de la sécurité dans leur région et considèrent qu'il est de leur ressort de maîtriser les conflits régionaux et de traiter les menaces qui pèsent sur la stabilité. Lors du sommet du G8 qui s'est tenu au Canada en 2002, les États membres de ce groupe ont adopté le plan d'action du G8 pour l'Afrique (PAGA), qui vise à aider l'UA à jeter les bases nouvelles d'une politique de paix durable sur le continent africain. La contribution allemande vise avant tout au développement des organes en charge de la politique de sécurité au sein de l'UA et des organisations régionales présentes en Afrique de l'Ouest, de l'Est, en Afrique centrale et en Afrique australe. L'objectif est d'appuyer la création et le développement d'institutions efficaces en matière de prévention des crises, de résolution des conflits et de consolidation de la paix.

Le group parlementaire du SPD attache une grande importance au renforcement des capacités africaines de prévention et de maîtrise des conflits. Afin de mettre en œuvre ce programme et le plan d'action «prévention civile des conflits, résolution des conflits et consolidation de la paix», l'Allemagne amène des contributions qui portent surtout sur la mise en place et le développement, mais aussi sur la gestion d'institutions de prévention et de maîtrise des conflits ainsi que de centres de formation tels que le «Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre» (Ghana). Elle soutient des organisations internationales pendant les opérations dans les régions en conflit d'Afrique occidentale, centrale et orientale et participe, dans la région des Grands Lacs, au désarmement et à la réinsertion des combattants, notamment des enfants-soldats, ainsi qu'à la formation des soldats et à la démocratisation de l'appareil militaire. D'autres parte-

deutsch



english



français

naires africains bénéficient d'un appui dans les opérations de déménagement, tandis que l'Allemagne apporte une aide humanitaire dans de nombreuses régions en crise. De même, la politique restrictive menée par l'Allemagne en matière d'armement et les efforts de lutte contre le trafic des armes de petit calibre et l'exploitation illégale des matières premières et des ressources minières sont des contributions importantes à la limitation des conflits armés.

Le gouvernement fédéral appuie aussi, dans le cadre de l'UE, des mesures ciblées de prévention des conflits et de résolution civile des conflits. Le dialogue UE-Afrique lancé en 2000 au Caire a jeté les bases d'une coopération stratégique entre les deux continents. C'est ainsi que, fin 2003, le Conseil de l'UE a approuvé la mise à disposition de 250 millions d'euros en vue de cofinancer à l'avenir des opérations de maintien et de rétablissement de la paix menées par l'UA sous l'égide des Nations unies.

Une politique de sécurité qui vise à prévenir les conflits et à maintenir la paix (Peacekeeping), à œuvrer à la gestion des conflits et à créer les conditions d'une coexistence pacifique (peace-building), revêt un rôle politique crucial en matière d'affaires étrangères, de sécurité, de développement et de droits de l'homme. Pour ce faire, nous avons besoin de partenaires efficaces en Afrique subsaharienne. À terme, notre politique de sécurité et de développement ne peut être fructueuse, si sur place de structures étatiques et administratives efficaces existent, une société participative émerge et l'intégration régionale progresse. Les pays tournés vers les réformes et qui remplissent ces conditions peuvent quant à eux exercer une influence positive sur leurs voisins, assumer un rôle d'intermédiaire et contribuer à la stabilisation d'États plus faibles.

Pour ne pas trop exiger de l'UA et des organisations régionales africaines dans leurs efforts déployés sur le plan de la politique de sécurité face aux défis considérables en la matière, les États membres de l'UE se doivent de ne pas abandonner leurs partenaires africains dans les situations de crise. Afin d'éviter, notamment, les catastrophes humanitaires, l'UE doit également être prête, en cas de besoin et moyennant la présence d'un mandat des NU, à apporter à l'UA un soutien sur le plan non seulement financier, mais aussi technique,

deutsch



english



français



logistique et organisationnel. L'intégration de l'UA et des organisations intra-régionales africaines dans le programme de conseillers militaires, ainsi que la coopération avec les institutions africaines de formation au maintien de la paix, constituent d'importantes conditions préalables à cet égard. Cela vaut aussi pour les groupes de combat européens (European Battlegroups) dont l'UE prévoit la création dans le cadre de la politique européenne de sécurité et de défense (PESD). Dans sa stratégie de sécurité, l'UE a défini l'Afrique comme une des régions revêtant un intérêt particulier sur le plan de la sécurité. Sur la base d'une requête des Nations unies, et moyennant un mandat de l'ONU y afférent, l'UE peut mener une opération de gestion de conflit, et ce aussi en collaboration avec des organisations régionales, telles que l'UA, par exemple. L'intervention rapide et ciblée de troupes devrait permettre d'endiguer des conflits graves et de stabiliser la situation, ce qui donnerait aux NU ou à l'UA le temps nécessaire à la mise sur pied et à l'engagement d'actions de maintien de la paix.

À cet égard, nous saluons expressément la stratégie adoptée par l'OCDE (Organisation de coopération et de développement économiques) en vue de réformer le secteur de la sécurité dans les pays partenaires d'Afrique subsaharienne, stratégie qui vise à améliorer le contrôle exercé sur les organes de sécurité en matière de respect de l'État de droit et de la démocratie et à transformer en profondeur les relations souvent délicates entre le militaire, la police, les parlements, la justice et la population civile. Si l'État n'assure pas la protection des citoyens face à la violence et la criminalité en s'arrogeant effectivement le monopole de l'exercice de la violence, le développement économique et social n'est pas possible. Les personnes pauvres, qui n'ont pas les moyens matériels de veiller à leurs intérêts, ont elles aussi tout particulièrement besoin d'un degré minimal de sécurité physique et juridique. La réforme du secteur de la sécurité et de l'appareil de la justice constitue dès lors l'une des conditions essentielles de la paix et du développement durable. Cela vaut particulièrement pour les pays de l'Afrique subsaharienne, dans lesquels des seigneurs de la guerre privés profitent souvent d'une situation de non-droit pour faire triompher leurs intérêts personnels par la violence.

deutsch

english

français

À moyen terme, les conséquences de la pauvreté et du sous-développement, des crises économiques et politiques, des conflits sociaux et culturels, mais aussi ethniques qui minent le continent africain, entraînent également de graves problèmes en Europe. Comme le montre le développement du terrorisme international, négliger les régions défavorisées du monde peut déboucher sur des menaces à la sécurité dans les pays industrialisés. Dès lors, endiguer et désamorcer les crises et les conflits régionaux revêt de surcroît une importance stratégique immédiate. C'est également pour cela que l'Allemagne collabore étroitement avec ses partenaires africains dans la lutte contre le terrorisme et aide par exemple les pays touchés par des attentats en matière de formation des forces de police. Soutenir activement l'Afrique subsaharienne revient à mener une politique de sécurité sur ce continent voisin et est une question de bon sens en matière de politique de sécurité.

deutsch

2.3 Soutenir la démocratie, la bonne gouvernance et la protection des droits de l'homme

english

français

Le fait que l'UA et le NePAD se déclarent partisans des principes et des institutions démocratiques, ainsi que de l'État de droit et de la bonne gouvernance, témoigne d'un changement de conception et d'un nouveau départ en Afrique. Faisant preuve d'autocritique, les représentants africains ont constaté qu'il fallait améliorer l'implication insuffisante des citoyens dans les processus démocratiques, renforcer les institutions, mettre en place l'État de droit, lutter contre la corruption et modifier la manière souvent douteuse dont les dirigeants usaient du pouvoir, afin d'ancrer les principes démocratiques dans la classe politique et la société. Le parlement de l'Union africaine, récemment créé, devrait se voir attribuer un rôle important à cet égard. Même s'il n'assurera, dans un premier temps, qu'une fonction consultative, il propose un forum panafricain, au sein duquel il est possible de discuter des problèmes du continent et de rechercher des solutions communes.

En outre, les États africains entendent se charger de l'évaluation mutuelle et volontaire des forces et faiblesses de leur gouvernance (African-Peer-Review). La moitié des États environ a d'ores et déjà décidé de se soumettre à cette procédure de contrôle. Ce processus politique important bénéficie de l'aide allemande. Par ailleurs, les pays qui témoignent d'un engagement crédible en faveur des objectifs du NePAD et ont mené à bien le processus d'examen par les pairs renforceront leur position vis-à-vis de la communauté internationale des donateurs. Nous soutenons le «concept de partenariat renforcé» (enhanced partnership) élaboré dans le cadre du plan d'action du G8 pour l'Afrique.

Depuis longtemps, la promotion des structures de l'État de droit et de la décentralisation, ainsi que le renforcement de la société civile (et notamment des organisations de femmes), caractérisent la politique social-démocrate menée dans les pays partenaires d'Afrique subsaharienne. Une société civile forte est en effet la meilleure base d'une démocratie vivante et fonctionnelle. Dès lors, les programmes qui renforcent citoyens et institutions dans leurs compétences (empowerment), qui développent et soutiennent les structures de l'État de droit, qui réforment les administrations au gré des besoins et promeuvent les comportements démocratiques et responsables constituent l'un des accents de la coopération allemande dans de nombreux pays. Nous soutenons résolument les nouvelles approches, qui visent à lutter contre la corruption (le processus Kimberly, la «Extractive Industries Transparency Initiative» et la campagne «Publish What You Pay») et à rapatrier de l'étranger vers l'Afrique les capitaux fébriles illégaux.

L'engagement volontaire en faveur du respect des droits de l'homme pris par les États africains dans les actes constitutifs de l'UA et dans les statuts du NePAD est un signal positif important vers l'intérieur et l'extérieur. En effet, le bilan de nombre d'États africains sur le plan des droits de l'homme reste assombri par la torture, la traite d'êtres humains, l'exploitation des enfants comme soldats et esclaves, les mutilations génitales et les discriminations de toute sorte. Viennent s'y ajouter les nombreux conflits violents, qui s'accompagnent souvent de graves violations des droits de l'homme et

deutsch



english



français

jettent des milliers de personnes sur la voie de l'exil. Jusqu'ici, les violations des droits de l'homme sont demeurées impunies pour la plupart.

Pour améliorer la situation des droits de l'homme, dramatique en maints endroits, les structures en place en la matière, très faibles, ne suffisent pas. Il convient de les renforcer de toute urgence. Un pas dans cette direction a déjà été accompli : en janvier 2004 est entré en vigueur le protocole portant création d'une Cour africaine des droits de l'homme et des peuples. Les États signataires y font référence à la «Charte africaine des droits de l'homme et des peuples» et affirment leur volonté de respecter, protéger et garantir les droits de l'homme et de réprimer les éventuelles infractions.

Nous exploitons toutes les occasions qui se présentent, afin d'amener le plus grand nombre possible d'États à ratifier le protocole. Parallèlement, l'Allemagne soutient la mise en place rapide de la Cour par le biais d'une aide financière et organisationnelle. Cette institution confère aussi une dynamique nouvelle à la Commission africaine des droits de l'homme, qui peut elle aussi, à l'instar des différents États, soumettre des cas à la Cour.

La plupart des États africains ont ratifié les principales conventions internationales relatives aux droits de l'homme et se sont engagés à les respecter par la voie du droit international. Le fil rouge de notre action politique est d'exiger la mise en œuvre conséquente tant des droits politiques et civils, que de leurs pendants économiques, sociaux et culturels, que nous jugeons indivisibles et situons sur le même plan. Ces droits sous-tendent également le «plan d'action de la politique de développement des droits de l'homme 2004–2007». Les institutions qui contribuent à l'amélioration de la situation des droits de l'homme bénéficient d'une aide dans le cadre de la coopération bilatérale, mais aussi en étroite collaboration avec l'UE et les NU. Il s'agit d'organisations qui luttent par exemple pour les droits des femmes, des enfants, des réfugiés et des victimes de violations de droits de l'homme, mais aussi en faveur de l'émergence des structures de l'État de droit, de normes sociales et de normes de travail ou pour le droit à l'éducation et à la santé.

deutsch



english



français

En appuyant la paix, la sécurité, la démocratie et les droits de l'homme, l'Afrique entame un voyage important, qu'il convient de poursuivre opiniâtrement, à petits pas. Nous voulons emprunter cette voie vers des sociétés plus respectueuses de l'homme aux côtés des gouvernements africains réformistes et des organisations locales militantes.

2.4 Promouvoir la croissance et une juste répartition des revenus

Fondamentalement, tout développement à long terme des pays d'Afrique subsaharienne sur le plan social, économique et écologique dépend d'une croissance économique qui profite aux pauvres. En Afrique subsaharienne, les taux de croissance nationale ne suffisent pas actuellement – même pour les pays affichant des données économiques positives – à lutter contre la pauvreté sans aide extérieure. Or, les objectifs de développement du Millénaire ne pourront être atteints dans la région que si l'on parvient à des taux de croissance suffisamment élevés. Dans nombre de pays d'Afrique noire, une croissance économique en faveur des pauvres présuppose des réformes structurelles qui devraient être fondées sur les piliers suivants : gouvernance attentive à la pauvreté, c-à-d. une politique économique et financière axée sur une répartition équitable et tournée vers l'emploi; participation des pauvres aux processus politiques et sociaux; développement humain par le biais de l'amélioration et de l'extension de l'accès aux services sociaux de base; et égalité des genres. La croissance économique réduit d'autant plus la pauvreté que la répartition des revenus est équitable et que les processus de croissance profitent au plus grand nombre.

75 pour cent des habitants de la région vivent en milieu rural et dépendent largement de l'agriculture; pourtant, la part de l'agriculture dans le produit national brut (PNB) est en moyenne relativement limitée. Dès lors, l'agriculture et les petites et moyennes entreprises de transformation constituent des secteurs-clés du déploiement de la dynamique économique en Afrique subsaharienne. La croissance économique et la lutte contre la pauvreté dépendent de façon décisive

deutsch



english



français



du développement durable des zones rurales. Comme que la production agricole et la sécurité alimentaire sont principalement aux mains des femmes, ces actrices incontournables doivent être impliquées dans toutes les réflexions stratégiques.

Dans maintes régions de l'Afrique subsaharienne, les réformes agraires et réformes du droit foncier sont un levier essentiel d'une croissance économique soutenue par l'agriculture. Comme auparavant, le principal obstacle à toute réforme agraire orientée vers le marché découle des objections des élites nationales. Dans de nombreux pays en crise, confrontés à de graves conflits ou à des problèmes d'après-conflit, la question du sol, par exemple (manque d'accès aux terres, absence de codification des titres de propriété ou d'exploitation des terres, cadastre déficient), est l'une des principales causes de conflit. L'instrumentalisation politique de la question du sol a conduit à l'éclatement de conflits majeurs dans la région. Afin de parvenir à un développement agricole rapide et à la sécurité alimentaire, de garantir le droit de la population à s'alimenter et de lever les obstacles aux investissements dans l'agriculture, il conviendrait de veiller à l'attribution de titres fonciers ou de garantir d'une quelconque manière, par exemple au sein des domaines communaux, l'exploitation durable des terres. Ce faisant, on générerait des garanties financières et un contexte favorable à des investissements profitables à la productivité. Il faut en outre promouvoir les réformes agraires, afin d'offrir des possibilités économiques nouvelles, en particulier aux femmes, via des amendements au droit foncier et une modification des règles d'accès. Dans ce contexte, la promotion économique devrait principalement se concentrer sur les petites et moyennes entreprises et, ainsi, favoriser les liens intersectoriels entre économie rurale et urbaine.

Dans nombre de pays de la région, l'orientation réduite vers les marchés mondiaux et le faible niveau d'innovation des entreprises locales constituent d'importants obstacles aux investissements. S'y ajoutent un manque de main-d'œuvre qualifiée, une infrastructure économique peu performante, des carences institutionnelles et d'importants obstacles bureaucratiques. De surcroît, les investisseurs étrangers et ceux qui entendent rapatrier des capitaux sont confron-

deutsch



english



français

tés à des risques politiques et économiques élevés. Faute d'améliorations des infrastructures sur le plan institutionnel, matériel et social, les investissements continueront de faire défaut, par manque de perspectives de succès. C'est pour cette raison que les pays d'Afrique subsaharienne ont particulièrement besoin de systèmes fiscaux efficaces, afin de pouvoir affecter des fonds publics suffisants aux prestations sociales préalables (infrastructure, fourniture d'électricité, d'eau, soins de santé, etc.). Des réformes sont en outre nécessaires en ce qui concerne les systèmes financiers, qui ne dégagent que de façon très limitée des crédits en faveur d'investissements productifs dans l'agriculture et l'artisanat.

Une intégration régionale plus profonde en Afrique subsaharienne est jugée souhaitable et nécessaire pour des raisons de politique étrangère, économique et de développement, vu qu'elle peut apporter une contribution notable à la stabilisation du contexte politique et économique et mettre un terme au morcellement des marchés de petite taille. À cet égard, l'UE constitue de loin, avec une part d'environ 50 % du commerce extérieur africain, l'acteur essentiel pour les pays d'Afrique australe. Comme que la compétitivité économique de cette sous-région demeure faible, la promotion de l'intégration régionale doit s'accompagner de mesures visant au renforcement de la compétitivité internationale à l'échelon des États, des institutions et des entreprises.

Il importe également que les entreprises actives dans la région honorent leur responsabilité sociale. C'est ce que soutiennent autant l'initiative Global Compact lancée par le secrétaire général de l'ONU, Kofi Annan, qui invite le secteur privé à œuvrer à la mise en œuvre pratique de principes importants dans les domaines des normes fondamentales du travail et des standards sociaux, des droits de l'homme et de l'environnement, que la promotion des partenariats public-privé dans le domaine de la coopération au développement (Public Private Partnership, PPP). Pour ce qui est de ces partenariats, l'État et le secteur privé collaborent sur des projets qui présentent un avantage en matière de développement, tout en étant dans l'intérêt des entreprises impliquées. Depuis 1999, le gouvernement fédéral encourage des partenariats avec le monde économique dans le cadre de la

deutsch

english

français

coopération bilatérale au développement. Sont soutenus les projets d'entreprises qui mobilisent des capitaux privés supplémentaires en faveur du développement social et économique du pays partenaire tout en étant conciliables avec les objectifs affichés par la politique de développement. Au cours des quatre dernières années, les mesures de la coopération bilatérale au développement ont permis la réalisation de plus de 600 projets innovateurs et alliances structurelles à long terme, à raison d'un volume financier de plus d'un milliard d'euros. 21 % de ces projets se situaient en Afrique subsaharienne.

À l'avenir, les partenariats de développement avec des entreprises privées continueront de gagner en importance. Nous nous efforçons, en étroite collaboration avec les entreprises et la société civile, d'orienter les partenariats de développement davantage sur les secteurs de la santé, de l'éducation de base et du développement rural – importants dans la lutte contre la pauvreté – et sur les pays les moins développés. La société civile est impliquée dans nombre de projets. Les partenariats trilatéraux entre entreprises privées, société civile et État constituent une condition prometteuse en vue de la réalisation de mesures durables et structurellement efficaces. La coopération dégage, pour l'ensemble des partenaires, un bénéfice bien plus grand que dans le cas d'investissements purement publics ou privés.

deutsch

english

français

2.5 Intensifier la lutte contre le VIH/SIDA

Dans nombre d'États d'Afrique subsaharienne, la pandémie du VIH/SIDA, non contente de constituer un fléau pour les personnes touchées, est devenue le principal obstacle au développement, obstacle qui détruit l'organisation sociale et socio-économique des régions concernées et remet en cause les succès obtenus jusqu'ici en matière de développement.

Selon les données les plus récentes d'ONUSIDA, plus de 20 millions de personnes sont mortes du SIDA dans le monde depuis le début des années 1980. Au cours de l'année 2003, environ 2,3 millions des 5 millions d'infections nouvelles sont survenues en Afrique sub-

saharienne. Dans de nombreux pays en développement, le SIDA est devenue la principale cause de mortalité au sein du groupe de population des 15–49 ans. Dans les pays subsahariens, fréquemment touchés par la violence et les troubles, plus de personnes meurent aujourd’hui du SIDA qu’à la suite de guerres.

Deux tiers des quelque 38 millions de personnes infectées par le VIH vivent en Afrique subsaharienne. La tuberculose (TB) et le paludisme se répandent elles aussi à grande vitesse. Tuberculose – et SIDA conjuguent leurs effets sur les malades et la TB est une des principales causes de décès liés au SIDA.

Certains pays d’Afrique sont particulièrement touchés par l’infection : l’Afrique du Sud est le pays qui compte le plus grand nombre de personnes (environ 5 millions) infectées par le VIH dans le monde. Le taux moyen d’infection au sein de la population adulte est de 8,8 %. À l’échelon régional, on relève toutefois également des taux de plus de 30 %. Avec 36 %, le Botswana compte le taux d’infection le plus élevé dans le monde.

Les taux d’infection extrêmement élevés ont des conséquences inimaginables sur le plan social, économique et sociétal, et ceci à tous les niveaux. Ces conséquences se répercutent indirectement sur la situation politique et sécuritaire des pays et régions concernés.

Le VIH/SIDA a des effets négatifs sur les conditions économiques nécessaires à un développement durable. Les succès obtenus en matière de développement économique sont réduits à néant par la maladie. Selon les estimations de diverses organisations internationales, le taux de croissance économique annuel de l’Afrique australe va connaître une diminution de plusieurs points, si bien qu’on prévoit une perte de produit national brut allant de 11 à 35 %. Les pays particulièrement touchés par l’épidémie sont menacés d’un effondrement économique général.

Au-delà de la détérioration économique, on note aussi la remise en question de succès obtenus par la politique de développement sur le plan de la santé et la surcharge qui pèse sur des systèmes de santé nationaux péniblement mis en place, du fait, entre autres choses, de l’émigration d’un personnel médical dont certains membres sont très bien formés (brain drain).

deutsch

english

français

Pour 34 pays majoritairement situés en Afrique subsaharienne, l'espérance de vie a sensiblement chuté sous l'influence du SIDA. Dans les régions les plus touchées, elle va passer à moins de 40 ans. L'élite économique et intellectuelle (les enseignants, par exemple), indispensable à la construction et à la stabilisation des États, est particulièrement touchée.

Ces dernières années, la part des femmes atteintes par le VIH/SIDA augmente sensiblement. En Afrique subsaharienne, près de 60 % des personnes infectées sont désormais des femmes. Dans de nombreux pays en développement, les femmes sont particulièrement menacées d'infections par le virus, et ce pour diverses raisons. Les femmes très jeunes courent cinq fois plus le risque d'être infectées que leurs homologues masculins. Au-delà du handicap général et des discriminations au quotidien engendrés, entre autres, par le manque d'accès aux informations et conseils en matière de santé reproductive, elles sont souvent dépourvues de droits au plan privé. Elles ne peuvent ni suffisamment exercer leur droit à l'autodétermination sexuelle, ni refuser les rapports sexuels non protégés et sont souvent exposées à la violence sexuelle. Conjointement aux dépendances financières, les femmes sont précipitées dans la pauvreté et la prostitution, un processus accéléré par le VIH/SIDA. L'accès limité des femmes à l'éducation est un facteur supplémentaire de désavantage et d'accroissement concomitant du risque d'infection par le VIH.

Les enfants sont eux aussi touchés directement et indirectement par le VIH/SIDA. Les femmes enceintes, dont le pourcentage d'infection est particulièrement élevé, peuvent transmettre le virus à leur enfant pendant la grossesse ou lors de l'allaitement et des enfants deviennent orphelins suite au décès de leurs parents. Aujourd'hui, on compte 2,6 millions d'enfants de moins de 14 ans infectés par le VIH en Afrique subsaharienne, tandis que 90 % des 15 millions d'orphelins du SIDA dans le monde vivent en Afrique.

La pauvreté est un facteur essentiel de la propagation du VIH/SIDA. Elle réduit l'accès à l'information, à l'éducation et aux moyens de prévention, alors même que la lutte quotidienne pour survivre supplante la peur de l'infection.

deutsch



english



français

Le groupe parlementaire du SPD juge que l'épidémie de VIH/SIDA n'est pas seulement un grave problème de santé, mais aussi une crise lourde de menaces pour l'avenir. C'est pourquoi nous continuons de lutter pour une intensification de la lutte à long terme contre le VIH/SIDA. Vu que le SIDA est incurable et qu'il n'existe aucun vaccin efficace à l'heure actuelle, la prévention et la prise en charge des personnes déjà frappées doivent figurer au centre des efforts. Il est indispensable que la lutte contre le VIH/SIDA passe par une approche transsectorielle et soit une mission transversale du programme d'action 2015.

On dispose de médicaments permettant de prolonger la vie des patients. De même, des produits existent qui peuvent retarder le déclenchement de la maladie ou empêcher son passage de la mère à l'enfant. Dans les faits, ils ne sont toutefois généralement pas disponibles dans les pays africains subsahariens du fait de l'absence ou de l'insuffisance de soins médicaux de base – ou sont tout simplement trop chers. En dépit des baisses de prix considérables et du recours à des médicaments génériques, seul un malade sur cinquante peut être traité.

Nous devons avoir pour objectif politique de garantir une prévention généralisée, la mise à disposition gratuite ou abordable de médicaments, ainsi que la mise en œuvre de la distribution et la prise en charge médicale. Pour combattre efficacement l'épidémie de VIH/SIDA, le rapport annuel d'ONUSIDA évalue les besoins à 12 milliards USD par an. Afin de pouvoir répondre à ce besoin de financement à l'avenir, le groupe parlementaire du SPD plaide pour l'adjonction au Fonds mondial de lutte contre le sida, la tuberculose et le paludisme (GFATM) de contributions supplémentaires en provenance de donateurs non étatiques, à savoir des entreprises, des donateurs privés et des organisations non gouvernementales. C'est la seule manière d'intensifier le partenariat mondial entre les Nations unies, les entreprises et la société civile dans la lutte contre le VIH/SIDA.

Il faut continuer à combattre la discrimination et la stigmatisation dont souffrent les malades du VIH/SIDA dans de nombreux pays, afin de pouvoir lutter plus efficacement encore à l'avenir contre l'épidémie.

deutsch

english

français

2.6 Garantir une exploitation durable des ressources naturelles

La destruction croissante des ressources naturelles en Afrique subsaharienne menace de plus en plus les fondements économiques, sociaux et culturels de l'existence de nombreuses personnes. Souvent, la pauvreté entraîne une surexploitation irréversible d'écosystèmes fragiles, en contradiction flagrante avec un développement durable. La destruction de l'environnement appauvrit les gens, la pauvreté entraîne la destruction de l'environnement. Depuis 1950, plus de la moitié des terres agricoles sont devenues stériles en Afrique, à cause des évolutions naturelles et des interventions humaines. 65 % des terres arables, 31 % des pâturages et 19 % des forêts sont aujourd'hui endommagées.

Plane aussi la menace des scénarios prévoyant le maintien de la dynamique de désertification au cours des deux prochaines décennies : d'ici 2025, on prévoit la perte de deux tiers des terres agricoles en Afrique. La désertification est grandement imputable à l'activité humaine : méthodes de culture inadéquates, surpâturage ou surexploitation, irrigation et brûlis inopportuns. Essentiellement, ce sont des facteurs structurels, tels que l'absence de sécurité juridique pour les exploitants, qui ne laissent pas d'autre choix aux gens que d'endommager les sols, ce qui a de graves conséquences pour les personnes concernées. Dans les pays partenaires, la désertification mène à la famine, à l'effondrement des structures sociales, à l'émigration, à l'exode rural et, dans les cas les plus graves, à des confrontations armées pour la conquête de ressources rares.

La désertification est étroitement liée au problème du manque d'eau. La dégradation des terres réduit les ressources en eau et en sol : au niveau mondial, la quantité moyenne d'eau disponible par habitant est de 7000 m³; elle est inférieure à 1000 m³ dans les zones arides d'Afrique subsaharienne et on prévoit que ce chiffre devrait être divisé par deux dans les 20 prochaines années. L'eau est une des clés du développement durable. Plus de 1,2 milliard d'êtres humains n'ont pas accès à une eau potable de qualité et financièrement abordable et à un système d'assainissement qui fonctionne. L'Afrique subsaharienne est particulièrement frappée par ce problème. Désormais,

deutsch

english

français

la concurrence engendrée par les ressources hydriques limitées génère des conflits de plus en plus fréquents et des tensions entre États riverains naissent autour des réserves d'eau situées le long des frontières. Ce faisant, le manque d'eau devient un nouveau facteur de conflit en Afrique. C'est pourquoi le groupe parlementaire du SPD est favorable à la mise en œuvre d'initiatives visant au renforcement et à la mise en réseau des commissions internationales de bassins hydrographiques dans la région, afin de contribuer activement à une répartition plus équitable de ressources limitées. Et c'est pourquoi nous continuerons aussi à plaider pour que l'Allemagne demeure le principal donateur bilatéral dans le secteur de l'eau en Afrique subsaharienne. En outre, nous invitons le secteur privé à contribuer davantage encore que dans le passé aux investissements nécessaires à l'accès à une eau potable de qualité et à l'assainissement chez nos partenaires africains.

L'accès à une énergie bon marché, fiable et respectueuse de l'environnement est une condition préalable du développement sociétal, social et économique. La pauvreté énergétique favorise l'exploitation abusive des ressources naturelles et empêche le développement durable. En Afrique subsaharienne, la part de la biomasse (bois, déchets agricoles et fumier) dans la consommation énergétique globale se situe aux alentours de 47 %; elle dépasse même les 80 % dans certains États africains. Dans la région, les besoins énergétiques des ménages sont d'ores et déjà couverts à 72 % par des énergies renouvelables (biomasse et énergie hydraulique). Toutefois, le qualificatif «renouvelable» ne convient que de façon très limitée à l'exploitation traditionnelle de la biomasse, étant donné que l'exploitation n'est souvent pas durable et qu'elle contribue donc à l'érosion des sols et à la désertification, interdisant toute régénération future de la biomasse. Pour atteindre à l'avenir la durabilité écologique réclamée par la déclaration du Millénaire des Nations unies en Afrique subsaharienne également, nous estimons qu'une autre politique énergétique s'impose dans le cadre de la coopération avec les pays partenaires africains : réduction du recours aux combustibles fossiles, exploitation forestière durable, accroissement de l'efficacité énergétique et augmentation sensible de l'utilisation des énergies renouvelables.

deutsch

english

français

C'est pourquoi nous saluons l'initiative «Exportation énergies renouvelables», qui met l'accent sur l'Afrique subsaharienne pour 2005.

Une politique énergétique durable, notamment en matière d'efficacité énergétique et d'énergies renouvelables, peut apporter une contribution importante à la lutte contre la pauvreté. À moyen terme, il faudrait donc permettre aux pays les moins développés d'Afrique noire de conserver un accès aux technologies énergétiques les plus efficaces. Néanmoins, l'introduction plus poussée des énergies renouvelables chez nos partenaires africains est également judicieuse à moyen terme. Cette forme d'énergie ne cesse d'être plus avantageuse, alors que le coût des énergies conventionnelles augmentera à la suite de l'épuisement des ressources et du fardeau écologique qu'elles infligent à l'environnement. De surcroît, les énergies renouvelables offrent de nombreux avantages en ce qui concerne le développement économique, écologique et social futur, la prévention des dommages climatiques, environnementaux et sanitaires, la suppression des dépendances énergétiques et, à moyen terme, le soulagement de la balance des paiements des économies d'Afrique noire. Par ailleurs, le recours aux énergies renouvelables crée des emplois, en particulier dans les secteurs de l'artisanat, de l'agriculture et de la sylviculture. Par conséquent, nous entendons apporter notre soutien actif à l'objectif énoncé lors de la Conférence mondiale de Bonn sur les énergies renouvelables, qui vise à assurer l'approvisionnement énergétique d'un milliard de personnes à partir de sources renouvelables d'ici 2015.

Au cours de la décennie écoulée, 15 millions d'hectares de forêts ont disparu chaque année. Les plus grandes destructions de forêts – et, partant, de la biodiversité – ont eu lieu en Afrique subsaharienne. Les raisons de cette destruction sont multiples : pression croissante sur les forêts en raison de besoins croissants en bois de chauffe et charbon de bois; recours aux brûlis pour accroître la superficie des terres arables, ainsi que défrichements nouveaux à la suite de la perte de rendement sur les terres agricoles épuisées. La biodiversité de l'Afrique noire est un capital essentiel pour les pauvres, car les produits de la forêt et les plantes utiles constituent souvent pour les ménages ruraux des sources alimentaires essentielles et un réseau de

deutsch

english

français

sécurité important en cas de maladie. Les zones de conservation de la biodiversité les plus importantes du monde situent majoritairement dans des pays fragiles sur le plan économique. L'«utilisation» des animaux sauvages aux fins d'apport protéinique («Bushmeat») détruit une bonne part de la biodiversité originelle. C'est pourquoi nous saluons expressément le fait que l'Allemagne ait accru, ces dernières années, ses engagements bilatéraux en matière de protection de l'environnement et des ressources naturelles pour les amener à plus de 700 millions d'euros, et que la répartition régionale de ces fonds en attribue 35 % à l'Afrique. Nous sommes en outre résolument favorables à une coopération transfrontalière dans le domaine de la protection des espèces pour ce qui est de la création de réserves naturelles en Afrique australe. À l'avenir, il faudrait accorder une attention particulière à la consolidation de l'engagement multilatéral et bilatéral de l'Allemagne en faveur de la biodiversité via la mise en place d'instruments de financement durables, tels que des Trust Funds et des fondations environnementales.

La protection de l'environnement et des ressources naturelles n'est pas un but en soi. Il est indispensable de donner aux habitants des pays partenaires africains la possibilité d'assurer eux-mêmes leur subsistance. Pour ce faire, il importe de disposer de biotopes écologiquement intacts. Par conséquent, nous plaidons résolument, à l'échelon international et national, pour des mesures de protection de l'environnement et des ressources naturelles, sur la base du programme d'action du Sommet du développement durable de Johannesburg. La politique social-démocrate en faveur de l'environnement et du développement soutient les pays d'Afrique subsaharienne dans la mise en œuvre des programmes d'action et des dispositions réglementaires contraignantes du droit international, en matière – par exemple – de lutte contre la désertification, de sauvegarde et d'exploitation durable de la biodiversité, de promotion de la sécurité biologique, de protection internationale du climat, ainsi que d'approvisionnement en eau et de protection des forêts. À cet égard, nous devons accorder une attention particulière à l'harmonisation des politiques commerciale, économique et environnementale.

deutsch

english

français

3 Champs d'action et besoins de réforme

Atteindre les objectifs du Millénaire en Afrique subsaharienne exige tout autant des efforts considérables dans les pays concernés ainsi que des réformes dans les domaines de la politique financière, commerciale et de développement à l'échelon national, régional et international.

Au plan national et régional, nous voulons :

- poursuivre la concrétisation du plan d'action «prévention civile des crises, résolution des conflits et consolidation de la paix» dans le contexte de la coopération avec les partenaires africains et en faire un cadre stratégique en vue d'un partenariat durable avec l'UA et les organisations infra-régionales africaines, par le biais – par exemple – d'une coopération intensive avec les institutions africaines en charge du maintien de la paix, de formations et de mesures éducatives;
- encourager l'UA à devenir une organisation en charge de la sécurité régionale et améliorer la coopération entre celle-ci et les organisations intra-régionales africaines, via l'envoi – par exemple – de conseillers et d'experts militaires à même de renforcer et de soutenir les capacités d'action africaines, mais aussi via l'octroi d'une aide logistique et organisationnelle en cas de crise;
- encourager et soutenir les gouvernements africains qui oeuvrent de façon convaincante dans leurs pays en faveur de la démocratie, de l'État de droit et du renforcement de la société civile. À cet égard, il conviendrait de souligner, vis-à-vis de l'extérieur, le caractère exemplaire du rôle positif joué par les femmes et de renforcer ce faisant ce rôle dans toute la région;

deutsch

english

français

- promouvoir les stratégies nationales et les mécanismes régionaux africains (notamment, NePAD, African Peer Review Mechanism) de lutte contre la pauvreté, qui font progresser les politiques et les réformes axées sur la pauvreté au bénéfice de la bonne gouvernance. Dans le cadre des programmes nationaux de lutte contre la pauvreté, il convient d'accorder un soutien spécifique aux projets qui visent à parvenir à l'égalité des femmes (empowerment) et à la reconnaissance de leur rôle moteur dans les processus de développement durable. Par ailleurs, il faudrait soutenir plus généralement la coopération étroite avec les femmes, en tant qu'actrices importantes du processus de développement;
- renforcer le système africain de protection des droits de l'homme, promouvoir les organisations indigènes dans ce domaine et soutenir les défenseurs des droits de l'homme qui militent en faveur des droits des autres dans leur propre pays, souvent à leurs risques et périls;
- renforcer la coopération régionale et les institutions et communautés économiques régionales, dans le domaine – par exemple – des ressources hydriques transfrontalières, de lutte contre le VIH/SIDA, de promotion de l'économie privée ou de lutte contre la prolifération des armes de petit calibre;
- accroître la coordination, l'action commune et la complémentarité la coopération européenne au développement (CD). La coopération avec les pays partenaires africains dans le cadre de la CD européenne doit encore gagner en efficacité, en qualité et en portée durable. Depuis 2003, l'Allemagne soutient ces efforts par le biais d'un plan d'action spécifique en matière d'harmonisation des pratiques des donateurs et poursuit du même coup son action en faveur d'une telle politique. Il conviendrait d'accomplir davantage de progrès clairs en matière d'harmonisation, de flexibilisation et de simplification des procédures et instruments;
- veiller, grâce à une participation accrue à des financements communautaires, à l'abaissement du coût de transactions de la coopération au développement (CD) allemande et européenne et à l'accroissement de leur effet de levier, dans l'intérêt des partenaires et des objectifs du Millénaire;

deutsch



english



français



deutsch



english



français

118

- continuer d'œuvrer au respect des engagements pris à Monterrey, qui consistent à amener, d'ici 2006, à 0,33 % du produit intérieur brut le montant de l'aide publique au développement. Faute d'une mise en œuvre énergique des engagements de Monterrey, les objectifs du Millénaire ne pourront être atteints en Afrique subsaharienne. Actuellement, les pays d'Afrique noire reçoivent chaque année des paiements équivalant à 13 milliards USD au titre de l'aide publique au développement (APD). Selon les dernières estimations, il faudrait chaque année dégager entre 20 et 25 milliards USD de ressources financières (en particulier, des subventions) supplémentaires pour permettre à une trentaine d'États africains, qui font une utilisation efficace de l'aide publique au développement, d'atteindre les objectifs du Millénaire dans les délais prévus;
- octroyer un relief politique plus marqué encore à la coopération par le biais d'une collaboration interministérielle avec les pays partenaires d'Afrique subsaharienne. Le maintien de la paix, la prévention civile des crises et le renforcement des structures démocratiques constituent des missions transversales de notre politique. C'est une tâche dont il faut s'acquitter en élaborant des stratégies interministérielles nationales et régionales. Pour ce faire, il convient de viser à une harmonisation plus étroite encore des activités politiques dans le domaine des affaires étrangères, du développement, des droits de l'homme et de la sécurité, ainsi que dans d'autres domaines politiques;
- ancrer fermement dans la coopération allemande avec l'Afrique subsaharienne le recours aux analyses de conflits et aux analyses d'effets liés aux conflits. Il faudrait se pencher systématiquement sur les effets attendus et inattendus des projets et programmes sur les situations de conflit et les processus de consolidation de la paix.

Au plan international, nous voulons :

- faire progresser la démocratisation du FMI et de la Banque mondiale. À l'heure actuelle, les pays d'Afrique subsaharienne détiennent à peine 6,5 % des droits de vote au sein de ces institutions. La répartition des droits de vote devrait être modifiée au profit des pays en

développement et la responsabilité de la mise en œuvre des stratégies nationales de lutte contre la pauvreté devrait davantage échoir aux pays en développement. Il convient de saluer la décision prise par la Banque mondiale de renoncer en grande partie aux injonctions en matière de conception de la politique économique nationale, de privatisation et de libéralisation, car cela confèrera aux pays partenaires une marge de manœuvre politique en vue d'adopter leurs propres modes de réforme;

- assurer la prorogation de l'initiative PPTTE jusqu'en 2006. Tous les pays satisfaisant aux critères d'accès à l'initiative jusqu'à la fin 2004 devraient être pris en compte. Le service régulier de la dette risque d'empêcher les pays en développement d'atteindre le principal volet des ODM, qui est de réduire de moitié la pauvreté extrême d'ici à 2015. C'est pourquoi le groupe parlementaire du SPD appuie la mise sur pied d'instruments de financement supplémentaires et novateurs;
- mener à bien le «Round de développement» de l'Organisation mondiale du commerce (OMC) enclenché à Doha et élargir l'accès au marché pour les pays en développement. Il faut également améliorer les positions de négociation de nos pays partenaires d'Afrique subsaharienne par le biais d'une coopération commerciale. De surcroît, nous plaidons pour la réduction sensible des subventions agricoles et des subsides à l'exportation sources de distorsions de la concurrence – l'objectif étant leur suppression totale à moyen terme. Nous soutenons la réforme résolue de la politique agricole commune européenne et les modifications à venir des organisations des marchés du coton et du sucre. En outre, nous entendons œuvrer à une meilleure prise en compte des normes fondamentales du travail et des préoccupations environnementales au sein de l'OMC, seule manière de parvenir à une organisation plus juste de la croissance et du développement au plan mondial;
- parvenir à une harmonisation plus efficace de l'action des donateurs. À l'avenir, il faudrait favoriser plus encore les analyses nationales et sectorielles communes menées par les donateurs bilatéraux et multilatéraux, l'examen commun des projets, programmes et priorités, ainsi qu'une surveillance et une évaluation communes;

deutsch



english



français



- étendre les possibilités de participation à la conception des programmes multilatéraux et européens de coopération au développement (CD) et accroître ce faisant l'effet de levier de la CD allemande. Cela inclut une participation plus poussée aux financements communautaires tournés vers les programmes ou aux financements budgétaires.

deutsch



english



français

4 Conclusion

«Il ne peut être de paix durable là où règne la faim. Celui qui entend proscrire la guerre doit aussi bannir la pauvreté de masse», écrivait Willy Brandt voici plus de 20 ans. Si on n'éradique pas la pauvreté, l'Afrique subsaharienne ne parviendra pas à la paix et à la stabilité. Et, sans la paix et la stabilité dans la région, on ne peut remporter le combat contre la pauvreté.

Par notre politique, nous entendons contribuer à ce que les Africains puissent gagner cette bataille. Au cours des années à venir, le groupe parlementaire du SPD veut s'atteler davantage à l'édification d'une politique africaine active. Cela vaut tout autant au plan national que dans la politique allemande au sein de l'Union européenne et des Nations unies.

deutsch



english



français



Liste des abréviations

ADPIC	Accord sur les aspects des droits de la propriété intellectuelle qui touchent au commerce
APD	Aide publique au développement
CD	Coopération au développement
États ACP	États d'Afrique, des Caraïbes et du Pacifique
FMI	Fonds monétaire international
GFATM	Fonds mondial de lutte contre le SIDA, la tuberculose et le paludisme
NePAD	New Partnership for Africa's Development Nouveau partenariat pour le développement de l'Afrique
NU	Nations unies
OCDE	Organisation de coopération et de développement économiques
ODM	Objectifs de développement du Millénaire des Nations unies
OMC	Organisation mondiale du commerce
ONUSIDA	Programme de l'ONU contre le SIDA
OUA	Organisation de l'unité africaine
PAGA	Plan d'action du G8 pour l'Afrique
PESC	Politique étrangère et de sécurité commune de l'Union européenne
PESD	Politique européenne de sécurité et de défense
PMD	Pays les moins développés
PPP	Partenariats public-privé
PPTE	Pays pauvres très endettés
SIDA	Syndrome d'immunodéficience acquise
SPD	Partie social-démocrate
SRP	Stratégies de réduction de la pauvreté
UA	Union africaine
UE	Union européenne
VIH	Virus de l'immunodéficience humaine

deutsch

english

français

Impressum

Herausgeberin
SPD-Bundestagsfraktion
Petra Ernstberger, MdB
Parlamentarische Geschäftsführerin
Platz der Republik 1
11011 Berlin

deutsch



english



français



Redaktion
Lutz Höttler,
Arbeitsgruppe für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Margit Hellwig-Bötte,
Arbeitsgruppe Außenpolitik
Inge Klostermeier,
Arbeitsgruppe für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Bezugsadresse
SPD-Bundestagsfraktion
Öffentlichkeitsarbeit
Platz der Republik
11011 Berlin
oder unter:
www.spdfraktion.de

Gesamtherstellung
Petra Bauer, Cicero Werbeagentur, Berlin/Bonn
pb.cicero@t-online.de

Mai 2005

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

